



Plenarprotokoll

64. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 2. September 1998

Nachruf auf den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Ehrenfried Weidemann

Fragestunde

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4615
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	4615, 4616
Ursula Röper [CDU]	4616

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999 (Haushaltsbegleitgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1590

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1643

c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1628

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	4617
Martin Kayenburg [CDU]	4624
Ute Erdsiek-Rave [SPD]	4633
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4640
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	4646
Anke Spoorendonk [SSW]	4655, 4676
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	4661
Thomas Stritzl [CDU]	4667
Günter Neugebauer [SPD]	4669
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4672
Peter Lehnert [CDU]	4678
Ursula Kähler [SPD]	4680
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4682

Beschluß: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/1590 und des Berichts Drucksache 14/1628 an den

Finanzausschuß und alle übrigen Ausschüsse	4684
Beschluß: 2. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/1643 an den Innen- und Rechtsausschuß sowie den Finanzausschuß	4684
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1574	
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	4684
Uwe Döring [SPD].....	4685
Berndt Steincke [CDU]	4687
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4690
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	4691
Anke Spoorendonk [SSW].....	4693
Beschluß: Überweisung an den Finanzausschuß sowie den Innen- und Rechtsausschuß	4694

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
 Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
 Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
 Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
 Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau
 Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
 Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
 Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
 Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 25. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Erkrankt ist Frau Abgeordnete Winking-Nikolay. Von dieser Stelle aus herzliche Genesungswünsche!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu erheben.

Am 20. Juli 1998 verstarb im Alter von 84 Jahren der frühere Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Herr Ehrenfried Weidemann. Herr Weidemann gehörte von 1975 bis 1979 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. Er war Mitglied der Fraktion der CDU. Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Mitglieds in Dankbarkeit.

Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 7, 13, 18, 21, 22, 24 bis 27 sowie 32, 34 und 35 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 28 und 30. Ebenfalls müssen wir die Tagesordnungspunkte 6 und 8 absetzen, da die zuständigen Ausschüsse ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen haben.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 17 wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 10, Haushaltsbegleitgesetz 1999, 12, Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, und 31, Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002, sowie die Punkte 33 und 11, Volksinitiative „Schule in Freiheit“.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 25. Tagung.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils bis längstens 18.00 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Erfreuliches gibt es zu vermelden. Frau Abgeordnete Volquartz hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Jetzt müßten die Blumen kommen. - Ja, da sind sie schon.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich möchte Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer des Klaus-Harms-Gymnasiums Kappeln sowie der Theodor-Litt-Schule Neumünster versammelt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nach der Geschäftsordnung habe ich als Tagesordnungspunkt 1 die

Fragestunde

aufzurufen.

Das Wort hat der Fragesteller, Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wie beurteilt die Landesregierung das vom CDU-Bundestagsabgeordneten Michael von Schmude initiierte und überwiegend vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung - also aus Steuermitteln - finanzierte Programm, in dem zur Zeit 71 Jugendliche aus Schleswig-Holstein als sogenannte Server - zu deutsch Tütenpacker - in Supermärkten beschäftigt werden und dafür einen Bruttostundenlohn von 4,45 DM erhalten? Sieht sie das Programm als sinnvolles Mittel zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein an?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort zur Beantwortung durch die Landesregierung Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte seitens der Landesregierung nicht eine Initiative des Herrn von Schmude bewerten, und ich möchte auch

nicht seine Vermarktungsversuche bewerten. Es ist schließlich Wahlkampf.

Das „Server“-Projekt ist Bestandteil des von der Arbeitsverwaltung geförderten Programms „Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche“. Es ist selbstverständlich kein Allheilmittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, und es ist vor allem kein Ersatz für ordentliche Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber im Kontext mit anderen Angeboten für eine bestimmte Zielgruppe ist es doch eine Möglichkeit, diese Zielgruppe vor der Perspektive längerer Arbeitslosigkeit zu bewahren

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und den Jugendlichen den Übergang in eine betriebliche Ausbildung oder in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu erleichtern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte das begründen. Im Rahmen von AQJ erhalten Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen nicht ausbildungsgerecht und arbeitslos sind, ein Angebot für ein halbjähriges Praktikum im Betrieb mit ergänzendem Bildungsangebot. Aus dem Bundesprogramm stellt das Landesarbeitsamt Nord für 17 unterschiedliche Maßnahmen in Schleswig-Holstein 10,4 Millionen DM zur Verfügung. Das sind 500 Plätze für Schleswig-Holstein von insgesamt 600 Plätzen in Gesamtnorddeutschland. Daß wir so viel aus diesem Programm bekommen, hängt sicherlich auch damit zusammen, daß wir ergänzende Landesmittel in Höhe von 600 000 DM für zusätzliche, nicht in diesem Programm verankerte Qualifizierungsmaßnahmen - zum Beispiel für den Erwerb von Gabelstaplerführerscheinen und Schweißerbriefen - zur Verfügung stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erhöhen also den Qualifizierungsanteil dieses Bundesprogramms mit Landesmitteln.

71 Plätze entfallen innerhalb dieses Programms auf das „Server“-Projekt: 30 in Flensburg, 11 in Rendsburg, 15 im Raum Schwarzenbek, 15 im Raum Oldesloe. Auch diese Verteilung wirft ein gewisses Licht auf den Versuch von Herrn von Schmude, die Vaterschaft für sich zu reklamieren.

Es handelt sich um ein Projekt der WAK in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung und dieser eigens

(Ministerin Heide Moser)

gegründeten Server GmbH. Ein Landesausschuß ist hier nicht beantragt worden.

Zielgruppe sind die unter 25jährigen, die in der Regel Ausbildungsabbrecher sind, Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Empfänger von Arbeitslosenhilfe, also solche, die im eigentlichen Sinne nicht ausbildungsg geeignet sind und Hemmnisse haben.

Die Jugendlichen sind dann nicht nur Tütenpacker. Es geht unter anderem auch darum, zu erkennen, wo Kundenwünsche bestehen; es geht um Kundenbetreuung im weitesten Sinne.

Die Praktika sind sozialversicherungspflichtig. Sie eröffnen damit die entsprechenden Ansprüche. Die Arbeitszeit entspricht dem Tarif. Sie beträgt 37,5 Stunden. Die Jugendlichen arbeiten an vier Tagen im Betrieb. Einen Tag nehmen sie an Qualifizierungsmaßnahmen bei der WAK teil.

Qualifizierung heißt: Fördermodul Deutsch, EDV-, Bewerbungs-, Telefon-, Kommunikations-, Motivations- und Verkaufstraining, auch Vermittlung sozialer und persönlicher Kompetenzen und Einzelhilfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Die Vergütung hat das BMA mit 500 DM netto pro Monat festgesetzt. Das entspricht in etwa der Vergütung in einem betrieblichen oder auch überbetrieblichen Ausbildungsverhältnis. Schließlich soll ein Anreiz gegeben werden, in eine reguläre Ausbildung zu setzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das konnte Herr Hentschel nicht wissen!)

Verglichen mit der Ausbildungsvergütung in der regulären Ausbildung fallen die 725 DM brutto, um die es geht, keineswegs aus dem Rahmen. Eine kleine persönliche Anmerkung: Das hat auch meine Tochter im ersten Lehrjahr als Steuerfachgehilfin bekommen.

Die Fragestellung rechnet kritisch vor; ich rechne sozusagen gegen. Für die Tätigkeit im Betrieb erhalten die Jugendlichen einen Stundenlohn von 5,12 DM; das entspricht 7,43 DM brutto, Trinkgelder natürlich nicht eingerechnet; diese einzurechnen wäre nicht sinnvoll.

Im übrigen gestatten Sie mir den Hinweis: Diese Maßnahmen werden freiwillig angetreten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist etwas anders als bei ähnlichen Maßnahmen im Nachbarstaat Dänemark.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Das Projekt ist keines für Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Es ist nicht als Ersatz für fehlende Ausbildungsplätze

gedacht. Es ist sozusagen für junge Leute da, die schon eine gewisse Arbeitslosigkeitskarriere hinter sich haben.

Das Projekt ist auch dafür gedacht - jedenfalls sehe ich das so -, daß die Wirtschaft unter Umständen ein Erwerbsarbeitsfeld etablieren kann, welches Dauerarbeitsplätze hergibt. Diese sind dann natürlich nicht für die jungen Leute gedacht, sondern eher für gering qualifizierte ältere Arbeitslose.

Wir werden dieses Projekt evaluieren. Ich denke, das ist ganz in Ihrem Sinne. Vor allem wird aber auch auf seiten der Wirtschaft und des Handels evaluiert, ob diese Arbeitsplätze in der Tat geschaffen werden oder nicht. Sollten sie nicht geschaffen werden, gibt es keinen Anlaß, diese Form der Subventionierung aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es Zusatzfragen? - Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Hat die Landesregierung in Gesprächen mit den Jugendlichen und mit denen, die diese Kundendienstleistung im Moment in den einzelnen Supermärkten erfahren, Gespräche geführt? Wenn ja: Wie ist dort die Reaktion der Betroffenen?

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Wir haben solche Gespräche nicht geführt. Wir haben als Land - wie ich schon sagte - Gespräche mit der Arbeitsverwaltung geführt, um möglichst viele Maßnahmengelder nach Schleswig-Holstein zu holen. Aber - das sagte ich schon - wir werden das evaluieren. Zu dieser Evaluation gehört natürlich auch, die Arbeitszufriedenheit der jungen Leute nachzufragen, vor allem aber die Bereitschaft der Wirtschaft nachzufragen, aus den betreffenden Arbeitsplätzen Dauerarbeitsplätze zu machen und diese Jugendlichen in Ausbildung oder Dauerarbeit zu übernehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 10, 12 und 31 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999 (Haushaltsbegleitgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1590

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1643

c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1628

Wenn der Geräuschpegel etwas gesenkt werden könnte, würde ich jetzt das Wort zur Begründung dem Herrn Minister für Finanzen und Energie erteilen. - Bitte sehr, Herr Minister!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den **Haushalt 1999**, das Haushaltsbegleitgesetz, die mittelfristige Finanzplanung und die Änderung zum Finanzausgleichsgesetz vor. Den Haushalt konsolidieren durch Konzentration auf die Kernaufgaben, die Wirtschaft stärken, Arbeit schaffen, Umwelt und Bildung fördern - das sind die Leitgedanken, die diesem Haushalt zugrunde liegen.

Die Landesregierung hat auf der Haushaltsklausur im Mai dieses Jahres sehr grundsätzlich über die Finanzpolitik des Landes diskutiert. Wir haben Grundsatzentscheidungen getroffen, die schmerzhaftes Opfer mit sich bringen. Für die Bereitschaft, in jedem Ressort den von uns gemeinsam formulierten Grundsatz der noch stärkeren Konzentration auf die **Kernaufgaben** umzusetzen, möchte ich mich bei meinen Kabinettskolleginnen und -kollegen ausdrücklich bedanken.

Dieser Haushalt bringt auch **Einschnitte** für Projekte, auf die sich diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen aus Sozialdemokraten und Bündnisgrünen geeinigt hatten; und dies fiel nicht leicht.

Herr Höver hat heute darauf hingewiesen, daß zeitgleich im Bundestag der Haushalt des Bundes diskutiert wird. Nicht nur wegen des bevorstehenden Wahltermins gibt es natürlich Parallelen in der Debatte. Auch Herr Waigel wird die Konsolidierungsbemühungen um den Bundeshaushalt sicher herausstellen. Die Oppositionen in Bonn und in Kiel werden vor allem auf Haushaltsrisiken zu sprechen kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie? Das wissen Sie doch gar nicht!)

Ob bei uns, beim Bund oder in anderen Ländern, überall geht es vor allem um eines: Wege zu finden, der tiefen sozialen Krise, die mit der Massenarbeitslosigkeit verbunden ist, entgegenzuwirken. Es geht darum, wieder günstiger gewordene Wirtschaftsdaten endlich in mehr Beschäftigung umzusetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über vier Millionen **Arbeitslose** und über drei Millionen **Sozialhilfeempfänger** verträgt auf Dauer keine solidarische Gesellschaft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In ihrem gemeinsamen Wort zur sozialen Lage haben die Kirchen das wie folgt formuliert:

„Eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch viel anspruchsvoller, als im allgemeinen bewußt ist. Die Strukturen müssen, um dauerhaften Bestand zu haben, eingebettet sein in eine sie tragende und stützende Kultur. Der individuelle Eigennutz, ein entscheidendes Strukturelement der Marktwirtschaft, kann verkommen zum zerstörerischen Egoismus. Die offenkundigste Folge sind Bestechung, Steuerhinterziehung oder der Mißbrauch von Sozialleistungen. Es ist eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt zu geben.“

Ich denke, das trifft wirklich den Kern des Problems.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Forderung der Kirchen nach einer strukturellen und moralischen Erneuerung der Marktwirtschaft stellt eine schallende Ohrfeige für diejenigen dar, die 1983 mit dem Anspruch einer geistig-moralischen Erneuerung angetreten sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorliegende Haushalt zeigt, daß es möglich ist, Fortschritte auf dem Weg zur Konsolidierung zu erzielen und dabei in Kernfeldern der Politik Handlungsfähigkeit zu beweisen.

Aber dieser **Haushalt** wurde unter den nun einmal in Deutschland gegebenen Rahmenbedingungen erstellt. Anhaltende Beschäftigungslosigkeit, ein Steuersystem, das nicht in der Lage ist, jeden Bürger in dem

(Minister Claus Möller)

ihm zukommenden Maße an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen, sind und bleiben die Hauptrisiken, die es zur Zeit für eine Politik der Konsolidierung und für solide öffentliche Finanzen gibt.

Während andere europäische Länder zeigen, daß es durchaus möglich ist, der Beschäftigungskrise entgegenzuwirken, herrscht in Deutschland auf entscheidenden Politikfeldern Stillstand. Hektische Debatten und sogenannte Kombilöhne und plötzliches Ansteigen der Anzahl der ABM-Stellen wenige Wochen vor der Bundestagswahl können nicht verdecken, daß sich diese Bundesregierung jahrelang nicht wirklich mit dem Thema aktive Beschäftigungspolitik auseinandersetzen wollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst dem bayerischen Finanzminister Huber hat es die Sprache verschlagen, als Kollege Waigel in seinen Vorschlägen zur Überarbeitung des Finanzsystems auf die Idee kam, daß der Bund in Zukunft die ertragsstarken Mehrwert- und Mineralölsteuern für sich behalten und die Länder mit der nicht gerade sonderlich sprießenden Einkommensteuer abspesen solle.

Die **Entwicklung der Finanzkraft** in unserem Land ist ein Indiz dafür, daß wir auf dem richtigen Weg sind. 1997 lag Schleswig-Holstein mit einem Wert von 100,6 % über dem Länderdurchschnitt, 1988 - zehn Jahre davor - bei 88,1 %. Für uns heißt das, daß wir Geberland im **Länderfinanzausgleich** geworden sind. Wir werden nicht klagen und uns - im Moment jedenfalls noch nicht - auch keiner Klage anschließen, denn bekanntlich ist Geben seliger denn Nehmen. Die jetzigen Regelungen im Finanzausgleich sind das Ergebnis umfassender Verhandlungen zur dauerhaften Verteilung der Lasten der Deutschen Einheit. Wer sie nach drei Jahren wieder in Frage stellt, der schadet dem Aufbau Ost und der Deutschen Einheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

87 % der Transfers im Rahmen des Länderfinanzausgleichs fließen in die neuen Bundesländer.

Wenn aber zum Jahre 2004 erneut über den Länderfinanzausgleich verhandelt werden muß, dann werden wir unsere Vorstellungen, zum Beispiel zu den Bundesergänzungszuweisungen oder den Hafentlasten, einbringen, und wir sind auch bereit, über weitreichende Reformen offen zu beraten. Wir werden dies in enger Zusammenarbeit der norddeutschen Länder tun; wir werden zusammen mit Hamburg, Niedersachsen, Bremen und anderen ein gemeinsames Gutachten über die Situation des Länderfinanzausgleichs in Auftrag geben.

Im weiteren Verlauf meiner Rede möchte ich etwas zum Haushaltsvollzug, zu den zentralen Daten des Haushalts 1999, zur mittelfristigen Finanzplanung, zur Entwicklung der Personalkosten, zur Liegenschaftsübertragung und zum Finanzausgleichsgesetz sagen. Zuerst komme ich zum **Haushaltsvollzug 1998**. Wir haben bei der Entwicklung der Steuereinnahmen nach wie vor die strukturellen Probleme zu verzeichnen, die schon die vergangenen Haushaltsjahre in so unheilvoller Weise geprägt haben. So stiegen die Steuereinnahmen im Zeitraum 1982 bis 1992 um durchschnittlich 5,3 % im Jahr, von 1993 bis 1997 nur um durchschnittlich 1 % pro Jahr. Von Januar bis Mai - das habe ich schon im Finanzausschuß berichtet - hatten wir keine Mark Einkommensteuer in der Tasche, nur Erstattung.

Im laufenden Haushaltsjahr kam als weitere Hypothek der Wegfall der Abfallabgabe hinzu, der uns bekanntlich einen Einnahmeverlust beziehungsweise Ausgaben von 100 Millionen DM gebracht hat. Wir haben darauf mit einem Nachtragshaushalt reagiert, der in der Tat nur knapp die Bedingungen des Artikels 53 der Landesverfassung erfüllt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Nachdem der vorgesehene Verkauf von Anteilen an der Landesentwicklungsgesellschaft nicht zu optimalen Bedingungen möglich war, sind wir den Weg einer Sonderausschüttung durch Aufdeckung eines Teils der stillen Reserven gegangen; das Geld wird fließen.

Was den laufenden Haushaltsvollzug betrifft, so kann die Entwicklung bis einschließlich Juli positiv beurteilt werden. Die Gesamtausgaben liegen im Soll. Bei den Steuereinnahmen liegen wir mit einem Plus von 4,5 % leicht über dem vorgesehenen Jahressoll von 3,5 %.

Gleichwohl waren wir im ersten Halbjahr Nehmerland im Finanzausgleich, haben dafür Leistungen bekommen. Aber wir werden mit Sicherheit im dritten und vierten Quartal Geberland werden und werden nicht nur zurückzahlen müssen, was wir bisher bekommen haben, sondern vermutlich auch in den Länderfinanzausgleich über 100 Millionen DM einzahlen müssen. Öffentliche Hochrechnungen - wie in einer Hamburger Tageszeitung - auf etwaige Steuermehreinnahmen halte ich zur Zeit für reine Spekulation.

Wenn sich Presseberichte vom 27. August bestätigen, daß der Flughafenverkauf Hamburg - entgegen eindeutigen Absprachen mit Hamburg noch vor Juli

(Minister Claus Möller)

dieses Jahres - erst Mitte kommenden Jahres realisiert werden kann, werde ich dem Landtag in der Nachschiebeliste vorschlagen, für 1999 vorgesehene Liegenschaftsübertragungen teilweise vorzuziehen und dafür die Einnahmen aus dem Verkauf der Flughafenanteile im kommenden Jahr zu realisieren.

Unter der Annahme - das ist für mich natürlich Gewißheit -, daß das Bundesverfassungsgericht den Antrag auf das einstweilige Rechtschutzverfahren der Opposition ablehnt, bin ich sicher, daß wir den Haushalt 1998 - anders als von der Opposition an die Wand gemalt - ohne Fehlbetrag und unter Einhaltung der Kreditaufnahmegrenze abschließen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Abgerechnet wird am 31.12.!

Nun zu den **Haushaltsdaten!** Der Haushalt 1999 steigt um lediglich 1,3 %. Damit steht dieser Haushalt in der Kontinuität der Sparanstrengungen der vergangenen Jahre. Das hat es uns ermöglicht, zentrale Daten unseres Haushalts unter schwierigsten Rahmenbedingungen zu verbessern.

Die **Neuverschuldung** wird immerhin um 117 Millionen DM gesenkt. Das sind 10 %. Herr Waigel müßte, wenn er auch um 10 % senken würde, eine Nettokreditaufnahme von 5 Milliarden DM zurücknehmen und nicht läppische 200 Millionen DM, wie er es heute vortragen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Die **Kreditaufnahmegrenze** wird deutlich unterschritten. Die Kreditfinanzierungsquote erreicht in diesem Haushaltsentwurf mit 7,6 % den niedrigsten Wert seit 1992.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Er lag zu Regierungszeiten der CDU bei 14,6 %. Daran sollten Sie sich erinnern. Und: Wir senken die **Personalkostenquote** von jetzt 40,4 auf 39,9 % und bis zum Jahre 2002 weiter in Richtung 39 %.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir Ihnen gleich einmal richtig vorrechnen!)

Dies alles sind konkrete Maßnahmen der Konsolidierung. Sie sind notwendige Schritte in die richtige Richtung.

Dessenungeachtet bleiben allerdings grundsätzliche Probleme unseres Haushalts bestehen. Wir sind das am zweithöchsten verschuldete Flächenland in der Bundesrepublik. Allein die Zinskosten in Höhe von

1,8 Milliarden DM im Haushalt 1999 entsprechen den Kosten für unsere 22.000 Lehrer.

Zur Erreichung unserer Haushaltsziele stehen uns nach der Mai-Steuerschätzung 1999 in der Tat **Steuer-mehreinnahmen** von 450 Millionen DM zur Verfügung. Demgegenüber haben wir 350 Millionen weniger außerordentliche Einnahmen. Dem wiederum stehen Ausgabeblöcke von **Mehrausgaben** in Höhe von 270 Millionen DM gegenüber, die das Land kaum oder gar nicht beeinflussen kann. Ich nenne Pensionen, Beihilfe, Beitragserhöhung der VBL, Kommunaler Finanzausgleich, Sozialhilfe, Zinsen, Wohngeld und Jugendhilfe.

Unsere Aufgabe war es also, Einsparungen für einen Gesamthaushalt vorzulegen, der erhebliche, von uns nicht beeinflussbare Steigerungen beinhaltet. Wer eine so restriktive Haushaltspolitik fährt, wird kaum mit einer positiven Entwicklung der Investitionsquote und auch nicht mit Jubeldemonstrationen heute vor dem Landeshaus rechnen können. Bei dem gegebenen Wert von 10,3 % **Investitionsquote** ist allerdings zu berücksichtigen - das wird uns auch in der Zukunft beschäftigen -, daß dem Rückgang der staatlichen Investitionen um - zugegebenermaßen - 34 Millionen DM rund 25 Millionen DM Investitionen der Investitionsbank und 30 Millionen DM Investitionen für die Universitätsbibliothek, erstmalig im Leasingsverfahren finanziert, gegenüberstehen. Die Summe der tatsächlichen Investitionen im öffentlichen Bereich wird also nicht sinken, sondern nur die Quote.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Für die **mittelfristige Finanzplanung** ist die Mai-Steuerschätzung der Ausgangspunkt. Laut letzter Schätzung müssen wir bis zum Jahre 2001 mit Steuermindereinnahmen von insgesamt 1,3 Milliarden DM gegenüber der bisherigen Planung rechnen. Wir haben deshalb auf der Kabinettsklausur und in den anschließenden Chefgesprächen die Weichen dafür gestellt, wie wir damit umgehen. Wir sind nicht umhine gekommen, unsere bisherigen Zielvorstellungen zur Senkung der Nettoneuverschuldung maßvoll zu korrigieren. Aber 1,3 Milliarden Mindereinnahmen von 1999 bis 2001 steht nur eine Korrektur der Kreditaufnahme von 600 Millionen DM gegenüber.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die Neuverschuldung wird schon in diesem Jahr auf 1,1 Milliarden sinken, unsere Zielvorstellung liegt bei 950 Millionen DM. Das sage ich denjenigen Journali-

(Minister Claus Möller)

sten, die heute wider besseres Wissen in Hamburger Zeitungen etwas anderes geschrieben haben.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Zutreffend!)

In den Jahren 2001 und 2002 erreichen wir die Reduzierung der Nettoneuverschuldung, ohne daß eine müde Mark für Vermögensveräußerungen vorgesehen ist.

Ich sage nicht, daß das der „turn round“ ist; aber das ist ein Zeichen dafür, daß die Strukturmaßnahmen, wie wir vorausgesagt haben, mittelfristig so greifen, daß wir nur vorübergehend an die Substanz gehen müssen.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Für das Jahr 2000 sind in die mittelfristige Finanzplanung vorsorglich 100 Millionen DM für den Verkauf der Lotto GmbH eingestellt worden. Ein solcher Verkauf ist alles andere als eine Wunschvorstellung des Finanzministers, aber eine Option für den Fall, daß die internationalen Krisen in Südostasien und in Rußland

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

oder die Steuerrechtsänderungen erneut

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja abenteuerlich!)

zu Einbrüchen bei den Steuereinnahmen führen, die sich jetzt ja offensichtlich auf einem niedrigen Niveau stabilisieren. Sie mögen ja lachen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

Die mir bekannten Vorschläge zu Steuerrechtsänderungen Ihrer Partei, Herr Kayenburg, die wahrscheinlich nicht 1999, aber 2000 kassenwirksam werden, werden uns 450 Millionen DM im Jahr kosten, die der SPD immerhin auch 150 Millionen. Ich denke, dafür muß man auch Vorsorge treffen; denn wir wollen ja alle eine Steuerreform. Ich glaube kaum daran, daß sie für das Land völlig kostenneutral verlaufen wird.

Die Nettoausgaben orientieren sich an den Empfehlungen des Finanzplanungsrats; wir liegen sogar darunter.

Die **Reduzierung der Personalkosten** ist ein Eckpfeiler unserer Konsolidierungspolitik. Mit 5,8 Milliarden DM entfallen 39,9 % auf diesen Bereich. Diese Quote ist im Vergleich zu anderen Ländern gering, und mit einem Zuwachs von 26,9 % zwischen 1990 und 1996 hatten wir bereits die geringsten Steigerungsraten. Unser Land hatte schon 1996 die geringste Mitarbeiterzahl pro Einwohner.

Im kommenden Jahr werden - mit Ausnahme des Schulbereichs - die Personalbudgets aller Ressorts unter denen des Vorjahres liegen. Dies war durch

einen Personalkostenbudgetabschlag von 1,5 % möglich. Die Polizei hat wie in den Vorjahren mit 1 % eine Sonderregelung.

Der trotzdem stattfindende Anstieg der Personalausgaben von 5,7 Milliarden DM auf 5,9 Milliarden DM im Jahre 2002 ist insbesondere auf den Anstieg der Versorgungsaufwendungen - hier natürlich durch lineare Steigerungen - und auf die steigende Anzahl von Pensionärinnen und Pensionären zurückzuführen.

Um die Personalkosten zu stabilisieren, wird die **Arbeitszeitverlängerung für Beamte** fortgesetzt. Für Lehrer soll die Arbeitszeit zum Schuljahr 1999 auf eine Stunde aufgestockt werden. Wir hoffen sehr, daß der Ministerin hier im Verhandlungsweg eine Einigung mit der GEW gelungen ist.

Im Rahmen des Tarifvertrages zur **Altersteilzeit** streben wir die Wiederbesetzung jeder zweiten frei werdenden Stelle an. Im Beamtenbereich stehen wir in Verhandlungen mit den Gewerkschaften, um zu einer nach Verwaltungsbereichen differenzierten Regelung zu kommen, die natürlich kostendeckend sein muß.

Wer immer bezweifelt hat, wir würden bis zum Jahr 2000 nicht die 1600 Stellen einsparen können, kann diesem Haushalt entnehmen, daß netto 1086 Stellen weggefallen sind; dabei sind natürlich schon die Stellen gegengerechnet, die in andere Einrichtungen verlagert worden sind.

Trotz dieser Einsparungen beim Personal - auch das ist ein positives Signal - wird die **Zahl der Auszubildenden** mit 796 um 46 höher liegen als im Jahr 1998.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zu den **Liegenschaften**. Die in diesem Jahr beginnende Übertragung von Landesliegenschaften auf die Investitionsbank mit anschließender Verpachtung an die **GMSH** wird im Haushaltsjahr 1999 fortgesetzt. Für die bevorstehenden Verhandlungen im Rahmen der von der Opposition vor dem Bundesverfassungsgericht angestregten Klage haben wir mit Herrn Professor Dr. von Mutius einen äußerst versierten Fachmann gewonnen.

Das Kabinett hat gestern seine Stellungnahme zum einstweiligen Rechtsschutzverfahren beraten sowie die Antworten auf die vom Verfassungsgericht gestellten Fragen beschlossen. Ich gehe davon aus, daß auch der Landtag eine Stellungnahme abgeben wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Entschuldigung, Herr Minister, aber ich möchte doch die Abgeordneten darum bitten, Konferenzen draußen abzuhalten.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Wir bleiben dabei: Die ständige Wiederholung des Vorwurfs der Verfassungswidrigkeit unseres Haushalts durch die Opposition macht diesen Vorwurf nicht richtiger.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Widerspruch des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es bleibt zu hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht bereits in der 38. Woche zu einer Entscheidung kommen wird. Die erste Tranche der Grundstücke wird Ende 1998 übertragen. Hierfür sind bereits im Haushalt 1998 Erlöse in Höhe von 250 Millionen DM veranschlagt. Insgesamt wollen wir bis zum Jahr 2000 750 Millionen DM Einnahmen erreichen. Nach den bisherigen und positiver als prognostiziert ausgefallenen Wertgutachten werden wir diese Summe ohne Probleme erreichen.

Am 1. Januar 1999 gehen die mit den übertragenen Grundstücken im Zusammenhang stehenden Bewirtschaftungskosten auf die GMSH über, und die mit der Gebäudebewirtschaftung angestrebten Einsparungen durch Flächenreduzierung - minus 10 % in fünf Jahren - und bei den Bewirtschaftungskosten - um weitere 20 % in 10 Jahren - sind im Vertragswerk zwischen Land, GMSH und Investitionsbank vertraglich konkretisiert.

Bei den Verhandlungen mit dem Bund geht es nicht nur um das Ob, sondern auch um die Vertragsbedingungen der künftigen Zusammenarbeit. Hamburg steht mit dem gleichen Modell „Gewehr bei Fuß“, andere Bundesländer haben Interesse; die Telekom macht es ohnehin und die Bundesanstalt für Arbeit ebenfalls.

Ich schlage vor, daß wir am 7. September - wir haben Ihnen das gesamte Regelwerk zugeleitet - im Finanzausschuß über alle Details diskutieren.

Ich komme zum **kommunalen Finanzausgleich**. Wir wollen das Finanzausgleichsgesetz aus verschiedenen Gründen zum 1. Januar 1999 novellieren.

Erstens. Der zwangsläufige Anlaß ist der Wegfall der Gewerbesteuer. Damit erhalten nämlich die Gemeinden 2,2 % Anteil an der Umsatzsteuer.

Zweitens. Aber es gibt auch den finanzpolitischen Anlaß. Die Finanzlage des Landes hat sich in den letzten Jahren stärker zugespitzt als die der Kommu-

nen in ihrer Gesamtheit. Die im Vergleich ungünstigere Entwicklung der Einnahmen des Landes setzt sich - wie die Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres deutlich macht - noch im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung fort.

Die Landesregierung hält deshalb eine Korrektur der Finanzverteilung zwischen Land und den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zugunsten des Landes für erforderlich; die Umverteilung von 50 Millionen DM - das sind rund 2,6 % der Finanzausgleichsmasse - hält die Landesregierung für moderat und für verkraftbar, zumal die Finanzausgleichsmasse ohne Berücksichtigung der belastungsneutralen Aufgabenverlagerungen und trotz Kürzungen immer noch um knapp 70 Millionen DM oder 3,8 % gegenüber 1998 steigen wird. Die Steigerungsraten des kommunalen Finanzausgleichs liegen mittelfristig ebenfalls deutlich über den Steigerungsraten des Landshaushalts.

Wir meinen, daß wir mit der Befristung und mit dem Beibehalten der Verbundquote von 19 % deutlich machen, daß es bei der kommunalen Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen in Sachen Finanzen bleiben soll. Das sehen die Kommunen anders. Aber ich meine, eine solche Schicksalsgemeinschaft muß sich auch bewähren, wenn es einem Partner einmal besonders schlecht geht.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer, dritter Anlaß zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes sind auch Aufträge des Landtages. Aufgrund der Überprüfung wird in den Gesetzentwurf die Einführung des Sozialhilfespitzenausgleichs für besonders belastete Kreise und kreisfreie Städte aufgenommen. Ich glaube, daß das ganz wichtig ist.

Wir werden eine einheitliche Finanzierung der Musikschulen sicherstellen -

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

unabhängig von der Trägerschaft. Wir werden - das hat auch niemand vorausgesagt - dem Einbruch bei der Feuerschutzsteuer dadurch begegnen, daß für die Endfinanzierung der Landesfeuerweherschule 24 Millionen DM aus dem KIF entnommen werden. Diese Finanzierungsmöglichkeit sieht die Landesregierung darin, daß dem Kommunalen Investitionsfonds ein Reinvermögen von rund 650 Millionen DM zur Ver-

(Minister Claus Möller)

fügung steht. Hier ist eine Entnahme von 24 Millionen DM vertretbar

(Meinhard Füllner [CDU]: Wehret den Anfängen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und hat auch die Zustimmung der Kommunen gefunden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Auf die weiteren Einzelheiten, die Erweiterung der KIF-Förderung, will ich nicht eingehen.

Außerhalb des KFA stellt das Land den Kommunen aus Landesmitteln 1999 zusätzlich 3 Millionen DM für die Erstattung von Jugendhilfekosten zur Verfügung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Betrag wird um die linearen Steigerungskosten des BAT dynamisiert, und die Landesregierung hofft - obwohl wir den Prozeß gewonnen haben -, daß der Rechtsstreit damit als erledigt angesehen wird. Ich hoffe, daß die Ministerin so weiter verhandelt.

Verhandelt wird mit den Kommunen über ein umfangreiches Paket zur Standardabsenkung, um Kostenreduzierung zu verlangen. Ebenfalls verhandelt wird über die Umwandlung des KIF-Vermögens in ein Sondervermögen der Investitionsbank.

(Klaus Schlie [CDU]: Noch einmal ein Griff in die Kasse!)

Wenn das geschieht, ergibt sich die Möglichkeit, daß die Landesbank - nicht die Investitionsbank - das als Haftkapital belegen könnte und die Kommunen dafür 3 Millionen DM pro Jahr bekommen. Das ist eine Menge Holz.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist ein Segen!)

Die Verhandlungen mit den Kommunen sind nicht abgeschlossen. Sie müssen selbst entscheiden, ob sie das wollen.

Allerdings: Aussagen von Herrn Dr. Borchert vom Gemeindegtag sind wirklich haarsträubend, an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Recht hat er!)

Diese Sache am liebsten etwa noch mit dem Erwerb der Hamburger Anteile oder mit dem Liegenschaftsvermögen in Verbindung zu bringen - -

(Holger Astrup [SPD]: Das ist Blödsinn!)

Daß von der Investitionsbank zu normalen Zinskonditionen refinanziert wird, hat überhaupt nichts damit zu tun, daß das BAKred oder die EU jedenfalls für das Wettbewerbsgeschäft bestimmte Haftkapitalreserven bei der Landesbank fordert.

Die Landesbank - das sage ich Ihnen - ist ein vor Kraft strotzendes Unternehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb müssen Sie den Fonds übertragen!)

Daß die zusätzliche Reserve als Haftkapital in Aussicht genommen wird, hängt nur damit zusammen, daß diese Bank ein phantastisches Wirtschaftswachstum hat. Dafür wird Vorsorge getroffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht umsonst, sondern gegen Entgelt! Die Gemeinden müssen selbst entscheiden. Die Landesbank ist im übrigen ein Unternehmen, das zusätzlich Arbeitsplätze schafft.

Zu den **Haushaltsschwerpunkten** will ich nur kurz etwas sagen. Im Mittelpunkt stand, alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Ich nenne deshalb: 15-Millionen-DM-Programm Ausbildungsplätze, Multimediainitiative, Innovation schafft Arbeit.

Im Bildungsbereich werden alle Lehrerstellen wiederbesetzt. Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird 3,1 Millionen DM Stundengebermittel geben. Es wird eine Aufstockung bei der betreuten Grundschule geben. Aber die Vereinbarung, die mit der GEW hoffentlich heute zustande kommt, sieht auch vor, daß wir die Lehrer noch einmal bitten, im Gegenwert von 350 Stellen zusätzlich eine halbe Stelle Unterricht zu geben.

(Klaus Schlie [CDU]: Bitten?)

Das wird natürlich zu einer Entlastung der Unterrichtssituation in 1999 führen. Deshalb ist die Regierung der Auffassung, daß die jedenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehenen 100 Stellen 1999 nicht erforderlich sind.

(Angelika Volquartz [CDU]: Ach?)

An den Hochschulen wird die Strukturreform fortgesetzt.

Im ökologischen Bereich werden wir trotz Wegfall der Abfallabgabe ökologische Technik auch im Abfallbereich fördern, auch die eine MBA.

(Minister Claus Möller)

Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ stehen 7 Millionen DM mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Wir wollen hoffen, daß das im Bundeshaushalt Bestand hat.

Im Bereich der inneren Sicherheit wird die Modernisierung der Polizei - Bürokommunikation, COMPAS - mit 6,7 Millionen DM fortgesetzt. Der investive Teil des Polizeihaushalts ist um 6 Millionen DM angehoben. Das war eine Schwerpunktsetzung des Ministers.

(Beifall des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

Aber wir können auch die Polizei nicht völlig von Einsparnotwendigkeiten ausnehmen. Die weitere Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn wird sicherlich gestreckt werden müssen. Zu diesem Thema gibt es bekanntlich heute nachmittag eine Demonstration.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Im Bereich des Sicherheitskonzepts in den Justizvollzugsanstalten wollen wir in den kommenden Jahren zusätzlich 4,2 Millionen DM bereitstellen, im Arbeitsmarktprogramm 35 Millionen DM eigene Mittel, 17,6 Millionen DM EU-Mittel, im Suchtmittelbereich gibt es in einem Bereich, um das Methadon-Programm fortzusetzen, sogar eine Aufstockung um 700.000 DM.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Unser Wohnungsbauprogramm wird mit anderen Akzenten - Stärkung der Modernisierung - fortgesetzt. Wir haben uns darauf verständigt, daß der Zinszuschuß ab 1999 auf 25 Millionen DM begrenzt wird. Damit kann je nach aktuellem Zinsstand ein Wohnungsbauprogramm zwischen 150 und 200 Millionen DM finanziert werden.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Haushaltsdebatten werden allgemein als Stunde der **Opposition** bezeichnet. Aber es ist sicher auch erlaubt, als Regierungsvertreter einige Erwartungen an die Arbeit der Opposition zu formulieren.

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir längst aufgegeben! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sollten einfach die Plätze tauschen!)

Da ist die Erwartung, daß die Vehemenz, mit der apokalyptische Szenarien über die Haushaltssituation des Landes verkündet werden, in der Ernsthaftigkeit eigener Gegenvorstellungen seine Entsprechung findet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist auch die Erwartung, daß unabweisbare Fakten Grundlage jeder vernünftigen Debatte sind,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Liefern Sie doch mal welche!)

zum Beispiel daß im gesamten Landeshaushalt im Prinzip nur 4,8 % - 700 Millionen DM! - frei verfügbar sind; alle anderen Mittel sind rechtlich oder faktisch gebunden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir machen in den Haushaltsbegleitgesetzen auch Änderungen dieser Gesetze! - Martin Kayenburg [CDU]: Was sind gebundene Ausgaben?)

Es erscheint mir auch wenig seriös zu versuchen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als seien die Personalausgaben des Landes in erheblichem Umfang durch Sparmaßnahmen in der Ministerialebene des Landes zu reduzieren. 3,7 % der Personalkosten entfallen auf die Ministerien.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch zuviel!)

85 % der Personalkosten entfallen auf die Bereiche Schule, Polizei, Justiz, Hochschule, Steuerverwaltung oder Versorgungsleistung - genau Bereiche, in denen Sie Verstärkung fordern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben!)

Dann sagen Sie einmal, wo Sie eben in Justiz, Polizei, Schule oder Hochschule eingreifen wollen.

Schließlich kann eine gewisse innere **Konsistenz der Argumentation** verlangt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt besonders für die F.D.P., die sich bundesweit als Antisubventionspartei zu profilieren sucht und hier bei uns energisch für Wettbewerbshilfen kämpft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Das gilt auch für die Unionsfraktion mit ihrer ungebrochenen Neigung, gleichzeitig Personalaufstockungen und rigide Kürzungen zu fordern.

Innere Konsistenz sollte auch die Argumentation zu Einzelfragen prägen. So hat die Opposition hier im Haushalt **globale Minderausgaben** immer wieder in schärfster Form kritisiert. In der Klageschrift der Opposition gegen das Liegenschaftsmodell heißt es hingegen: 250 Millionen DM - Ende des Jahres: das macht doch nichts, das merkt doch keiner - können

(Minister Claus Möller)

ohne weiteres über eine globale Minderausgabe eingespart werden.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Da kann ich nur sagen: Da hätten wir uns einige heftige Debatten zum Thema globale Minderausgaben ersparen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre schön, wenn man in Zukunft auch in anderen Fragen nicht mehr das Gefühl hätte, die heimische Opposition oder Oppositionsabgeordnete fühlten sich eher auf der Seite unserer Verhandlungspartner - das sind manchmal auch Gegner, wenn es um Geld geht -, also meist auf der des Bundes als auf seiten der Interessen unseres Landes. Darüber sollten wir noch einmal intensiv reden, Herr Kubicki!

(Holger Astrup [SPD]: Leider richtig! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie hätten weniger in der Kasse, wenn - -!)

Insgesamt gilt für jede Kritik, auch der nun zu erwartenden Kritik an unserem Haushalt, ein Wort von Emanuel Geibel - mit ihm habe ich auch im letzten Jahr meine Rede geschlossen -:

„Das ist die klarste Kritik von der Welt
Wenn neben das, was ihm mißfällt,
Einer was Eigenes, Besseres stellt.“

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort dem nächsten Redner erteile, möchte ich vorsorglich angesichts einer etwas ungewöhnlichen Anzahl von Debattenbeiträgen, die angemeldet sind, darauf hinweisen, daß wir uns in der Grundsatzberatung befinden, daß Einzelberatungen nach § 25 der Geschäftsordnung nicht möglich sind.

Ich erteile jetzt dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Möller, Ihrer letzten Aufforderung können wir ganz schnell folgen, indem wir Sie darauf hinweisen, daß wir mit unserem letzten Entschließungsantrag genau dieses Bessere vorgelegt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch und Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sicher sein, daß wir nach den Einzelberatungen genauso verfahren werden.

Eine zweite Vorbemerkung, Herr Möller: Es hätte sich fast erübrigt, heute zu diskutieren, denn die von Ihnen zitierte Überschrift ist in der Tat richtig; zu Recht hat das „Hamburger Abendblatt“ geschrieben: „Auf direktem Weg in den Konkurs“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Genau dies ist es, was hinter Ihrem Haushalt steht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist eine Binsenwahrheit und vom Gesetzgeber so auch gefordert: Der **Haushalt** muß in **Einnahmen** und **Ausgaben** ausgeglichen sein. Natürlich ist der heute vorgelegte Haushalt formal ausgeglichen, Herr Möller, genauso wie die vorherigen. Nur, wie Sie diesen Ausgleich herbeiführen, ist unsolid, unangemessen, verfassungsmäßig bedenklich, ohne Zukunftsperspektive

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Abenteuerlich!)

und - um es mit einem Wort zu sagen; Sie haben völlig recht, Herr Kubicki - abenteuerlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da wir kurz vor einer Bundestagswahl stehen, erlauben Sie mir auch diesen Hinweis: Wenn Rot-Grün dabei erfolgreich wäre, begänne auch im Bund genau diese abenteuerliche Finanzpolitik,

(Lebhafter Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn die größten Schuldenmacher aus den Ländern bekämen dann das Sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der größte Schuldenmacher ist Herr Waigel!)

Das ist eine traurige Perspektive für dieses Deutschland mit seinen blühenden Landschaften.

(Widerspruch und Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier aufregen, erkläre ich: Natürlich ist eine Haushaltsdebatte auch ein Stück Wahlkampf,

(Martin Kayenburg)

und natürlich ist dies eine Gelegenheit, deutlich zu machen, wie rot-grüne Finanzpolitik versagt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber wie! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben doch nur Angst davor, daß dies den Bürgern vor der Bundestagswahl an diesem Landeshaushalt noch einmal in aller Deutlichkeit vor Augen geführt wird. Das ist der Grund Ihres Protests!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich behaupte, daß dieser **Haushaltsentwurf** - ich werde darauf noch im einzelnen zu sprechen kommen - die **Finanzmisere** dieser Landesregierung nur zu deutlich macht.

Aber zurück zum Haushalt 1991!

(Widerspruch und Heiterkeit bei der SPD - Zurufe: 1991?)

- Entschuldigung, 1999! - Der war auch nicht viel besser, aber es geht immer tiefer ins Minus hinein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie gehen - wie gehabt -, Herr Möller, wieder einmal von geplanten Ausgaben aus. Das haben Sie eben ja auch mit Ihrem Hinweis auf die „sogenannten“ Steuermindereinnahmen deutlich gemacht. Sie versuchen, die Einnahmeseite damit einseitig in Einklang zu bringen. Da haben Sie auch im vergangenen Jahr die unglaublichsten Wege beschritten. Für Sie scheint eine **Ausgabensenkung** völlig undenkbar zu sein. Sie erklären einfach - und das seit Jahren -, dies sei nicht möglich. Strukturelle Verbesserungen auf der Ausgabenseite erkennen Sie überhaupt nicht, und sie scheinen bei Ihnen auch überhaupt keine Rolle zu spielen. Selbst bei der Strukturreform übersehen Sie diese Möglichkeit, obwohl Sie gerade dabei nach meiner Auffassung ganz positive Auswirkungen auf die Ausgabenseite hätten bewirken können. Der von Ihnen vorgeschlagene Weg ist nach unserer Auffassung unzureichend.

Bei diesem Entwurf können wir nun wirklich nicht feststellen, Frau Simonis, daß Sie Ihre Hausaufgaben gemacht hätten. Offenbar ist Ihnen der Ernst der Lage noch nicht klar geworden oder von Herrn Möller nicht richtig dargestellt worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Angst essen Seele auf!)

Hätten Sie dann aber nicht wenigstens - weil Herr Möller dies zitiert hat - vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Abfallabgabe ein bißchen Nachdenken bezüglich des Haushaltsgebarens

an den Tag legen müssen? Im Haushaltsentwurf jedenfalls erkenne ich davon überhaupt nichts.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Noch einmal zurück zum **Haushalt 1998!** Ich könnte es kurz machen und sagen: Löcher wie ein Schweizer Käse.

(Zuruf von der CDU: Aber er schmeckt nicht so gut!)

Aber das Risiko, das dahintersteckt, ist der Punkt, der hier zu diskutieren ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben ein Risiko von mindestens 365 Millionen - 250 Millionen DM aus dem Immobiliendeal, 115 Millionen DM aus globalen Minderausgaben, die Sie eben so gescholten haben. Aber dazu komme ich später noch. Hinzu kommen die Unwägbarkeiten, die Sie selbst deutlich gemacht haben, aus dem Geschäft mit der LEG, aus dem Verkauf der Flughafenanteile, über den erst im Oktober entschieden werden soll, und auch aus der Grundwasserentnahmeabgabe. Offensichtlich scheint Sie dies aber nicht zu stören; im Gegenteil, da nehmen Sie einmal locker und schnell eine Verschiebung des Verkaufs der Flughafenanteile in das nächste Jahr vor, ziehen dafür Erlöse aus dem Immobiliendeal, der verfassungswidrig ist, vor und konsolidieren mit solchen flapsigen Bemerkungen den Haushalt. Dies ist ein Unding, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das setzt sich im **Haushaltsentwurf 1999** fort. Das muß man sich einmal deutlich machen. Es gibt risikoreiche Transaktionen und überhaupt keine Vorsorge dafür, Herr Minister, daß dieser **Immobiliendeal** verfassungswidrig ist.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das hoffen Sie!)

- Na, vielleicht hat er ja eine Vorsorge getroffen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist eine bloße Behauptung!)

- Natürlich ist dies unsere Behauptung,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Aber nicht mehr!)

und deswegen haben wir ja auch die Klage eingereicht. Auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil warten wir genau wie Sie mit Spannung. Aber Sie werden sehen, Frau Erdsiek-Rave, daß unsere Auffassung von der mangelnden Verfassungsmäßigkeit dieses Geschäfts bestätigt werden wird.

(Martin Kayenburg)

Im übrigen ist der Herr Minister schon selbst vorsichtig geworden.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Wieso werden denn plötzlich die 100 Millionen DM für das Lotto - offenbar ohne Absprache mit Ihnen - ins Gespräch gebracht? Die Presse hat ja deutlich gemacht, wie Sie vor den Kopf gestoßen wurden. Und wie ist es mit der Übertragung des KIF auf die Investitionsbank? Was steckt denn dahinter? Hier sucht das Land Refinanzierungen.

(Lachen von Minister Claus Möller - Holger Astrup [SPD]: Dann haben Sie das nicht verstanden, Herr Kayenburg!)

- Natürlich steht das dahinter, Herr Minister! Ich brauche mir dann nur einmal Ihre hilflose Pressemitteilung vom 1. September 1998 anzusehen. Da steht zunächst einmal der entschuldigende Hinweis, die Stellungnahme sei nötig geworden, weil die böse Opposition beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag gegen die beabsichtigte Veräußerung der Landesliegenschaften gestellt habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er hat uns ja geradezu aufgefordert!)

- Das kann er ja noch machen, Herr Kubicki!

Aber es kommt dann noch viel besser und - wie ich finde - eigentlich unverfroren. Was das Gericht dazu sagen wird, muß man sich noch einmal überlegen. Da schreibt Herr Möller nämlich, der Erlaß einer einstweiligen Anordnung in diesem zeitlich vorgerückten Stadium des Haushaltsvollzuges würde zu unzumutbaren Verhältnissen führen, die eine funktionierende Landesverwaltung im Kern ihrer Aufgabenerfüllung trafen.

Was heißt das denn, Herr Möller?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich scharf!)

Das heißt im Klartext: Sie sind mit dem Haushalt zu weit in der Abwicklung; Sie haben Ausgaben getätigt; das mag zwar verfassungswidrig sein, aber das Bundesverfassungsgericht muß zustimmen, weil Sie sonst Probleme mit Ihrer Aufgabenerfüllung bekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wo sind wir hier denn eigentlich? Klarer kann man Ihre Ansicht, der Zwecke heilige die Mittel, wohl nicht ausdrücken. Dies ist eine Unverfrorenheit sondergleichen.

Es kommt in der Pressemitteilung ja noch besser. Man braucht gar nicht über den Haushalt zu reden; man

braucht sich nur diese famose Presseerklärung anzusehen. Die Opposition hat den Antrag gestellt, heißt es, und nun soll sie in der Öffentlichkeit die Verantwortung für die dann über das Land hereinbrechenden Folgen übernehmen. - Ich weiß gar nicht, wer hier die Haushaltspolitik macht, Sie oder wir! Wir haben Vorschläge gemacht. Wir haben deutlich gemacht, wie Sie im Jahre 1998 einen vernünftigen Haushalt zustande bekommen hätten.

(Lachen des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Haben Sie eigentlich unseren Entschließungsantrag vergessen? Ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie zu solchen Bemerkungen kommen.

Wir übernehmen die Verantwortung, aber Sie haben den Haushalt so aufzustellen, daß er verfassungskonform ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun zu der **globalen Minderausgabe!** Es ist doch ganz einfach so, daß wir Vorschläge gemacht haben. In der Klageschrift wird man natürlich nicht einzelne Positionen präzise vortragen - das nachzuvollziehen ist auch überhaupt nicht Aufgabe der Richter -, sondern es wird natürlich von globalen Minderausgaben geredet. Aber uns den Vorwurf zu machen, wir hätten keine konkreten Vorschläge eingereicht, geht dann wohl doch zu weit, vor allem vor dem Hintergrund Ihrer globalen Minderausgabe von 115 Millionen DM. Das müssen Sie sich einmal deutlich machen.

(Holger Astrup [SPD]: Die F.D.P. hat Vorschläge gemacht, Sie doch nicht!)

- Ich dachte, daß Sie wenigstens lesen können, Herr Astrup!

(Holger Astrup [SPD]: Gerade deshalb!)

Was nun die Veräußerung der landeseigenen Liegenschaften an die Landesbank angeht, so verstehe ich Sie nun überhaupt nicht mehr. Das glaubt Ihnen niemand mehr, und das nimmt Ihnen auch in der Öffentlichkeit niemand ab, wenn Sie sagen, das sei nicht in erster Linie ein Instrument der kurzfristigen Haushaltskonsolidierung. Na, was denn wohl! Ich frage mich wirklich, Herr Minister, wer Sie da geritten hat!

Aber unabhängig davon - trotz des Risikos hinsichtlich der Verfassungskonformität -

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt kommt die nächste Pressemitteilung!)

greifen Sie - da haben Sie ja keine Hemmungen - den Kommunen weiterhin in die Tasche, und zwar nicht

(Martin Kayenburg)

nur beim KIF, sondern auch beim Finanzausgleichsgesetz.

Vielleicht aber doch noch eine Bemerkung vorweg - möglicherweise ist Ihnen das ja entgangen, Herr Astrup -: Es geht ja nicht nur um den Immobiliendeal in Höhe von 250 Millionen DM. Weil der Haushalt nicht paßte, sind einfach einmal kurz 50 Millionen DM draufgepackt worden. Das liegt auf genau derselben Linie wie die Verschiebung der Flughafenanteile.

Unabhängig von den 300 Millionen DM - ich sehe sie noch nicht - kommt ein zweiter, ganz entscheidender Aspekt hinzu. Was geschieht eigentlich mit den Mieten? Sie haben in diesem Jahr 61 Millionen DM an Mieten und 36,2 Millionen DM an zusätzlichen Kosten eingestellt. Ab dem Jahr 2000 haben Sie 125 Millionen DM pro Jahr an Mieten eingestellt und die zusätzlichen Kosten überhaupt nicht beziffert. Im Klartext heißt das: Sie brauchen nicht einmal vier Jahre, dann haben Sie den Erlös aus dem **Immobiliendeal** durch die **Mieten** schon verfrühstückt. Das ist Ihre Politik.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sie müssen doch gegenrechnen!)

- Dies sind doch die Kosten, Frau Erdsiek-Rave.

Über das Gebäudemanagement können wir uns ja noch verständigen, aber dazu wäre es nicht erforderlich, dieses Immobiliengeschäft zu tätigen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie nun durch die **Neuregelung des Finanzausgleichs** die Kommunen mit 50 Millionen DM belasten wollen, dann ist das auch unseriöse Politik,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Stimmt!)

zumal damit die **Kommunen** bestraft werden, die in den vergangenen Jahren gespart haben, die mit den Steuermitteln vorsichtig umgegangen sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie das tun, Herr Minister, nehmen Sie den Kommunen die Motivation zum Sparen. Ich frage Sie allen Ernstes, ob das Ihr Ziel sein kann.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist richtig!)

Ihr Hinweis auf den **Kommunalen Investitionsfonds** mit drei Millionen DM Verzinsung ist ebenfalls anzuzweifeln. Was würde denn passieren, wenn Sie den Kommunalen Investitionsfonds nicht an die Investitionsbank gäben? Wie würde er sich denn dann entwickeln? Würde er dann nicht in entsprechendem Maße

steigen - wäre das dann ein Mehr gegenüber der jetzigen Entwicklung?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ja! - Günter Neugebauer [SPD]: Ja!)

Im übrigen handelt es sich hierbei um ein Sondervermögen des Landes, das - das muß man einmal deutlich sagen - aus Vorwegabzügen bei dem kommunalen Finanzausgleich entstanden ist. Das heißt, moralisch ist es Eigentum der Kommunen, und wie Sie damit umgehen - das kann überhaupt nicht sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß nicht, warum Sie den Kopf schütteln.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das bleibt es doch!)

Dann müssen Sie uns bitte schön einmal sagen, wieso Widerstände nicht nur beim Gemeindetag, sondern auch beim Städtetag und bei den anderen kommunalen Spitzenverbänden da sind, und warum Ihre Strategie bis heute überhaupt nicht zu Ergebnissen geführt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, ich weiß nicht, ob Sie an den Verhandlungen beteiligt waren. Erst wollten Sie den Fonds an die Landesbank verscherbeln, jetzt soll er an die Investitionsbank gehen. Aber - das ist das entscheidende - die belastbaren Unterlagen, die Verträge und die Ausgestaltung, die Sie den kommunalen Landesverbänden zugesagt haben, sind bis heute überhaupt noch nicht vorgelegt. Trotzdem stellen Sie das in dieser Form in den Haushalt ein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist das!)

Das nenne ich unseriös.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das führen Sie in Ihrer Haushaltsrede ein.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bitte keine Unterhaltung mit der Regierung!

Martin Kayenburg [CDU]:

Im Zusammenhang mit den 50 Millionen DM möchte ich noch einmal fragen: Wie sieht das mit dem **Konnexitätsprinzip** aus? Haben Sie hier nicht vor, den Kommunen etwas zu nehmen, was Sie auf anderer

(Martin Kayenburg)

Seite gegeben haben? Ist das nicht eine Konterkarierung des Konnexitätsprinzips?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich bitte Sie, das einmal in Ihre Überlegungen einzu beziehen. Nach meiner Meinung wird jedenfalls über diese Kürzung das im Landtag gemeinsam beschlossene Konnexitätsprinzip ausgehebelt.

Sie haben die **Nettoneuverschuldung** angesprochen, Herr Minister! Ich kann den Sparwillen beim besten Willen nicht erkennen, den Sie hier deutlich gemacht haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielleicht nach dem Jahre 2000, wenn wir regieren!)

- Ja, das ist allerdings richtig, aber vorher sehe ich diese Chance überhaupt nicht. Im Gegenteil, über das, was Sie als Senkung der Nettoneuverschuldung gegenüber 1998 veranschlagen, kann ich nur lachen. Eine Nettoneuverschuldung von 1,1 Milliarden DM ist viel zu hoch. Die Gesamtverschuldung des Landes wird auf 31 Milliarden DM steigen. Damit wird die Zinsbelastung im Haushalt die ohnehin bei 1,8 Milliarden DM liegt, weiter steigen. Das heißt im Klartext: Die neu aufgenommenen Schulden reichen nicht einmal aus, um den Zinsdienst zu tätigen. So weit sind Sie mit Ihrer Haushaltspolitik inzwischen gekommen! Ein rechtschaffender Kaufmann oder auch ein Privathaushalt hätte in solch einer Situation längst Konkurs anmelden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Daran denken Sie aber offenbar nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zur Investitionsquote ist folgendes zu sagen:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei dem Begriff Investitionsquote müßte der Minister jetzt rot anlaufen!)

- Ja, sie hat einen historisch niedrigen Stand erreicht, Herr Kubicki, das ist richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, man muß doch einmal hinterfragen, wie das kommt. Die geringfügige Senkung der Nettoneuverschuldung über 117 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr hat nämlich nichts mit Sparwillen zu tun. Es war nämlich überhaupt keine höhere Verschuldung möglich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Einzelner Beifall bei der CDU)

Es war keine höhere Verschuldung in den Grenzen des Artikels 53 der Landesverfassung möglich. Sie haben 1,186 Milliarden DM an Investitionen im Haushalt, also nur 86 Millionen DM mehr, als die verfassungsmäßige Grenze ausmacht. Das ist Ihr Problem, und das ist unter anderem der Hintergrund dafür, warum Ihre **Investitionsquote** so niedrig ausgefallen ist.

Wir haben inzwischen den historischen Tiefstand von 10,3 %. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre wird die Investitionsquote im Endeffekt noch niedriger ausfallen. Das war in der Vergangenheit so, und das wird diesmal nicht anders sein. Da frage ich mich nun wirklich, wo denn die „Politik für Arbeitsplätze“ in diesem Land stattfinden soll.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Eine weitere Anmerkung: Sie halten die ohnehin niedrigen **Investitionen** nur deswegen so hoch, Herr Minister, weil Sie - wie im vergangenen Jahr - **Subventionen** einrechnen. Sie haben die Schiffsbausubvention erneut in den Investitionshaushalt eingestellt. Das war früher nicht der Fall. Diese 22 Millionen DM sind im eigentlichen Sinne keine Investitionen. Also auch hier wenden Sie schon einen Bilanztrick an, um die Investitionsquote in dieser Höhe überhaupt durchsetzen zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich erinnere mich an 1988. Da wollten Sie alles anders und besser machen, als es die CDU in den vorherigen Jahren gemacht hat. Sie wollten, so haben Sie damals erklärt - das Land innovativ vorwärts bringen, was die CDU angeblich nicht getan hatte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei den Schulden haben Sie das geschafft!)

- Bei den Schulden haben sie das geschafft, in der Tat.

Erfolge gab es auch, aber ich frage mich: Wo war da die Leistung der SPD? Die Erfolge der ersten Jahre, die Sie sich immer noch zugute rechnen, sind im Grunde überhaupt nichts anderes als die Früchte und Ergebnisse der Politik Ihrer Vorgängerregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD], Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie können sich auch ruhig freuen. Es ist unglaublich klasse, sich die Verdienste und Erfolge anderer an den Hut zu stecken.

(Zurufe von der SPD)

(Martin Kayenburg)

Da erinnere ich doch nur an Ihren Kanzlerkandidaten Schröder, der sich hinstellt und den Aufschwung auf Bundesebene als seinen Erfolg bezeichnet.

(Lachen bei der CDU)

Da kann ich doch nur lachen.

Ein Wahres war in seiner Rede allerdings drin: Er hat zugegeben, daß es Aufschwung gibt, daß Erfolg da ist und daß diese Koalitionsregierung in Bonn Erfolg hat. Aber sich hinzustellen und das als seinen Aufschwung zu bezeichnen, das liegt genau auf der Ebene der Haushaltspolitik dieses Landes.

In Schleswig-Holstein ist der Zusammenbruch doch nur deswegen sehr viel später gekommen, weil wir weit mehr als andere Länder von der **Wiedervereinigung** profitiert haben. Das müssen Sie sich doch einmal deutlich vor Augen halten. Dann sehen Sie, wo Ihre **Haushaltspolitik** heute wirklich steht.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte trotz der Meinung des Präsidenten hier einige Einzelpositionen ansprechen. Sie haben unstrittig Versuche gestartet. Ich erinnere da nur an den **Wagniskapitalfonds**, der aus dem Erlös des Verkaufs von Landesbankanteilen gegründet wurde. Sie wollten innovative Unternehmen unterstützen. Was haben Sie gemacht? - 1997 haben sie ihn einkassiert und verfrüht.

Pensionsfonds - dazu kann ich nur sagen: im Ansatz gut, Ausführung verfehlt! 100 Millionen DM aus dem Provinzialverkauf - -

(Holger Astrup [SPD]: Deswegen waren Sie dagegen!)

- Nein, wir haben die Ausführung kritisiert. Wir haben damals gesagt, daß wir das an sich für ein gutes Instrument halten, Herr Astrup!

(Holger Astrup [SPD]: Sie waren doch dagegen, oder nicht? - Zurufe von der SPD)

- Wir haben nur gesagt, daß die Ausführung eine reine Luftnummer ist. Wir haben doch auch Recht bekommen. Was haben Sie denn gemacht? - Im letzten Jahr haben Sie die Verzinsung eingestellt, und im Jahr darauf haben Sie den Fonds insgesamt einkassiert - Luftnummer und sonst nichts. Das hätten Sie besser haben können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Es gab auch einen Hinweis auf die **Energiestiftung**. Da sind Sie nicht fündig geworden. Ich denke, das Problem war da, daß das eine Halbe/halbe Finanzie-

rung ist. Ich bin wirklich gespannt, was Ihnen noch einfällt, um auch an die noch heranzukommen.

Viel schlimmer ist, was Sie mit der **Technologiestiftung** vorhaben. Das ist nun nackte Selbstbedienung, die Sie da betreiben. Sie greifen ungeniert anderen Leuten in die Tasche. Was haben Sie eigentlich getan? - Auf Grund der Satzung hätten Sie das nicht tun können. Sie haben keinerlei Hemmungen, im Haushaltsbegleitgesetz eine Satzungsänderung vorzunehmen, damit Sie an die Mittel der Technologiestiftung herankommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Seien Sie doch einmal ehrlich! Was war denn die Zustiftung? - Sie sagen 15 Millionen DM. Nein, 10 Millionen DM waren Zustiftung und 5 Millionen DM waren von der Gesellschaft selbst in die Mittel eingestellt worden, um innovative Unternehmen zu finanzieren. Sie greifen einfach zu. Dann gucken Sie einmal in Ihren Haushalt. Da wird es nämlich sehr spannend. Von den 15 Millionen DM finden Sie auf der Ausgabenseite 7,5 Millionen DM wieder. Verraten Sie mir doch einmal, wo Sie die anderen 7,5 Millionen DM gelassen haben, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das würde mich nun wirklich brennend interessieren.

Daß Sie an diese Mittel herangehen, liegt auch ganz auf der ideologischen Linie zumindest der Grünen, denn dieser Teil des Fonds war für Biotechnologie und für besonderen innovativen Einsatz vorgesehen. Daß Sie daran ohne Hemmungen herangehen, zeigt, daß Sie zumindest in diesem Punkt konsequent sind. Das will ich Ihnen gern bestätigen.

Wenn aber Biotechnologie mit Ihren ideologischen Scheuklappen nicht vereinbar ist, dann frage ich: Warum haben Sie sich an dem **BioRegio-Wettbewerb** beteiligt? Nur weil wir Sie dahin getragen haben, oder was war der Grund? Oder ist das gegen Ihre Überzeugung gewesen, und Sie haben dies wieder einkassiert, nachdem Sie bei dem Wettbewerb keinen Erfolg hatten? Dieser Verdacht liegt ja wirklich nahe.

Aber unabhängig davon, Sie greifen nicht nur dort ein. Sie greifen beim Regionalprogramm ein, wo Sie die Mittel für die ländlichen Räume um 4 Millionen DM kürzen wollen.

(Holger Astrup [SPD]: Auch dagegen waren Sie übrigens!)

(Martin Kayenburg)

Sie greifen ein bei den Mitteln für die Infrastruktur. Sie greifen ein bei den Mitteln für Verkehrsplanung. Sie weisen nichts für die Ostsee-Kooperation aus.

Doch im einzelnen: Die Infrastruktur müssen wir zügig ausbauen. Wir brauchen Mittel für den Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur**; denn langsam verfallen die Straßen im Lande wirklich. Wenn man sieht, daß die Mittel von 75 Millionen DM auf heute 56 Millionen DM zurückgeführt werden, muß man sich überlegen, ob dies der richtige Weg sein kann. Zusätzlich sind diese Mittel im großen Umfang zweckgebunden: Ortsumgehung Krempe mit 10 Millionen oder 12 Millionen DM,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die wird doch gebaut!)

- die wird gebaut, unbestritten - und 12,3 Millionen DM für den Radwegebau. Was bleibt noch an Rest? - Wenn Sie das wenigstens nicht in den Straßenrückbau steckten, wären wir ja schon ein gutes Stück weiter.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Erdsiek-Rave, winken Sie doch nicht ab. Ich kann Ihnen doch im Lande - -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Reden Sie doch mal mit Ihren CDU-Bürgermeistern!)

- Denen rede ich genauso zu, daß Sie das nicht zu tun haben. Das muß natürlich in andere Maßnahmen gesteckt werden. Fahren Sie doch mal mit offenen Augen durchs Land. In jedem Kaff wird schon Rückbau gemacht. Dies kann in der Tat nicht sein!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Auch damit habe ich kein Problem. Das sage ich auch im eigenen Kreis.

Unabhängig davon, Herr Astrup, ist es doch so, daß wir Mittel zur Kofinanzierung der Bundesmittel brauchen. Hier ist das eigentliche Problem zu sehen, nämlich daß die Landesregierung nicht in entsprechendem Maße vorsorgt.

Nun will ich nicht bestreiten, daß auch die Mittel im Bund knapp sind. Aber vielleicht ist Ihnen ja entgangen, daß für den Bundesfernstraßenplan zusätzlich 10,5 Milliarden DM bereitgestellt worden sind. Vielleicht gibt es ja eine Chance - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Wahnsinn!)

- Das ist kein Wahnsinn, Frau Fröhlich, sondern das ist zielgerichtete Infrastrukturpolitik, wie sie unserem

Land auch dienen würde. Nur, Sie haben das noch nicht erkannt. Das ist das Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber es gibt auch andere Felder, in denen der Haushalt offenbar nicht vorsorgt. Ich erinnere an die **Ostsee-Kooperation**. Da hatten die Minister Steinbrück und Walter ein Papier vorgelegt, das an sich gut war. Die Ministerpräsidentin hat irgendwann auch bestätigt, daß dies in ihrem Sinne sei. Wir haben dann den Bericht zur Ostsee-Kooperation bekommen. Aber wo sind die Mittel im Haushalt? Wo ist denn das Gegengewicht? Wo ist denn die Investitionsperspektive, zum Beispiel um das Gegengewicht für die Øresund-Region zu schaffen? - Ich sehe in diesem Haushalt dafür keine Mittel. Wer dafür keine Mittel einstellt, wird auch keine Chance haben, Innovationen zu fördern, Investitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun erzählen Sie mir nicht, daß dies beispielsweise mit dem Programm „Innovation schafft Arbeit“ zu verwirklichen wäre. Beim Innovationsfonds, den Sie zwar mit großer Presse angekündigt haben, gucken Sie doch bitte genau, woher die Mittel kommen! Das sind keine Landesmittel, sondern das sind 30 Millionen DM von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, von der Europäischen Investitionsbank, von der Kieler Investitionsbank und von Hamburg und 70 Millionen DM von Privaten. Wo ist denn die eigenen Leistung?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Seien Sie doch froh, daß wir dafür keine Haushaltsmittel brauchen! Was ist das denn für ein Argument?)

- Sie sollen das aber dann nicht als Ihren Erfolg verkaufen, Frau Erdsiek-Rave!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das wird auch nicht getan!)

- Da kann ich Ihnen die Pressemitteilungen vorlesen. - Aber unabhängig davon: Vielleicht haben Sie einmal versucht, bei der privaten Gesellschaft anzurufen - in der Presse ist ja als Ansprechpartner Dr. Neuhaus von der Techno-Nord genannt - und zu fragen, was denn an Mitteln zur Verfügung steht und wie man daran kommt. Ich wünsche Ihnen viel Spaß. Ich jedenfalls habe mit dem Anrufbeantworter telefoniert. Dies ist kein Wagniskapitalfonds, der uns hier weiterhilft!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Aber nicht nur beim Einsatz dieser Mittel, auch beim schlanken Staat sehe ich überhaupt keine Chance, daß Sie Erfolg haben. Im Gegenteil, Herr Minister, die **Anzahl der Mitarbeiter in den Ministerien** ist in den letzten Jahren gestiegen. Wenn die Zahl insgesamt abgenommen hat, dann müssen Sie doch einmal sehen, was dahinter steckt. Was haben Sie denn alles ausgelagert? Rechnen Sie doch die Mitarbeiter mit ein, die in den von Ihnen ausgelagerten Institutionen tätig sind.

(Minister Claus Möller: Habe ich doch getan!)

- Die sind in dieser Zahl nicht enthalten. - Dann haben Sie nämlich einen Zuwachs und keine Abnahme. Das ist der entscheidende Punkt. Wie Sie die Statistik des Landes hinsichtlich der Zahl der tatsächlich Beschäftigten verbessern, hat mit realer Personalkostensenkung nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Kennen Sie die Zahlen des Statistischen Landesamtes eigentlich?)

- Das Statistische Landesamt subsumiert unter die Beschäftigten im öffentlichen Bereich einen Großteil dieser ausgelagerten Institutionen eben nicht, lieber Herr Astrup!

(Zurufe von der SPD)

- Natürlich stimmt das. Schauen Sie doch mal in die Statistik hinein. Das ist der entscheidende Punkt.

(Holger Astrup [SPD]: Dann müssen wir viel mehr abgebaut haben, wenn das stimmt, was Sie sagen! Lesen Sie es mal nach!)

- Das können Sie vielleicht meinen, gleichwohl, die Statistik weist das anders aus, Herr Astrup! Aber das können wir auch gern bilateral klären.

Wenn Sie sich wenigstens ein Beispiel an der Bundesregierung genommen hätten! Im Bund ist nämlich die Zahl der Beschäftigten etwa auf dem Stand von 1989 geblieben, obwohl das Bundesgebiet um die ganzen ostdeutschen Länder erweitert worden ist. Da ist Personaleinsparung gemacht worden. Hier sehe ich dies bis heute nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Bundesbahn! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Entschuldigung, genau auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet, lieber Herr Astrup! Nicht unter Ausgliederung der Bundesbahn, sondern unter Einbeziehung der ausgelagerten Bereiche. Das ist der Unterschied zu der Politik hier im Lande.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch bei der **Polizei** sieht es ja nicht viel besser aus, was die Personalpolitik anbelangt. Herr Minister Wienholtz, seit Jahren kündigen Sie die Verwirklichung der **zweigeteilten Laufbahn** an. Wir haben das damals als nicht finanzierbar angesehen, und wir haben davor gewarnt. Ich kann nur feststellen: Heute stehen Sie vor einem Scherbenhaufen. Ich bin gespannt, wie Sie heute nachmittag bei der Demonstration zu den Vorwürfen, die Sie zu Recht treffen, Stellung nehmen wollen.

Im übrigen gibt es ja offenbar einen Dissens zwischen Ihnen und der Gewerkschaft der Polizei hinsichtlich des Begriffes der zweigeteilten Laufbahn. Sie haben aus Not - meine ich - den Begriff dahin gehend interpretiert, daß Sie jedem Polizeibeamten die Chance einräumen wollen, innerhalb seiner Dienstzeit so weit aufzusteigen, daß er zumindest im gehobenen Dienst in den Ruhestand gehen kann. Dies kassieren Sie, wenn ich das richtig sehe, mit dem Haushalt 1999 auch wieder ein. - Wenn Sie den Kopf schütteln, müssen Sie das hier richtigstellen. Dies ist jedenfalls eine Politik, die wir gegenüber unserer Polizei nicht vertreten können.

(Beifall bei der CDU)

Wir befürchten nach wie vor, daß Ihre leichtfertigen Zusagen nicht finanzierbar sein werden und daß deswegen der Vorwurf des Vertrauensbruches, der Ihnen gemacht worden ist, auch seine Berechtigung hat. Was hat die Gewerkschaft geschrieben? - Versprochen, verkauft, verschaukelt! Ich kann nur sagen: Wenn die Fakten so sind, hat sie recht. Wenn die Fakten nicht so sind, müssen Sie hier an dieser Stelle eine Klarstellung liefern.

Aber nicht nur bei den Beförderungen gibt es Probleme bei der Polizei. Es gibt auch Probleme hinsichtlich der tatsächlichen **Zustände** bei der **Polizei**, Herr Minister! Wie Sie pressemäßig verkaufen, wie die Zustände sind, das kann man wirklich nicht mehr nachvollziehen. Schutzbereichskonzept - ich meine, das ist eher eine Notrufpolizei, die wir dadurch installieren. Den Außendienstanteil mit Fahrradprogramm auf 70 % erhöhen - wenn Sie das vor Ort sagen, werden Sie nur noch mitleidig belächelt. Dies sind wirklich keine Sicherheitskonzepte für unser Land, Herr Minister! Und was die Polizei anbelangt - ich will gar nicht auf verrottete Gebäude und ähnliches eingehen - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hätten es gern martialischer!)

- Nein, ich hätte es nicht gern martialischer. Dann hätte ich an dieser Stelle ganz anders geredet. Sie werden gemerkt haben, daß ich zu diesem Teil sehr

(Martin Kayenburg)

zurückhaltend formuliert habe. Es kann aber nicht sein, daß unsere Polizei in dieser Form an der Nase herumgeführt wird. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Den Bürgern wird eine Sicherheit vorgegaukelt, die jedenfalls mit diesem neuen Konzept nicht zu gewährleisten ist.

Einen letzten Punkt will ich ansprechen; es gäbe zu diesem Haushalt so viel zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD]: Seitdem Sie die Verschuldung beklagt haben, fordern Sie ständig nur höhere Ausgaben!)

- Warten Sie doch mal die Detailberatungen ab, Herr Neugebauer. Ich habe null neue Ausgabenwünsche geäußert. Sie müssen das mal nachlesen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben über 100 Millionen DM gefordert!)

- Wissen Sie was, Herr Neugebauer? - Wir machen das ganz einfach. Ich habe einen kleinen Taschenrechner. Den lege ich beim nächsten Mal auf Ihr Pult, und dann dürfen Sie mitrechnen. Vielleicht haben Sie dann ja konkrete Zahlen. Im Kopf schaffen Sie es offenbar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Unabhängig davon will ich aber kurz noch auf das Thema **Bildung** zu sprechen kommen. Wir führen ja morgen die große Debatte, deswegen kann ich es kurz machen. In diesem Schuljahr wird die Zahl der zu beschulenden **Kinder** erneut steigen. Zusätzliche **Lehrkräfte** werden wir nicht haben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine absolute Lüge! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir werden die versprochenen 100 Lehrkräfte nicht haben.

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Presse der letzten Woche habe ich jedenfalls Aussagen von Frau Erdsiek-Rave gelesen, daß sie sich darüber Gedanken macht, zusätzlich doch 100 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen, aber sie hat es unter einen Vorbehalt gestellt. Das will ich hier deutlich sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es ist ja Wahlkampf, natürlich!)

Heute - wenn ich das richtig verstanden habe - hat der Finanzminister das alles wieder eingesammelt. Ja, was denn nun? Ankündigungspolitik!

Den Vorbehalt will ich gern akzeptieren, aber den Vorbehalt darunter zu stellen, daß der Immobiliendeal Erfolg hat, Frau Erdsiek-Rave, das ist nun in der Tat zu kurz gesprungen. Das sind Posten, die überhaupt nicht vergleichbar sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mir geht es auch gar nicht um die einzelne Lehrkraft. Mir geht es darum, daß wir für unsere Kinder eine sachgerechte und ordnungsgemäße Situation in den Schulen bekommen und daß es endlich mit der Bevorzugung der Gesamtschulen aufhören muß.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hätten Sie eine Chance, einen Ausgleich zu schaffen, wenn Sie wenigstens kurzfristig Abstand von der Politik der **Entbeamtung der Lehrer** nehmen würden, dann könnten Sie nämlich - -

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Also ich kann richtig rechnen, Frau Fröhlich! Ich weiß nicht, ob Ihnen das immer gelingt. Jedenfalls hätten Sie dann, wenn Sie kurzfristig auf die Politik der Entbeamtung verzichten würden - und ich sage nicht auf Dauer -, zumindest die Chance, ohne zusätzliche Haushaltsmittel Lehrer einzustellen. Das würde unseren Schulen guttun und nicht Ihre „auf Teufel komm raus“ durchgeführte Entbeamtungspolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie wissen selbst, daß auch ich gegenüber der Politik der Entbeamtung durchaus positiv eingestellt bin, aber der Zeitpunkt ist das entscheidende, und der ist jetzt absolut verfehlt. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Der **Haushaltswurf** ist ein untauglicher Versuch. Die Forderung an die **Opposition**, Herr Minister, die Sie am Schluß Ihrer Haushaltsrede gestellt haben, hat nicht durch Inhalte, sondern durch Fremdworte gegläntzt. Das ist das einzig Positive, was ich daran erkennen konnte. Wir halten den Haushaltswurf für insgesamt inakzeptabel, weil die kleinsten Ansätze zu Einsparungen fehlen. Er ist unsolid finanziert. Das habe ich nachgewiesen. Er sorgt auch nicht für den Falle einer erfolgreichen Klage im Zusammenhang mit dem Immobiliendeal vor.

(Martin Kayenburg)

Wenn Sie hier auf Steuermehreinnahmen hinweisen, dann kann ich dazu feststellen: Natürlich haben Sie Steuermehreinnahmen, die Sie so schick verbrämen - ich weiß nicht, ob die 5,4 %, die in der Presse erwähnt wurden, oder die von Ihnen genannten 4,5 % richtig sind -, aber die Steuermehreinnahmen sind gegenüber Ihrer Planung um entweder 30 % oder 50 % höher. Nun stellen Sie sich hier hin und lamentieren. Von 3,5 % bis 4,5 % sind es zirka 30 %, und wenn es 5,4 % sind, dann entspricht es fast 50 %.

Wenn Sie jetzt die Stirn runzeln, dann ist das ganz prima. Aber genauso machen Sie hier Ihre Ankündigungen zur Steuerpolitik. Genau mit diesem Argument weisen Sie uns Steuermindereinnahmen nach. Das sind nämlich die Tricks, mit denen Sie die Situation des Landes schlechtreden.

Wir sind der Meinung: Das Land ist gut, und wir haben Riesenchancen. Nur die Regierung ist nicht gut genug für dieses Land. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, Frau Simonis, möchte ich Sie an Ihre Ausführungen vom 21. Januar 1998 erinnern, als Sie zum Haushalt 1998 gesagt haben:

„Selbst wenn die Einnahmen wieder stärker und verlässlicher sprudelten, wären wir doch in der Pflicht, zu überprüfen, ob wir sparsam und effizient mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgehen und ob wir das, was wir heute beschließen,“

- das wird noch ein wenig dauern -

„auch morgen noch finanzieren können.“

Ich kann Sie nur auffordern: Beherrigen Sie diese Ihre eigenen Worte. Dann werden wir nämlich zu einer gesunden Finanzpolitik zurückkommen. Bleiben Sie glaubwürdig. Dann wird auch für die Bürgerinnen und Bürger und für die gute Zukunft des Landes Ihre Verantwortung ordnungsgemäß wahrgenommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich Gäste begrüßen. Auf der Besuchertribüne sind Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Bad Oldesloe und der Jungsozialisten Halstenbek-Schenefeld. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! In einer Demokratie schuldet auch die Opposition etwas.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, Aufmerksamkeit! - Martin Kayenburg [CDU]: Richtig!)

Sie schuldet nämlich die Alternative.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann lassen Sie uns doch einfach mal die Plätze tauschen!)

- Das ist langsam alt; laß es mal! Die Investition in neue Ideen, in kreative Vorschläge ist bei der Opposition auf seltenem Tiefstand.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Die übernehmen sie doch nach wie vor fast alle!)

Statt eigene Ideen und Konzepte liefern Sie ein Gemisch aus Vorwürfen, aus wirrem Zahlenwerk, aus Presseartikeln - ohne Linie, ohne Konzept, fast hätte ich gesagt, wie ein Buchhalter, allerdings wäre es da genauer geordnet und mit präziseren Zahlen und Fakten versehen gewesen. Ich habe das Konzept jedenfalls trotz aufmerksamen Zuhörens nicht entdecken können.

Sie wissen, ich bin immer bereit, mit Ihnen über alternative Politikentwürfe zu streiten, Herr Kayenburg! Aber alternativer Politikentwurf, wie man das in einer Generaldebatte zum Haushalt erwarten kann -, dazu kann ich nur sagen: Fehlanzeige, absolute Fehlanzeige.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während im gesamten Land und auch in Schleswig-Holstein die Zahl der Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen einen historischen Höchststand erreicht hat - dieser Punkt kommt bei Ihnen im übrigen gar nicht vor, 250 000 Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auch in Schleswig-Holstein nach den neuesten Zahlen - und während der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, eine Fortsetzung des Wachstums ohne Arbeit prognostiziert, stecken Sie derzeit alle Ihre Energie in den Versuch, den laufenden **Haushalt 1998** Monate nach seinem Inkrafttreten außer Kraft zu setzen. Die **Opposition** macht keine Politik mehr. Die Opposition beschreitet den Rechtsweg.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaubt Ihnen doch keiner! Sie machen doch auch keine Politik!)

(Ute Erdsiek-Rave)

Offenbar sind Sie ja schon dabei, die nächste Klage vorzubereiten. Das haben wir ja mit Interesse gelesen, wenn nämlich möglicherweise der Volksentscheid gegen die Rechtschreibreform scheitert. Viel Freude dabei!

Eine Opposition nur noch an der Klagemauer ist in einem beklagenswerten Zustand.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Dabei sind Sie sich noch nicht einmal zu schade, das Bundesverfassungsgericht schon einmal vorsorglich für den Fall zu schelten, daß es erst nach der Bundestagswahl entscheidet. So nachzulesen in der gestrigen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, in so einem Fall werden nur Stimmen aus der CDU zitiert. Zu früh gefreut; das soll es beispielsweise schon bei einstweiligen Anordnungen gegeben haben, Kollege Kubicki!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Häme und Schadenfreude bei der Diskussion über eine so gründlich geprüfte und abgewogene Operation wie den **Verkauf der Liegenschaften** ist unangebracht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch eine schlichte Lüge! Wer hat denn da gründlich geprüft?)

Wir Sozialdemokraten betreten gemeinsam mit den Grünen finanzpolitisches Neuland. Das ist wohl wahr. Wir übernehmen damit bundesweit eine Pilotfunktion. Aber wir unterstützen nicht nur nachhaltig dieses Vorhaben der Landesregierung, sondern wir übernehmen auch gemeinsam mit ihr die Verantwortung dafür. Wir übernehmen gemeinsam dafür die Verantwortung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Oppositionsführer, dieser Spagat zwischen Schlechtreden und Schwarzmalen im Lande und Schönreden der gesamtwirtschaftlichen Lage - Sie scheuen sich doch tatsächlich nicht, den Begriff der „blühenden Landschaften“ in den Mund zu nehmen, aber in Wahlkampfzeiten gelingt er Ihnen besonders schlecht -

(Martin Kayenburg [CDU]: Natürlich, so ist es!)

gelingt Ihnen immer schlechter, weil den Menschen inzwischen klar ist: Zwischen der **öffentlichen Armut** und den steuerbegünstigten **privaten Reichtümern** besteht ein gewisser Zusammenhang.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gleich kommen einem die Tränen!)

Die Ebbe in den öffentlichen Haushalten ist das Ergebnis einer verfehlten und aus dem Ruder gelaufenen Steuer- und Finanzpolitik in Bonn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ja, das ist so. Weil Sie hier so tun, als ob nur in Schleswig-Holstein Tafelsilber verkauft würde und als ob nur in Schleswig-Holstein der Schuldenstand gestiegen sei, möchte ich Ihnen hier zumindest zwei Daten nennen. Zu dem Verkauf von Tafelsilber durch die Bundesregierung möchte ich erwähnen: von den Anteilen der Telekom über Lufthansa, Postbank, Tank und Rast, Frankfurter Siedlungsgesellschaft bis hin zur Veräußerung von Forderungen. Das sind weit über 30 Milliarden DM.

Soweit der Bund! Aber hier geißeln Sie die Politik der Landesregierung.

Der **Schuldenstand des Bundes** betrug 1989 542 Milliarden DM, 1998 - ich nehme an, Sie haben die Zahl im Kopf - 1,4 Billionen DM. Was für eine Hypothek wird da der Nachwelt eigentlich hinterlassen!

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat denn die Wiedervereinigung durchgesetzt? Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)

Meine Damen und Herren, um den finanzpolitischen Handlungsspielraum zu erhalten, brauchen wir also am 27. September einen Wechsel in der **Steuerpolitik**. Wie auch immer: Wir brauchen einen Wechsel zu mehr Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ich lasse Sie gern eine Weile dazwischenrufen. - Wir brauchen einen Wechsel zu mehr Steuergerechtigkeit und ein Zurück zu dem Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen dabei übrigens auch einer Diskussion über eine **Finanzreform**, die den Ländern einen größeren Gestaltungsspielraum bietet, offen gegenüber. Aber der Vorschlag von Waigel nach dem Aschenputtelprinzip - die „Guten“, also die Mineralölsteuer, die

(Ute Erdsiek-Rave)

Mehrwertsteuer, in das Töpfchen des Bundes und die „Schlechten“, nämlich die Einkommensteuer, in die Landestkröpfchen - gehört dorthin, woher er kommt, nämlich ins Sommerloch.

Die angespannte Finanzsituation ist in der so wohlthuend sachlichen Rede des Finanzministers ausführlich beschrieben worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz dieser angespannten Finanzsituation ist es unter der Führung von Björn Engholm und Heide Simonis gelungen, Schleswig-Holstein für den internationalen Wettbewerb zu rüsten.

(Ursula Röper [CDU]: Was Sie selber nicht glauben!)

Das sage ich in bezug auf die Wirtschafts- und Finanzdaten des Landes. Sicher sind die finanziellen Pinselstriche gröber geworden, aber die Konturen, das Profil des Landes als eines lebenswerten **Arbeits- und Wirtschaftsstandorts** haben wir weiter geschärft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist eben nicht länger der kranke Werften- und Bauernstaat, irgendwo im Niemandsland zwischen Hamburg und Skandinavien. Schleswig-Holstein ist heute ein Land, in dem die Wirtschaftskraft der medizintechnischen Unternehmen die der Werftindustrie längst überholt hat. Es ist ein Land mit hochentwickelter Kommunikationstechnologie bei den Firmen wie Motorola, die eine der weltweit leistungsfähigsten Produktionsstätten für Mobiltelefone unterhält, ein Land, in dem mit Mobilcom das Boomunternehmen des neuen Marktes an der Frankfurter Börse sein wird, in dem bereits 13.000 Arbeitnehmer auf dem Gebiet der Umweltwirtschaft tätig sind, einem der Wachstumsmärkte der Zukunft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ja, das gehört zur Beschreibung und zur Würdigung von Politik dazu, auch wenn das nicht allein die Leistung der Landespolitik ist, was auch niemand behauptet. Ich lasse es einfach nicht zu, daß Sie dieses Land immer in Bausch und Bogen schlechtreden, als wäre hier alles nur zum Schlimmsten bestellt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf unsere Argumente bleiben Sie regelmäßig die Antworten schuldig.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Dabei geht es nicht nur um die harten, geldwerten Faktoren, auf die sich die positive Leistungsbilanz gründet.

Schleswig-Holstein war in seiner Geschichte immer vom Klima abhängig. Aber der Landesregierung ist es gelungen, dem Klima als Faktor für die Landwirtschaft und den Tourismus auch ein positives **Wirtschaftsklima** an die Seite zu stellen und Bündnisse zu schließen - etwa für die Ausbildung -, die diesen Namen verdienen. - Daß gerade Sie, Frau Schmitz-Hübsch, dabei lachen, finde ich nachgerade peinlich. Ich will nämlich jetzt den Unternehmern und den Gewerkschaften dafür danken, daß sie Kooperation und Konsens immer vor Konfrontation und Effekthascherei gestellt haben, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es im Lande hervorragende Beispiele. Eines ist der Beitrag des Landes mit seinen Unternehmern und vielen Institutionen zur Expo 2000. Das lassen wir nicht schlechtreden, auch wenn aus Hannover schlechte Nachrichten kommen. Es ist ein hervorragendes Beispiel für ein gutes und kooperatives Klima im Land.

Dieser Geist prägt auch andere Prozesse, etwa den RISI-Prozeß, etwa die Landesinitiative Multimedia, mit der wir uns gemeinsam für das 21. Jahrhundert rüsten, mit der wir die Infrastruktur tatsächlich und in den Köpfen neu orientieren und auf die Zukunft ausrichten. Dafür stellen wir auch Mittel im Haushalt bereit.

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind zu modernisieren, und zwar durch vernetztes Handeln in den jeweiligen Verantwortungsbereichen. Dafür haben wir die Weichen im Lande gut gestellt.

Bayern wirbt derzeit mit „Laptop und Lederhose“. Das mag ja ein schönes bayerisches PR-Bild sein. Wir in Schleswig-Holstein sind jedenfalls im Surfen spitze, beim Worldcup vor Sylt, auch bezüglich des Internet. Diesen Gleichklang zwischen Natur, Umwelt und Technologie macht uns im Lande so schnell keiner nach.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte deshalb auch von dem neuen Programm „Innovation schafft Arbeit“ und von einer **Neustrukturierung der Technologieförderung**, daß dieses Profil des Landes nachhaltig weiter geschärft wird.

(Ute Erdsiek-Rave)

Die Erfolge zukunftsfähiger Politik, Herr Kayenburg, zeigen sich auch und gerade jenseits von Haushaltsarithmetik. Wer zukunftsfähig bleiben will, muß nationale Grenzen, aber auch Grenzen im Denken überwinden. Schleswig-Holstein ist europafähig, weil wir früher als andere angefangen haben, über interregionale Zusammenarbeit nicht nur zu reden, sondern danach auch zu handeln. Wir haben auf diesem Gebiet etwas praktiziert.

Wenn der Landtag insgesamt, eine Fraktion oder die Regierung nach Schweden oder Estland fährt, dann fahren wir dort nicht als Gäste oder Fremde hin, sondern wir werden dort als Freunde und Partner aufgenommen. Das zahlt sich aus, vielleicht nicht in Form von Zahlen im Haushalt, aber es zahlt sich aus für die Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur in diesem Lande. Dafür hat sich diese Landesregierung Verdienste erworben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Aufbau der **Kooperation mit der Öresundregion** - wir haben darüber an anderer Stelle diskutiert - gehört deshalb ebenso zu den strategischen Zielen in den nächsten Haushaltsjahren wie die verstärkte **Kooperation mit Hamburg**. Für diese Kooperation mit Hamburg ist gerade der von Ihnen so niedergemachte - ich buche das einmal unter Unkenntnis ab - Risikokapitalfonds zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ein hervorragendes Beispiel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seien Sie doch froh, daß dort keine Landesmittel drin sind, daß dies ein „Public Private Partnership“-Projekt ist. Und seien Sie doch froh, daß dort privates Kapital und **Risikobereitschaft** mobilisiert werden!

(Martin Kayenburg [CDU]: Völlig einverstanden! Aber es wird unter falschem Namen verkauft!)

Das geschieht ohne Landesmittel, aber - das darf wohl gesagt werden - gewiß nicht ohne Zutun der Landesregierung, Herr Kayenburg, ganz gewiß nicht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf den Landeshaushalt und die Angriffe der Opposition zurückkommen. Dieser Landeshaushalt ist ein Indiz dafür, daß die von der Landesregierung in Gang gebrachten **Strukturreformen** und die **Modernisierung der Verwaltung** Früchte tragen. Zum einen ist es erstmals gelungen, die Personalquote unter die magische Schwelle von 40 % zu senken. Dabei kommt es zu Nettoeinsparungen. Sie können die Zahlen nachlesen. Die Nettoeinsparungen betragen über 1.000 Stellen.

Dabei sind die übertragenen Stellen herausgerechnet; sonst wären es über 2.000.

Modernisierung der Verwaltung heißt auch Kosteneffizienz und heißt, daß nicht am falschen Ende gespart wird, zum Beispiel bei der Bildung und der inneren Sicherheit.

Die Zeiten für eine **antizyklische Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst** sind vorbei. Aber es müssen Anreize für Ansiedlungen, Betriebsweiterbildungen, technologische Modernisierung der Betriebe und für aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik geschaffen werden. Dies ist mit Mitteln der öffentlichen Hand zu betreiben. Die öffentliche Hand ist dafür zuständig. So schafft sie ein Umfeld und Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, sei es im Dienstleistungsbereich oder im produzierenden Gewerbe.

Dies gilt auch für die Förderung **außenwirtschaftlicher Aktivitäten**. Schleswig-Holstein hat hier enorm aufgeholt. Trotz und angesichts der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur ist die Exportquote entscheidend angestiegen. Das ist ein positiver Indikator für die Wirtschaftskraft des Landes.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne weiter die Senkung der **Kreditfinanzierungsquote**. Es ist gelungen, diese mit nur 7,6 % auf den niedrigsten Wert seit 1992 zu senken. Auch da weist Schleswig-Holstein mittlerweile bessere finanzpolitische Eckwerte auf als die meisten alten Länder der Bundesrepublik.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, noch einmal zu sagen, wie es war, als wir dieses Land vor zehn Jahren von der Opposition übernahmen. Es war das Land mit dem zweithöchsten Schuldenstand in der Republik.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Wie steht es eigentlich mit Ihrer Haushaltsehrlichkeit, wenn Sie heute von einer „hemungslosen Verschuldungspolitik“ reden, während die Kreditfinanzierungsquote unter Ihrer Führung mit 14,6 % fast doppelt so hoch war wie heute?

Wie steht es mit der **Investitionsquote**? Dazu hat der Finanzminister etwas gesagt. Ich finde, da muß man ein bißchen ehrlich miteinander umgehen. Die Investitionsquote des Landeshaushalts sinkt, aber durch Übertragungen, etwa der Landesliegenschaften - zugegeben, das lehnen Sie ab -, bleibt sie faktisch

(Ute Erdsiek-Rave)

gleich. Dies bildet sich im Landeshaushalt jedoch nicht mehr ab.

(Zurufe von der CDU)

- Nein! Der Finanzminister hat ja die richtigen Zahlen genannt. Durch Wiederholungen Ihrerseits ändert sich daran nichts.

Wie steht es denn um Ihre **Haushaltsehrlichkeit**, wenn Sie dieser Tage von Demonstration zu Demonstration eilen, um Versprechungen zu machen, die Sie nicht halten müssen, und Sie keine 24 Stunden später hier auf die Ausgabenbremse treten wollen? Wie steht es um Ihre Haushaltsehrlichkeit, wenn Sie hier die **globalen Minderausgaben**, deren Erwirtschaftung übrigens - alle Achtung! - wie vom Finanzminister dargestellt voll im Plan liegt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dank Theo Waigel!)

quasi als Täuschung der Bürger geißeln und gleichzeitig in Karlsruhe behaupten, mit eben den globalen Minderausgaben in drei Monaten die doppelte Summe, nämlich 250 Millionen DM, locker erwirtschaften zu können? Das verstehe einer!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich erkläre es Ihnen nachher, Frau Erdsiek-Rave!)

Wie steht es um Ihre Haushaltsehrlichkeit, wenn Sie heute den **kommunalen Finanzausgleich** für sakrosankt erklären, aber sich selbst zu Ihren Regierungszeiten weidlich daraus bedient haben? Ich möchte einmal ein paar Daten nennen, die Sie vielleicht nicht kennen, weil das vor Ihrer Zeit war, aber ich habe das einmal nachgelesen. 1980, 1982, 1984, 1985, etwa im Zweijahrestakt haben damalige Landesregierungen Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich getätigt,

(Holger Astrup [SPD]: Deutlich mehr!)

und zwar mit deutlich höheren Beträgen, als dies heute der Fall ist. Allein 1984 Einbußen von 160 Millionen DM im kommunalen Finanzausgleich - 1984!

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! - Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Das waren natürlich andere Bedingungen, andere Motive, andere Minister, andere Regierungen, das ist vollkommen klar. Aber die Zahlen waren höher.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, ich zitiere - das muß ich so sagen, daß Sie das hören; das ist ein neues Zitat -:

„Die seit mehreren Jahren anhaltende durch Abkopplung von der Entwicklung des Brut-

toinlandsprodukts gekennzeichnete Wachstumsschwäche der Steuereinnahmen hat zu einem gegenüber der Finanzplanung drastischen Verfall der Einnahmehasis geführt. Gleichzeitig sind wesentliche Ausgabeblöcke wie beispielsweise die Personalkosten, die Zinsen für Staatsschulden oder die Transferleistungen im Sozialbereich weiter zum Teil erheblich angestiegen.“

(Günter Neugebauer [SPD] und Martin Kayenburg [CDU]: Stimmt!)

Dieses Zitat Ihrer Fraktionsvorsitzendenkonferenz (CDU) zur Lage der öffentlichen Haushalte der Länder, die dort zusammenkamen, kann ich Ihnen auch heute nicht ersparen, weil damit eines klar wird: Das größte Risiko für den Landeshaushalt liegt nicht in Karlsruhe, das größte Risiko liegt - noch jedenfalls - in Bonn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Steuerpaket**, das Sie im Wahlkampf zu verteidigen gezwungen sind, bedeutet nämlich für die Landesfinanzen enorme **Einnahmeverluste**,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

allein rund 450 Millionen DM für Schleswig-Holstein. Schon heute ist der Landeshaushalt so versteinert, daß man für seine Aufstellung eher einen Bildhauer als einen Finanzminister bräuchte.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Anteil der gebundenen Mittel beträgt in fast allen Ressorts über 90 %, der Anteil der sogenannten freiwilligen Leistungen liegt unter 5 % der Gesamtausgaben.

Meine Damen und Herren, am 27. September geht es auch um neue Freiräume für den **Föderalismus**. Wir haben den Auftrag, zu gestalten und nicht nur die politischen Fehler in Bonn zu verwalten. Wir konzentrieren uns dabei auf unsere Kernkompetenzen, und dabei steht der **Bildungsbereich** an erster Stelle. Wir können stolz darauf sein, daß in unserem Land jede freie Lehrerstelle wiederbesetzt wurde und wird.

(Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Bei steigenden Schülerzahlen!)

Das war und ist eine Kraftanstrengung, eine solidarische Leistung aller, die auf manches Wünschbare und

(Ute Erdsiek-Rave)

Wichtige in anderen Politikbereichen verzichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Dafür möchte ich mich beim gesamten Kabinett im Namen der Fraktion bedanken.

Die Chancen unserer Kinder auf einem zunehmend globalisierten Arbeitsmarkt bemessen sich nach ihren erworbenen Kompetenzen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Sie liegen nicht nur in Mathematik und Naturwissenschaften, sondern auch in den Sprachen und im Umgang mit den neuen Medien. Die Diskussion um Chancen, um Qualität des Schulsystems wollen wir gern aufnehmen und dafür sorgen. Bildungspolitik bemißt sich nicht nur in Quantität, sondern eben auch in Qualität von Unterricht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Da ist eine Menge versäumt worden!)

Allein der **Schulbereich** ist deshalb von den Einsparungen bei den Personalkosten ausgenommen. Im vorgelegten Haushalt steigt der Ansatz für **Lehrpersonal** um über 20 Millionen DM. Zudem werden zur **Ver-ringerung des Unterrichtsausfalls** Mittel in Höhe von 3,1 Millionen DM eingestellt.

(Widerspruch der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Wir wollen, daß diese Mittel dezentraler eingesetzt und damit effektiver verwaltet werden. Zur Wahrheit gehört auch, daß wir die Probleme nicht verschweigen. Natürlich haben wir gut versorgte kleine Gymnasialklassen im Lande ebenso wie Grundschuljahrgänge in Wachstumsregionen mit schwierigen Unterrichtsbedingungen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Zur Wahrheit gehört auch, daß wir den Lehrern im Lande einiges zugemutet haben. Denn alle finanziellen Bemühungen im Landeshaushalt hätten nicht ausgereicht, würden nicht auch die Lehrerinnen und Lehrer ihren Teil zur Bewältigung der wachsenden Schülerzahlen, etwa durch **Verlängerung der Arbeitszeit**, leisten. Deshalb wird meine Fraktion die Landesregierung bei der Umsetzung des Konzepts zur langfristigen Unterrichtssicherung mit der Schaffung von 450 zusätzlichen Lehrerstellen im Zeitraum dieser Legislaturperiode voll unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole von dieser Stelle: Sollte sich bei der laufenden Steuerentwicklung ein entsprechender Spielraum ergeben, werden wir uns für die Schaffung von 100 neuen Lehrerstellen schon zum kommenden Schuljahr einsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Zur Stärkung von Bildung und Ausbildung gehört aber auch die in Angriff genommene **Hochschulstruktur-reform**. Die Hochschulen erhalten durch Budgetierung und Globalisierung jene Flexibilität und Planungssicherheit, die es ihnen ermöglicht, ihr Profil zu schärfen und ihre Arbeit effektiver zu gestalten.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Einbindung der Universitäten in internationale Forschungsnetzwerke, etwa in das Leitprojekt „Virtueller Hochschulverbund Ostseeregion“.

Meine Damen und Herren, den Anspruch auf eine zukunftsfähige Bildungspolitik, auf Bildung und Ausbildung stellen die Menschen mit gleichem Recht wie den Anspruch auf Schutz und Sicherheit. Wir unterstützen mit Nachdruck die Linie von Innenminister Wienholtz, den Schwerpunkt im **Polizeibereich** auf die **Investitionen** zu legen. Hierfür wird im Haushalt 1999 mit insgesamt 21 Millionen DM eine Rekordsumme bereitgestellt. Wir werden nicht das letzte Polizeirevier, das Ihnen immer gern vorschwebt, wenn Sie über die Polizei reden, im kommenden Jahr fertig renoviert und technisch umgerüstet haben, aber die Anstrengungen können sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Auch hier wird der Blick auf die nackten Zahlen der Situation nicht gerecht. Mit der großen **Strukturreform** unter den drei Leitlinien Prävention, Präsenz und Motivation ist es gelungen, die Polizei zu einer effektiven und modernen Behörde umzubauen. Hierzu gehören die Zusammenlegung der Schutz- und Kriminalpolizei oder die Einrichtung spezieller Einheiten in mehreren Bereichen, etwa die Task-Force zur Bekämpfung der Korruption, die für das kommende Jahr geplant ist. Nicht die CDU, deren Engagement für innere Sicherheit ihren Höhepunkt in der Initiative zum Erhalt der Reiterstaffel fand,

(Vereinzelte Heiterkeit bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Fällt Ihnen nichts Neues ein?)

(Ute Erdsiek-Rave)

sondern die SPD-geführten Landesregierungen haben den Anteil des Polizeihushaltes am Gesamtetat gleich gehalten und in diesem Jahr sogar ausgeweitet. Die Landesregierung und die SPD-Fraktion werden auch in Zukunft an der Seite der Polizei stehen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das würde uns freuen!)

und unter der Maßgabe einer verbesserten Steuerentwicklung alles daransetzen, die erforderlichen zusätzlichen Mittel einzustellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer soll Ihnen das denn noch glauben?)

Trotzdem - daß es angesichts der prekären Haushaltslage insbesondere im Bereich der Beförderungen nicht gelungen ist, die Erwartungen zu erfüllen, tut weh. Ich kann den demonstrierenden Polizisten nur versichern, daß der sogenannte Obermeisterbauch dem Innenminister und meiner Fraktion genauso viele Bauchschmerzen bereitet wie ihnen auch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon haben sie aber sehr viel!)

Der Haushaltsentwurf hat zu einer Belastung des Verhältnisses zwischen **Land** und **Kommunen** geführt,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch kein neues Problem! Das ist seit weit über 20 Jahren ein Problem! Das ist doch lächerlich! Ein bißchen Seriosität kann man doch verlangen!)

- Herr Astrup! -

(Heiterkeit)

die für mich eine untrennbare **Solidargemeinschaft** bilden. Die Entwicklung der einen Seite darf nicht zu Lasten der anderen gehen. Wir haben deshalb gemeinsam das **Konnexitätsprinzip** als Symbol für diesen Grundsatz in die Landesverfassung aufgenommen. Dementsprechend schwer fällt es uns, dem **kommunalen Finanzausgleich** 50 Millionen DM zu entnehmen. Ich will hier weder etwas beschönigen, noch will ich die Anstrengungen vieler Kommunen bei der Haushaltskonsolidierung kleinreden. Wenn aber die eine Finanzsäule des gemeinsamen Hauses bricht, kann das Dach des Hauses eben nicht halten.

Deshalb haben wir bei der bis zum Jahr 2004, bis zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs befristeten Entnahme darauf geachtet, daß sich die **Steuereinnahmen der Kommunen** nicht schlechter entwickeln als die des Landes.

Was Ihre unsäglichen Ausführungen zum **Kommunalen Investitionsfonds** betrifft - noch unsäglicher als das, was heute in der Zeitung nachzulesen ist -, als sei

das sozusagen eine Art Diebstahl und das Stecken von einer Tasche in die andere,

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

so muß ich sagen, daß Sie das ganze entweder nicht begriffen und nicht zugehört haben, als der Finanzminister gesprochen hat, oder aber Sie legen es böswillig falsch aus. Der Kommunale Investitionsfonds ist noch nie im Haushalt gewesen und wird auch in Zukunft nicht aus dem Haushalt genommen werden.

Natürlich ist das Geld moralisch Eigentum der Kommunen; es ist finanziert und gespeist worden - seit einigen Jahren ja nicht mehr - aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Niemand will und wird den Kommunen auch nur einen Pfennig oder eine Mark wegnehmen. Die Finanzierungsbedingungen für die Kommunen bleiben, wie sie sind, und das, was oben draufkommt, ist die Vergütung für die Inanspruchnahme als Haftkapital - je nachdem, in welcher Höhe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Immerhin!)

Das ist die eigentliche Veränderung. Wenn damit jedoch erreicht wird, daß sich für die Kommunen der Zustand sogar bessert und daß für die **Landesbank**, die wir als Land auch mittragen, Arbeitsplätze erhalten bleiben und sich die Situation der Landesbank weiter verbessert, dann können wir dieser Operation doch eigentlich nur gemeinsam zustimmen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Lassen Sie mich abschließend zur finanzpolitischen Gesamtlage in der Bundesrepublik folgendes sagen. Das Bild der heutigen Finanzminister aller Bundesländer - und zwar ohne Ansehen der politischen Couleur - wäre vor 20 Jahren vermutlich noch auf den Index gekommen, weil es nämlich ein Bild nackter Männer wäre.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Opposition muß sich in diesem Zusammenhang allerdings daran erinnern, daß auch der Finger, mit dem Sie auf den Finanzminister zeigen, nackt ist. Für eine ruhige, schöne Stunde nach dem 27. September, Herr Kayenburg, empfehle ich Ihnen einen wunderschönen Film; er ist vom schleswig-holsteinischen Filmemacher Detlef Buck und trägt den Titel „Wir können auch anders“.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ute Erdsiek-Rave)

Diesen Beweis sind Sie jedenfalls heute schuldig geblieben. Wir allerdings wollen ihn nach dem 27. September antreten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt der dritte Haushalt der ersten rot-grünen Regierungszeit in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der letzte!)

- Nehmen Sie mal den Mund nicht zu voll, Herr Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Passen Sie mal auf! - Martin Kayenburg [CDU]: Recht hat er!)

Und ein weiteres Mal ist es der Landesregierung gelungen, einen Haushalt vorzulegen, der neben der Sicherung staatlicher Kernaufgaben auch zukunftsorientierte Schwerpunkte setzt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie einen anderen haben!)

Es ist eine schwierige Gratwanderung, das Ziel der Senkung der Nettokreditaufnahme mit dem Erhalt politischer Gestaltungsfähigkeit zu verbinden. Diese Gratwanderung erfordert Geschick und Risikobereitschaft. Die Landesregierung verfügt über beides.

Nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben, ist kein Unterfangen - das haben wir nun gemerkt -, das einem viele Freunde einbringt. Bittere Pillen wie die Verlängerung der Arbeitszeiterhöhung für Beamte und der Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich verteilt man nicht gern. Aber dafür sind außer den aktuellen Haushaltsproblemen auch Zinslasten, Pensionskosten, steigende Sozialhilfeausgaben und steigende Jugendhilfeausgaben ausschlaggebend. Einiges davon haben wir von den Vorgängerregierungen geerbt.

Im Grunde ist zwar allen klar, daß wir es derzeit eher mit mageren Jahren zu tun haben, aber die dazu passende Kost wird immer lieber anderen zugemutet als sich selbst. Es ist schon interessant zu erleben, wie genau viele Menschen wissen, wo gespart werden muß - nämlich beim Nachbarn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das St.-Florians-Prinzip feiert immer wieder fröhliche Urständ. Es wäre ein entscheidender Schritt nach vorn, wenn alle den Ernst der Lage realistisch wahrnehmen würden, zum Beispiel auch die Bundesregierung in Bonn; diese nämlich zu meistern, erfordert mehr Gemeinsinn und weniger Ressort- und Gruppenegoismus, als wir ihn verschiedentlich wahrnehmen müssen.

Unser politisches Ziel ist es, den Zuschußempfängerinnen und -empfängern des Landes mehr **Planungssicherheit** zu geben. In vielen Bereichen kommen wir langsam weg von der staatlichen Detailsteuerung. Das ist gut so. Auch das trägt zu mehr Effizienz und auch zur Einsparung von Kosten bei. Da macht es natürlich Sinn, künftig Zweijahreshaushalte vorzulegen und zu beschließen. Wir würden es begrüßen, wenn zumindest im nächsten Jahr damit begonnen werden könnte, den Planungshorizont auf diese Weise zu erweitern.

Bei allem politischen Ringen um Schwerpunktsetzung im Detail sind wir uns insgesamt in der Koalition einig, daß die **Verschuldung** abgebaut und der Landeshaushalt weiter saniert werden muß. Die Einbrüche bei den Steuereinnahmen 1996 haben unser Vorhaben, die Neuverschuldung zu senken, erheblich erschwert. Wenn es jetzt augenscheinlich zu mehr Stabilität kommen sollte, dann ist das natürlich erfreulich. Es ist aber unsere Pflicht, durch strukturelle Maßnahmen zu mehr Beweglichkeit im Landeshaushalt zu kommen. Die Ausgabenseite wird besonders von den hohen **Personalkosten** geprägt. Für 1999 schafft es die Regierung - das wurde schon gesagt; auch ich erwähne es noch einmal -, den Personalkostenanteil am Haushalt auf unter 40 % zu senken und die Budgetierung fortzusetzen. Wenn es darüber hinaus noch gelingen kann, durch Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik zu einer sinnvollen Reduktion der Ausgaben zu kommen, wird die Sache rund. Da könnte sich die Opposition entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit auch ruhig einmal zu einem kleinen Lob hinreißen lassen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie ja ständig kritisiert hat, daß der Personalhaushalt zu kostenträchtig und zu starr sei. Aber ich ahne, daß das der Opposition schon habituell nicht gut zupaß kommt. Deswegen können wir darauf nur vergeblich hoffen. Es geht hier ja sicherlich auch mehr um Wahlkampf als um ehrliche Auseinandersetzung.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

So also kommt die Opposition daher und will den Bonner Stillstand auch für das Land erzwingen. Die

(Irene Fröhlich)

nach mehrmaliger Ankündigung und peinlichen Pannen dann doch noch beim Verfassungsgericht eingereichte Klage gegen den **Verkauf der Landesimmobilien** ist der politisch motivierte Versuch, das Land in Handlungsunfähigkeit zu treiben.

(Ursula Röper [CDU]: Sie haben sowieso Probleme mit der Verfassung!)

Das Vorhaben, die Landesimmobilien zu verkaufen und sie von Dritten bewirtschaften zu lassen

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie verkaufen doch gar nichts!)

und die Bewirtschaftung betriebswirtschaftlich zu optimieren, ist eine Möglichkeit, den geringen Bewegungsspielraum des Landes zu nutzen. Das gilt erst recht angesichts der Bonner Situation.

Diese Option fand übrigens die einstimmige Unterstützung - vielleicht erinnern Sie sich - der Enquetekommission zur Verwaltungsmodernisierung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Das war ein anderes Modell! Das müssen Sie einmal lesen!)

Die Opposition aber versucht, eine Blockade zu erzwingen. Wir hingegen tragen die geplanten Verkäufe von Landesliegenschaften mit und gehen davon aus, daß die Argumente der Landesregierung das Gericht überzeugen werden.

Es ist unser Ziel, den Landeshaushalt so zu stabilisieren, daß er ohne weitere Verkäufe funktioniert. Mit ausreichender Beharrlichkeit - so denke ich - wird uns das gelingen.

Für Zündstoff sorgte in den vergangenen Jahren die Option auf den Verkauf von **Nordwest Lotto** im Jahre 2000. Wir Grünen haben aus der Ablehnung dieses Verkaufs kein Hehl gemacht. Die alte Bauernweisheit von der Kuh, die man nicht schlachten soll, solange man sie noch melken kann, leuchtet an dieser Stelle vielen ein. Wenn sich allerdings bewahrheitet, daß sich die Steuereinnahmen günstiger entwickeln als erwartet und sich manche Immobilie teurer verkaufen läßt als gedacht, dann muß es eben auch wirklich nicht geschehen. Für unsere Fraktion sage ich daher: Die anderweitige Verbesserung der Einnahmesituation und die Reduzierung von Ausgaben haben Vorrang vor einem solchen Verkauf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt erhält die **mittelfristige Finanzplanung** der Regierung von uns das Prädikat „solide“, denn es wird weiter konsequent an der Verbesserung des Fundaments gearbeitet. Die Standfestigkeit des Haushalts

wird langfristig erhöht. Das freut uns. Daran haben wir auch gemeinsam eine Weile gearbeitet.

Eine Botschaft, die auch von diesem Haushaltsentwurf ausgeht, lautet: **Ökonomie und Ökologie** gehören zusammen wie Steinbrück und Steenblock in einem Kabinett.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schlicht fahrlässig, wie in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise immer wieder die Ökologie als Bremse angesehen wird und mehr oder weniger ungeniert Raubbau an den natürlichen Grundlagen unseres Lebens betrieben wird. Die vergangenen 20 Jahre haben doch eindeutig bewiesen, daß die **Umweltbranche** ein Markt mit Zukunft ist, der Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen hat - ganz im Gegensatz zu Mammutprojekten und Dinosaurier-technologien und auch einer Gentechnik, die mit unendlichen Risiken arbeitet, die sie überhaupt nicht einmal kennt, geschweige denn beherrscht. - Herr Kayenburg, soviel nur einmal zu Ihrem Vorurteil, die Grünen seien technologiefeindlich!

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Ein Land wie Schleswig-Holstein lebt davon, daß es keine Plünderung seiner natürlichen Ressourcen zuläßt. Deshalb können und werden wir als Grüne nicht zu jedem Großprojekt Ja und Amen sagen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber der Transrapid kommt, hat Schröder gesagt!)

sondern immer auch die Alternativen ins Gespräch bringen, die auf lange Sicht Sinn machen.

Wirtschaftlichkeit mit dem Erzielen kurzfristiger Gewinne gleichzusetzen, ist kurzsichtig und im Hinblick auf die nachwachsenden Generationen unfair.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Die Erkenntnis der Grenzen des Wachstums ist schon so alt, daß sie in dieser schnellebigen Zeit leicht in Vergessenheit gerät. Dennoch muß sie auch heute noch politische Konsequenzen zeitigen. - Es freut mich, daß Sie nicken, Herr Stritzl!

Besonders zufrieden sind wir übrigens mit der Investitionsquote in den beiden grünen Ministerien der Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die merkt man kaum!)

(Irene Fröhlich)

Angesichts Ihres eher bescheidenen Anteils am Landeshaushalt insgesamt ist es erfreulich, daß das Investitionsvolumen in diesen beiden Häusern jeweils den Anteil der anderen Ressorts am Gesamthaushalt weit übertrifft. Einvernehmlich liegt uns nämlich daran, einen Paradigmenwechsel auch in der **Umwelt- und in der Frauenpolitik** voranzutreiben, weg von der einseitigen Fixierung auf eine Politik der Verbote und Einschränkungen hin zum Modellverhalten des Staates und zu vertraglichen Regelungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Insofern freuen wir uns, daß man sagen kann: Der Ausbau unseres Landes zur **ökologischen Modellregion** geht weiter voran. Im universitären Bereich drückt sich dies durch die Einrichtung eines Zentrums für ökologischen Landbau aus. Der Ausbau des Freiwilligen Ökologischen Jahres auf 70 Plätze ist ein anderes Beispiel dafür, daß sich Profilbildung auch unter schwierigen Bedingungen betreiben läßt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hervorragende Innovation!)

Auch hier ein Angebot an die Jugend, das sehr gern und dankbar angenommen wird! Sie sollten sich vor Ort einmal darum kümmern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Allerdings dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß die Sanierung von Altlasten nach dem Wegfall der Abfallabgabe auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen muß.

Herr Kayenburg, weil Sie nicht müde werden, immer wieder dieselbe Schublade aufzumachen und die Grünen da reinzustecken,

(Martin Kayenburg [CDU]: Da sind Sie noch nie herausgekommen!)

mache ich einen kleinen Exkurs in die **Verkehrspolitik**, um das ein für allemal klarzustellen. Der neue Haushalt - Sie haben es nämlich verzerrt dargestellt; ich werde das jetzt richtigstellen - bringt uns verkehrspolitisch den ersten großen Schritt in die Zukunft des Schienenpersonennahverkehrs in Schleswig-Holstein. Das scheint Ihnen entgangen zu sein.

Im nächsten Jahr wird das Land den ersten großen Investitionsschritt zur Umsetzung des Regionalen Nahverkehrsplans 2002 tun.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dazu habe ich nichts gesagt!)

Dieser Haushalt enthält die erste Ration an Bestellungen von nagelneuen, schnellen und hochmodernen Nahverkehrstriebwagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Zugleich werden alle Nahverkehrszüge auf einen Schlag bis Ende 1999 modernisiert. Wir werden zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder Bahnhofseröffnungen erleben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir nächstes Jahr prüfen!)

- Herr Kayenburg, auch das ist Infrastruktur! Ich bitte Sie!

(Beifall der Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Die Vorarbeiten und Planungen für die Wiedereröffnung der Verbindung von Neumünster nach Segeberg im Jahr 2000 laufen. Das sind doch Infrastrukturmaßnahmen, auf die stolz zu sein sich lohnt.

Im Unterschied zu Ihren Straßenbauprojekten und dem Bundesverkehrswegeplan, auf den Sie auch noch stolz sind, schafft dies Arbeitsplätze, sichert ökologisch einwandfreie Bedingungen, verbindet Menschen in diesem Land miteinander und macht dieses Land lebenswerter nicht nur für die Menschen, die hier wohnen, sondern auch für die Touristen, die uns besuchen kommen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Herr Steinbrück bezahlt das alles!)

Wir haben trotz der leeren Kassen eine leichte Erhöhung der Mittel im Bereich des Straßenbaus zu verzeichnen. Das ist richtig. Sie sind allein auf den Bau der Ortsumgehung Krempe zurückzuführen. Da haben Sie recht, Herr Kayenburg. Das ist aber kein Zugeständnis an den Verkehrsminister, sondern das ist eine Maßnahme, die von seiten der Grünen auf einem kleinen Parteitag explizit gefordert wurde,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

weil die Situation in Krempe, wo sich täglich Hunderte von LKWs durch eine schmale, enge Ortsdurchfahrt quälen, den Menschen nicht länger zuzumuten ist.

Wir bedauern, daß der erhöhte Ansatz von Mitteln für den Fahrradwegebau von 1998 auf 1999 nicht fortgeschrieben werden konnte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! - Ursula Röper [CDU]: Das ist dieses Jahr schon gestrichen worden! Überall wird geschoben!)

(Irene Fröhlich)

Darüber wird noch zu reden sein. Fahrradwegebau schafft nicht nur genauso Arbeit wie jede andere Verkehrsinfrastrukturinvestition, er ist auch eine intelligente und billige Infrastrukturmaßnahme, da jede fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt Millionen an Investitionen für andere Straßen einspart, die Straßen belebt, die Stadt attraktiver wird und insgesamt - ich sagte es schon - die Ökobilanz stimmt. Davon profitieren die Geschäfte. Die Wohnanlagen werden attraktiver. Die Grundstückspreise beruhigen sich. Die Belegung des öffentlichen Raums reduziert die Kriminalität. Insofern ist eine urbane Stadtgestaltung, die sowohl in dem neuen Fahrradprogramm wie auch im neuen Landesraumordnungsplan zum Ziel der Landesregierung erklärt wurde, eine ganz wesentliche Investition in die Zukunft, nämlich die der Städte und Orte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zur Wirtschaft! Die grüne Landtagsfraktion hat große Zweifel daran, der Technologiestiftung Kapital zu entziehen und das Geld in Einmalprogrammen zu vermarkten. Man stutzt keinem Vogel die Flügel, um seine Flugeigenschaften zu verbessern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Manchmal!)

Während die Technologie-Transfer-Zentrale das Ziel hat, Technologietransfer und Produktinnovationen in kleinen und mittleren Firmen zu fördern, geht es bei der Technologiestiftung Schleswig-Holstein darum, die Hochschulen dafür zu gewinnen, direkt mit Firmen zusammenzuarbeiten und damit ihre Ergebnisse direkt in Produkte umzusetzen.

Dieses Instrumentarium hat sich in der Praxis bewährt und in den letzten Jahren zu Erfolgen geführt. Zahlreiche Projekte unter Beteiligung der Fachhochschulen, aber auch der Hochschulen sind zustande gekommen. Deswegen hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN große Zweifel an der geplanten Kapitalkürzung und wird sich für eine sorgfältige Fortentwicklung der **Technologieförderung** einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Herr Kayenburg, Biotechnologie schlichtweg in einen Pott mit Gentechnologie und unserer Kritik an diesem unübersichtlichen Verfahren zu werfen, finde ich unlauter, ehrlich gesagt.

Wir brauchen aber auch eine Kehrtwende in der Hochschulpolitik. Daran arbeitet diese Landesregierung mit Hochdruck. Wenn wir im nächsten Jahr dazu kommen, die Hochschulen zu budgetieren, muß der Technologietransfer ein Qualitätskriterium werden. Dann ergibt sich zwangsläufig, daß sich die Eingriffsstelle möglicherweise

verlagern kann und noch deutlicher mit den Instrumenten der ttz abgestimmt werden muß.

Ich bin überzeugt, daß die Technologiestiftung im Rahmen eines solchen Konzepts einen wichtigen Beitrag leisten kann und wird.

Wir sprechen uns außerdem gegen die geplanten Kürzungen für die Handwerkskammern aus. Auch wenn es sich hier eher um einen symbolischen Betrag handelt, nämlich um 100.000 DM, so hat dieser doch eine erhebliche Bedeutung. Es ist zu befürchten, daß die Handwerkskammern eher in den Bereichen sparen, in denen ein Kurzzeitnutzen für die Betriebe weniger deutlich wird, zum Beispiel bei den Betreuern und Werbern für **Ausbildungsplätze** und bei Umweltberatern. Genau das wollen wir natürlich verhindern.

Zum Schluß möchte ich mich allerdings auch von dieser Stelle bei Herrn Steinbrück für sein unermüdliches Engagement für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und auch für Frauenförderung bedanken,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

das sich auch in einigen Haushaltsspositionen ausdrückt. Wir freuen uns natürlich, daß der grüne Paradigmenwechsel von Frauenpolitik als Querschnittspolitik offensichtlich so weit Platz gegriffen hat, daß das in alle Ministerien hineinstrahlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Zurufe)

Es muß doch bescheinigt werden, daß Ihre Anstrengungen gemeinsam mit allen Verbänden der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften und den Berufsschulen erfolgreich waren und Schleswig-Holstein wahrscheinlich wieder eine - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie getan, Herr Steinbrück?)

- Das freut Sie nun sehr. Das merke ich. Das freut mich nun wieder. Trotzdem möchte ich jetzt weiterreden.

Also: Schleswig-Holstein wird wahrscheinlich wieder eines der wenigen Länder sein - so hoffen wir -, in denen die Ausbildungsbilanz zumindest ausgeglichen ist, auch wenn nicht jeder und jede seinen und ihren Traumberuf lernen kann, was das Verfassungsgericht mit seiner 12-%-Abstandsgrenze eigentlich zwingend

(Irene Fröhlich)

fordert, was wir sozusagen stillschweigend alle nicht einhalten. Wenn es denn 1 : 1 ausgeglichen sein kann, sollten wir in diesen Zeiten auch schon froh sein.

Ein anderer Punkt bereitet uns allerdings Sorgen. Ich meine die Reduzierung der **Wohnungsbauförderung**. Wir dürfen nach unserer Meinung nämlich im Bemühen um den sozialen Wohnungsbau nicht nachlassen. Im Zuge des sich weiter vereinigenden Europa wird es zu Wanderungsbewegungen kommen, die langfristig zu einer erhöhten Nachfrage nach günstigem Wohnraum führen werden. Die Sicherung des sozialen Wohnungsbaus ist daher eine Zukunftsaufgabe von hoher Priorität. Leider ist das in Bonn kontraproduktiv beantwortet worden.

(Ingrid Franzen [SPD]: Nicht mehr lange!)

Das Auslaufen der 20-%-Förderung ist ganz sicherlich für viele, die in Altbauwohnungen wohnen, ein Damoklesschwert, mit dem sie auch noch fertig werden müssen. Aber wahrscheinlich wird die Bundesregierung auch dieses Risiko wegdefinieren, so wie sie das Armutrisiko genial wegdefiniert hat. Dazu kommen wir im Laufe dieser Landtagstagung ja auch noch.

Ein weiteres großes Zukunftsthema ist die **Bildungspolitik**. Herr Kayenburg, ich kann es schlicht nicht mehr ertragen, wenn Sie die Lüge von dem abnehmenden Aufkommen und den abnehmenden Anstrengungen der Landesregierung im Bildungsbereich immer wieder erzählen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo bleiben denn die neuen Lehrer für 1999?)

Das tut Ihre Kollegin Frau Volquartz zur Genüge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns damit herumschlagen. Sie hatte ich bisher für seriöser gehalten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo bleiben denn die Lehrer für 1999? Da sind Sie unsolid!)

Der Landeshaushalt 1999 steigt um 1,3 %, und die Ausgaben im Personalbereich der Schulen steigen um 3,5 %. Es wäre doch gut, wenn Sie so etwas auch einmal benennen würden,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

statt hier durch Ortsvereine der CDU Eltern vor das Landeshaus karren zu lassen, indem Sie ihnen billige Fahrten hierher anbieten. Das halte ich schon für ein ziemliches Unding, und da platzt mir - ehrlich gesagt - der Kragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Frau

Fröhlich, Sie sollten zumindest bei der Wahrheit bleiben! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es war wirklich so; die haben die mit Bussen hierhergekartt!)

Für uns haben die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen von Anfang an höchste Priorität gehabt. Dafür haben wir uns eingesetzt. Daher sind wir sehr darum bemüht, die Unterrichtsversorgung im Lande sicherzustellen. Sie sollten das endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Damit dies gelingen kann, haben alle Seiten ihren Beitrag geliefert: Die Lehrerinnen und Lehrer arbeiten mehr als zuvor,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer brüllt, hat noch lange nicht recht!)

es waren maßvolle Unterrichtskürzungen erforderlich,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist es doch! Sie kürzen eben einfach!)

und das Land hat 450 neue Stellen in dieser Legislaturperiode zugesagt. Dadurch, daß alle frei werdenden Stellen neu besetzt werden, sind allein in diesem Schuljahr rund 600 junge Lehrkräfte in den Schuldienst gekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Diese notwendige Verjüngung setzt sich in den kommenden Jahren fort. Das wird der Schulentwicklung des Landes guttun. - Frau Volquartz, hören Sie gut zu; Sie verstehen sonst nämlich nichts!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wer hier nichts versteht, wird schon deutlich!)

Die älteren Lehrkräfte im Lande haben es in der Hand, den Verjüngungsprozeß der Kollegien zu beschleunigen, indem sie freiwillig ihre Arbeitszeit reduzieren. Sie können das auch ohne große Einbußen an ihrem Lebensstandard tun. Es wäre schön, wenn es auch hier gelänge, die vorhandene Arbeit zu teilen und mehr jungen Menschen den Einstieg in ihren Beruf zu ermöglichen.

Da sehe ich aber zugleich eine Verpflichtung für die politische Seite. Die Regierung hat in ihrem Haushaltsentwurf für 1999 zunächst keine zusätzlichen Stellen eingeplant. Wir Grünen haben schon bei Vorlage des Haushalts gesagt, daß wir diese Stellen für unbedingt erforderlich erachten, weil wir die wei-

(Irene Fröhlich)

tere Verjüngung der Kollegien für unumgänglich halten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, dann können Sie mit uns gemeinsam stimmen! Dann wollen wir mal gucken, wo Sie bleiben! Reine Ankündigungspolitik ist das, sonst nichts!)

Wir wollen diese Zusage, die in dem sogenannten KLAUS-Konzept enthalten ist, einhalten und so Verlässlichkeit bieten. Es ist jetzt an uns Regierungsfractionen, Finanzierungsmöglichkeiten dafür zu finden. Seit letzter Woche weiß ich mich darin - und damit fällt mir gewissermaßen ein Stein vom Herzen - auch mit der SPD-Fraktionsvorsitzenden einig. Das ist gut so.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und was hat der Finanzminister heute morgen gesagt? Er hat das wieder eingesammelt!)

Einen Spezialfall in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft möchte ich in diesem Zusammenhang noch ansprechen; das sind die heilpädagogischen Schulen in freier Trägerschaft. Wir haben angesichts der wertvollen Arbeit, die diese Schulen leisten, ohne daß Elternbeiträge erhoben werden, die Verpflichtung, sie in ihrem Bestand zu sichern. Wir sind uns mit unserer Koalitionspartnerin darin einig, daß wir das Notwendige im Haushaltsbegleitgesetz verankern werden.

Bildung ist das zentrale Medium zur Verteilung sozialer Chancen in unserer Gesellschaft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Hierüber wird Gesellschaftspolitik betrieben. Das hat Herr Kohl bereits erkannt, als er vor 16 Jahren antrat. Die faktische Abschaffung des BAföGs und die entsprechende Veränderung der Sozialstruktur der Studierendenschaft sind das traurige Ergebnis seiner Politik. So treibt man eine Gesellschaft auseinander und zerstört den sozialen Konsens. Ohne einen **sozialen Grundkonsens** aber geht der Demokratie das Fundament verloren. Das ist der Schlüssel zur Demokratie. Wer den glaubhaften Eindruck gewinnt, in dieser Gesellschaft keine faire Chance mehr zu bekommen, wird sich von diesem System abwenden und es nicht mehr stützen. Das ist es doch, was wir etwa bei den rechtsradikal denkenden Jugendlichen in Brandenburg und anderswo erleben.

Es ist hohe Zeit, der Verbesserung der Chancengerechtigkeit wieder politischen Vorrang einzuräumen. Statt dessen driftet die Sozialstruktur unserer Gesellschaft unter aktiver Mithilfe der Bundesregierung so weit auseinander, daß die Zwei-Drittel-Gesellschaft bittere Realität geworden ist. Der später noch zu dis-

kutierende Bericht über die Einkommens- und Vermögensentwicklung in Schleswig-Holstein belegt dies mit harten Zahlen: Je höher das Einkommen ist, desto mehr Möglichkeiten zu steuerlicher Entlastung gibt es. Es ist ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl der Einkommensmillionäre hat sich binnen sechs Jahren verdoppelt, und Sonderabschreibungsmöglichkeiten wurden massiv genutzt; sie wurden sogar noch ausgeweitet. Da wundert es Menschen im Lande noch, daß wir nicht in der Lage sind, „eben mal“ 1000 neue Lehrerstellen zu schaffen? „Von nix kommt nix“, sagt der Volksmund ganz richtig. Eine Bundesregierung, die das Geld in die Privattaschen weniger schaufelt, nimmt die Verknappung der öffentlichen Haushalte billigend in Kauf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Die öffentlichen Haushalte werden so zum Spielball privater Steuermoral. Die Sicherstellung staatlicher Kernaufgabenerfüllung im Bildungs-, Justiz- und Sozialbereich ist eines um das andere Mal gefährdet. Dem kann nur ein Politikwechsel auf Bundesebene gründlich abhelfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nun wird ja in Bonn schon laufend von einem neuen Aufschwung geredet. Herr Jagoda ist Herrn Kohl ja wohl egal. Aber gut! Kohl und Schröder streiten sich gar um diesen Hauch eines Aufschwungs, um die Vaterschaft. Das finde ich einigermmaßen blamabel.

Dazu kann ich aber nur sagen: Ein Aufschwung, der nicht zugleich die Arbeitslosigkeit wirklich abbaut, ist seinen Namen nicht wert. Die neuesten Zahlen aus Nürnberg machen deutlich, daß nach wie vor ein Politikwechsel notwendig ist, um hier substantiell voranzukommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Reden Sie von diesem Landtag?)

Nur eine Bundesregierung, die sich zu einer **aktiven Arbeitsmarktpolitik** bekennt, wird dies schaffen können. Kohl - und ich denke, auch Herr Kayenburg und mit ihm die CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein - hat 16 Jahre lang auf die Pferdeäpfel-Theorie gesetzt; er hat die Wirtschaft gefüttert und gehofft, daß das Ergebnis des Verdauungsprozesses noch genügend Nährstoffe für den Arbeitsmarkt enthält.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Irene Fröhlich)

Dieses Konzept ist gescheitert. Heute wissen wir das.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch ein biologischer Prozeß! Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben!)

Instrumente zur Stärkung des Arbeitsmarktes - hören Sie zu, Herr Kayenburg; da können Sie etwas lernen -

(Lachen und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sind das Teilen von Arbeit, das Recht auf eine Erstausbildung für alle Jugendlichen, die Ermöglichung kontinuierlicher Weiterqualifizierung und nicht zuletzt die Entlastung der Lohnnebenkosten durch eine ökologische und soziale Steuerreform. Diese Instrumente zur politischen Gestaltung einzusetzen heißt, sich zur Verantwortung für die Menschen zu bekennen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind aber auch für den anstehenden Strukturwandel von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft unumgänglich. Das muß sich diese Bundesregierung sagen lassen. Sie aber unterstützen sie darin, und das nehme ich Ihnen übel. Diese **Bundesregierung** muß sich sagen lassen, daß sie diesen Strukturwandel nicht einmal wahrgenommen hat. Das wird spätestens an dem Jugendbericht von Frau Nolte deutlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mensch, Frau Fröhlich!)

Andere europäische Länder machen uns vor, wie es gehen kann: die Niederländer mit Teilzeitmodellen, die Dänen mit Ökosteuern und einer Bildungsoffensive, die Briten mit der jährlich steigenden Benzinsteuern und der Nahverkehrsabgabe. Und in Deutschland? In Deutschland redet man sich unter Hinweis auf die anderen heraus. Hierzulande wird der Reformbegriff regierungsamtlich pervertiert, indem kräftige Einschnitte in das soziale Netz und das Gesundheitswesen als Reformen verkauft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Der Kinder- und Jugendbericht ist durch blanken Zynismus gekennzeichnet. Wer einmal von Sozialhilfe leben mußte, weiß genau, was unter Armut zu verstehen ist. Viele Menschen im Lande sagen zu Recht: Diese Bundesregierung hat den Bezug zu den Menschen verloren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist wohl wahr!)

„Die Menschen wollen Wärme“, sagt auch der Bundeskanzler in einem „Zeit“-Interview der vergangenen

Woche. Diese späte Einsicht hat sein politisches Handeln jedoch nicht beeinflußt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohl, der sich gern als Elefant darstellen läßt, ist zu unbeweglich, um noch etwas zu bewirken. Die Demontage aus den eigenen Reihen tut ein Übriges, um ihn im rasanten Tempo von der Weltklasse in die Kreisklasse zu befördern. Da hilft auch kein Liebäugeln mit der Grünen-Option mehr, die es auf kommunaler Ebene übrigens durchaus bereits gibt. Aber wahrscheinlich war es ohnehin mehr die Sehnsucht nach der Figur von Joschka Fischer, die Kohls Appetit auf die Grünen angeregt hat.

(Heiterkeit)

Der Kanzler verliert in seiner Panik offensichtlich den Bezug zur Realität. Am 27. September wird ihn das seinen Job kosten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den fulminanten Ausführungen der Kollegin Fröhlich sind mir zwei Gedanken gekommen. Mir ist aufgefallen, Frau Kollegin Fröhlich, daß wir in einem Punkt offensichtlich einer Meinung sind, obwohl wir uns über die Ebenen noch nicht ganz verständigt haben; wir sind offensichtlich beide für den Politikwechsel - wir im Land, Sie im Bund!

Da Sie das holländische Modell angesprochen haben, ist mir sofort eines eingefallen. Wenn ich mich richtig erinnere, regieren dort Sozialdemokraten und Liberale zusammen. Vielleicht ist es deshalb so erfolgreich.

(Heiterkeit - Günter Neugebauer [SPD]: Das sind ja auch ordentliche Liberale!)

- Hat Herr Neugebauer gesagt, es seien sehr ordentliche Liberale? Es handelt sich dort um Rechtsliberale, Kollege Neugebauer!

(Heiterkeit)

Aber ich bin immer von Haushaltsdebatten begeistert, die in Wahlkampfzeiten so richtig Pfeffer haben, Ute Erdsiek-Rave und Claus Möller zu sehen, wie sie ihre Wunderkerzen abbrennen und dann sagen: „Leute,

(Wolfgang Kubicki)

seht doch, die Sterne fallen vom Himmel“, und meinen, der Rauch würde die Menschen daran hindern, die Wirklichkeit zu sehen.

Es gibt in Schleswig-Holstein die „Freie Bauernrepublik Dithmarschen“. Dort gibt es Menschen, die sich von diesem Nebel oder Rauch nicht weiter beeindruckt lassen, sie sehen die Sache ganz glasklar.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Leute wählen auch nicht F.D.P., da lassen Sie sich mal nicht täuschen! - Heiterkeit)

- Ich sage, nicht alle vernünftigen Menschen wählen die F.D.P., aber alle F.D.P.-Wähler sind vernünftige Menschen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Frau Kollegin Erdsiek-Rave, das werden wir ja sehen. Wir gucken uns das am 27. September alle einmal gemeinsam an, und dann werden wir ja sehen, wie die Sozialdemokraten und die anderen abschneiden. Dann schauen wir uns im Oktober die Debatte hier im Hause wieder an.

Aber ich möchte gern zitieren, was offensichtlich durchblickende Menschen in Dithmarschen heute morgen in der „Dithmarscher Landeszeitung“ kommentiert haben. Ich zitiere Klaas Hartmann:

„Es ist schon ein Kunststück, ständig steigende Einnahmen als gigantisches Haushaltsloch zu verkaufen. Schleswig-Holsteins Finanzminister Claus Möller beherrscht diesen Trick allerdings. Und sieht man sich an, wie hoch die Verschuldung pro Kopf und Einwohner in zehn Jahren SPD-geführter Landesregierung geklettert ist, muß tatsächlich festgestellt werden: Das Land ist arm dran.“

Damit ist eigentlich alles gesagt.

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Überschrift der Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 1999 lautet: „Haushalt konsolidieren, auf Kernaufgaben konzentrieren, Umwelt und Bildung fördern, Wirtschaft stärken und Arbeit schaffen“. Da war wohl der Wunsch die Mutter des Gedankens.

Arbeitsplätze sichern will die Landesregierung. Ich frage mich nur: Wie? Die **Investitionsquote**, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, ist gegenüber dem Nachtrag 1998 noch einmal um 0,4 Prozentpunkte oder

33 Millionen DM gefallen. Sie liegt jetzt bei einem traurigen Wert von 10,3 % trotz der zu einem Investitionstitel mutierten Werftenhilfe.

Da auch die F.D.P.-Fraktion der Landesregierung bei der Präsentation von Zahlen nicht nachstehen möchte, steuere auch ich eine Zahl zu der Entwicklung der Investitionsquote bei, die das miserable Management der Landesregierung untermauert. Mit einem Rückgang von viereinhalb Prozentpunkten zwischen 1988 und 1996 ist Schleswig-Holstein unter den westdeutschen Flächenländern Spitzenreiter bei der Verringerung der Investitionsquote.

In absoluten Zahlen betrachtet wird das ganze Ausmaß des Elends deutlich. 1989 gab das Land 1,66 Milliarden DM für Investitionen aus, 10 Jahre später sind es nur noch 1,49 Milliarden DM. Das Minus von 171 Millionen DM ist schon schlimm genug, es zeigt aber immer noch nicht das ganze Ausmaß der Investitionskürzungen, da die Zahlen erst noch um den Inflationsfaktor bereinigt werden müssen. Tut man das, so sind die Investitionen in Preisen von 1989 absolut um mehr als eine halbe Milliarde DM zurückgegangen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist Arbeitsplatzvernichtung pur.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Trotz steigender Einnahmen ist das Land nicht in der Lage, die Zukunft durch Investitionen zu sichern, und die rasante Talfahrt geht ungebremst weiter. Selbst die schöngefärbte Veranschlagung in der mittelfristigen Finanzplanung geht davon aus, daß bis zum Jahre 2002 nur noch 8,8 % der Landesmittel für Investitionen ausgegeben werden. Frau Kollegin Erdsiek-Rave, in Bayern ist das doppelt so viel. Vielleicht ist die wirtschaftliche Lage in Bayern auch deshalb etwas besser als in Schleswig-Holstein, weil dort mehr aus den öffentlichen Haushalten in Investitionen fließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Angesichts dieser Zahlen bleibt der Landesregierung überhaupt nichts anderes übrig, als die **Nettoneuverschuldung** zumindest auf dem Papier zu senken. Die Grenze des Artikels 53 der Landesverfassung rückt durch die Senkung der Investitionen immer weiter nach unten.

Herr Finanzminister, angesichts Ihrer Äußerungen zum Immobiliendeal muß ich sagen, daß deutlich geworden ist, daß Sie immer noch nicht verstanden haben, worin die Klage eigentlich begründet ist. Mehr will ich jetzt nicht sagen, das mache ich heute nachmittag. Nicht der Immobiliendeal per se ist verfas-

(Wolfgang Kubicki)

sungswidrig, sondern die Tatsache, daß Sie mit Ihrer Nettoneuverschuldung bereits die Grenze erreicht haben, und die Frage, ob die Kreditmittel, die die Investitionsbank aufnehmen muß, dem Land zugerechnet werden sollen oder nicht, sie möglicherweise über die Grenze hinauskatapultiert mit der Folge, daß Ihr Haushalt dann verfassungswidrig wäre. Das ist eine Rechtsfrage, die entschieden werden muß. Da sollte man sich die Häme sparen.

Frau Kollegin Erdsiek-Rave, ich habe gehört, Sie würden damit finanzpolitisches Neuland betreten. Ich glaube, Sie gehen in ein Sumpfgebiet, und Sie werden darin versinken.

(Beifall und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Aber sei es drum. Ich habe immer schon gesagt, der Immobiliendeal hat auch durchaus etwas Charmantes. Man könnte darüber reden. Vielleicht sollte man aber erst einmal die rechtlich verfassungskonformen Grundlagen dafür schaffen, bevor man so etwas vollzieht. Man sollte nicht so vorgehen wie Sie. Ihre Aufforderung an uns, angesichts der dramatischen Haushaltslage, die beschrieben worden ist, das Land breche zusammen, wenn das jetzt nicht realisiert werde, erinnert mich manchmal an die Aufforderung - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind nur neidisch, daß nicht Sie auf die Idee gekommen sind!

- Herr Hentschel, das zeigt mir deutlich, daß Sie an den Beratungen in diesem Parlament bisher überhaupt noch nicht teilgenommen haben. Die F.D.P.-Fraktion hat vor einiger Zeit einen Vorschlag eingebracht. Der schmort im Finanzausschuß nach wie vor vor sich hin, weil wir erst einmal die wunderbare Erklärung der Landesregierung dazu abwarten wollten. Also, wir hatten schon Ideen, so ist es nicht, uns ist auch etwas eingefallen.

Aber die Aufforderung an die Opposition, das doch alles sein zu lassen, weil sonst die armen Polizeibeamten nicht befördert werden können oder möglicherweise die Lehrer kein Gehalt mehr bekommen, die erinnert mich an die Aufforderung eines Verteidigers in einem Strafverfahren an das Opfer: Bitte nehmen sie Ihren Strafantrag zurück, weil mein Mandant ein guter Mensch ist! - Das ist doch nicht Ihr Ernst, daß wir einen Rechtsbruch, von dem wir wirklich überzeugt sind, dulden müssen, nur weil Sie in einer finanzpolitischen Klemme stecken. Das würden Sie umgekehrt doch auch nicht machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Genauso unklar ist uns, wie die Kürzung des Stiftungskapitals der Technologiestiftung mit dem Ziel der

Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbar ist. Die Begründung der Landesregierung zum Haushaltsbegleitgesetz ist jedenfalls wirklich hanebüchen.

„Die Technologiestiftung wird auch nach dieser Reduzierung ihres Stiftungskapitals in der Lage sein, ihren gesetzlich festgelegten Zweck zu erfüllen. Ihr verbleiben hierfür 80 % ihres bisherigen Stiftungskapitals.“

Interpretiere ich die Aussage richtig, dann hat die **Technologiestiftung** bisher über ein zu hohes Stiftungskapital verfügt, da sie nach Meinung der Landesregierung auch mit 15 Millionen DM weniger auskommen kann, um ihren Zweck zu erfüllen. Oder hat die Stiftung keine gute Arbeit geleistet? Muß deshalb das Stiftungskapital reduziert werden? Dann müßte man sich über die Arbeit der Stiftung insgesamt unterhalten und ernsthaft prüfen, ob das gesamte Stiftungskapital nicht besser eingesetzt werden kann.

Herr Kollege Neugebauer, die Begründung der Landesregierung ist jedenfalls weder stichhaltig noch nachvollziehbar. Sie erwecken den Eindruck, daß für Maßnahmen des Landes irgendwoher Geld aufgetrieben werden mußte und die Begründung nur einfach nachgeschoben worden und ohne Substanz ist.

Ganz seltsam ist, daß das Programm „Innovation schafft Arbeit“ nur mit 7,5 Millionen DM dotiert ist. Finanziert der Wirtschaftsminister etwa seine schon bisher bestehenden Programme aus der Rückführung des Stiftungskapitals? Vielleicht kann Minister Steinbrück im Laufe der Debatte diese Frage noch beantworten.

Durchdacht zu sein scheint das alles nicht, aber wahrscheinlich tröstet Minister Möller seinen Kollegen Steinbrück mit dem bekannten Bibelzitat:

„Sehet die Vögel unter dem Himmel an, sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in der Scheune, und Euer Himmlischer Vater nähret sie doch.“

Ob allerdings die Behauptung, der Glaube versetze Berge, auch auf Schuldenberge zutrifft, das wage ich sehr zu bezweifeln. Der Glaube ist es ganz offensichtlich auch, der die Landesregierung immer wieder dazu bewegt, von einer wirklich tollen wirtschaftlichen Entwicklung im Land zu sprechen. Frau Kollegin Erdsiek-Rave hat diesen Versuch erneut unternommen.

Die harten Daten sprechen bedauerlicherweise eine andere Sprache, und ich will es mir versagen, darauf hinzuweisen, daß das Bruttoinlandsprodukt bei Null

(Wolfgang Kubicki)

läge, hätten die Kernkraftwerke nicht so wunderbar ihre Produktion aufrechterhalten.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.])

Das stimmt auch heute nach wie vor.

Gucken wir uns doch einfach einmal die Prognosen für die Zahlung des Landes im Länderfinanzausgleich an. Herr Kollege Neugebauer, 1999 und in den Folgejahren soll Schleswig-Holstein mit der stolzen Summe von 1 Million DM Geberland bleiben.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ja, ja, weil wir bedauerlicherweise fünf ostdeutsche Länder haben, denen es noch dreckiger als Schleswig-Holstein geht. Das ist der wahre Hintergrund und nicht die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Landesregierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Besonders beachtlich finde ich die Haltung der Landesregierung bei der Verlängerung der Regelung zur **Mehrarbeit von Beamten**. Das Verfahren ist äußerst bemerkenswert und erweckt den Eindruck, als ob das Motto „verhandeln statt verordnen“ durch „nur noch mit Verordnung handeln“ ersetzt worden ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Noch interessanter ist aber, daß das „Schrödem“ - besser bekannt als: „Ich habe eine Meinung, aber die wechselt eben täglich“ - im Land immer mehr Anhänger findet.

(Günter Neugebauer [SPD]: Billiger Wahlkampf!)

- Herr Kollege Neugebauer, ich habe wirklich mit großer Freude das Interview von Herrn Schröder am Montagabend vor der MuK vernommen, als er auf die Frage: „Wird der Transrapid gebaut?“ einfach mit ja geantwortet und gar nicht lange drumherumgeredet hat.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich habe weiter der Presseberichterstattung entnehmen dürfen, daß die Ministerpräsidentin unseres Landes Herrn Schröder wenigstens in der MuK das Wasser reichen durfte.

(Lachen bei der CDU)

Führende Sozialdemokraten rufen das Ende der Bescheidenheit bei den Lohnforderungen aus. Jetzt im Wahlkampf rufen führende Sozialdemokraten - ich glaube, der eine heißt sogar Oskar Lafontaine und ist Parteivorsitzender - das Ende der Bescheidenheit bei

den Lohnforderungen aus. Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein rechnet in den Ursprungs-haushalt 1998 und auch jetzt lineare Lohnsteigerungen von 0,8 % ein. Die Gewerkschaften schwadronieren von der 30-Stunden-Woche, die Ministerpräsidentin wird nicht müde, eine Umverteilung der Arbeit auf mehr Schultern zu fordern, und das Land verlängert - ohne die Betroffenen auch nur zu hören - die Arbeitszeit der Landesbeamten auf unbestimmte Zeit.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Erklären Sie doch bitte einmal den Menschen draußen im Lande, Herr Kollege Neugebauer, warum ein Verhalten einmal sozial und einmal des Teufels ist, nur weil in dem einen Fall das Land sozialdemokratisch geführt wird und es in dem anderen Fall ein Unternehmen praktiziert!

Und erklären Sie unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, warum auf verbindliche Zusagen der Landesregierung zum Beispiel hinsichtlich von Beförderungen kein Verlaß ist.

Wie durchdacht die Landesregierung vorgeht, kann man am Beispiel der Lehrer sehen. **Verbeamtete Lehrer** arbeiten ab 1999 sogar eine Stunde länger als angestellte Lehrer. Zudem wird ab 1999 eine Versorgungsrücklage gebildet, so daß sich der Vergleich der Lebenszeitkosten von Angestellten und Beamten noch stärker zugunsten von Beamten verändert haben muß. Aber ganz offensichtlich bewertet die Landesregierung Ideologien nach wie vor höher als betriebswirtschaftliche Vernunft und als den Anspruch der Kinder dieses Landes auf eine konkurrenzfähige Bildung. Wenn Sie die Verbeamtung der angestellten Lehrer einführen würden, hätten wir bei gleicher Belastung des Landeshaushalts jetzt und in Zukunft einfach mehr Lehrer für unsere Kinder in den Schulen zur Verfügung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ähnlich verhält es sich mit dem **Hochschulsektor**. Niemand erwartet spektakuläre Wachstumsraten. Aber die Senkung des Zuschußniveaus über mehrere Jahre hinweg als eine Maßnahme zur Stärkung des Bildungsstandortes Schleswig-Holstein zu verkaufen, ist doch wohl eine etwas eigenwillige Sicht der Dinge. Die wird mit Sicherheit von den Hochschulen nicht geteilt. Und ich kann Ihnen versichern, daß sie ganz bestimmt nicht von den Studierenden geteilt wird

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Wolfgang Kubicki)

- die paar Hanseln, die Sie an den Universitäten haben! -, deren Zukunft sie leichtfertig auf Spiel setzten. Frau Kollegin Fröhlich, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß es einige Studenten gibt, die einmal fertig werden und gut ausgebildet sein wollen. Es gibt einige, die ihr Leben lang auf der Uni bleiben wollen. Das ist möglicherweise Ihre Klientel, aber nicht unsere. Sie vernichten die Zukunftschancen einer ganzen Generation.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die Uni Kiel soll 4,5 % der Personalkosten senken!)

- Wunderbar! - **Bildung** ist der einzige **Rohstoff**, den Deutschland hat. Wer auf die Förderung dieser Ressource verzichtet, verspielt langfristig die Zukunft. Es ist mir wirklich völlig unverständlich, wieso ausgerechnet Sozialdemokraten so unverantwortlich mit den Zukunftschancen der jungen Menschen in diesem Land umgehen. Bildung eröffnet Chancen. Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Bildung ist der entscheidende Rohstoff des herauszuführenden Informationszeitalters. Ich erinnere daran, daß die F.D.P.-Fraktion hier einmal einen Antrag zur Internet- und Computerausstattung der Schulen in Schleswig-Holstein eingebracht hat, den wir auch gegenfinanziert hatten. Der ist von Ihnen abgelehnt worden. Es sind nicht die Kinder unserer Klientel, die darunter leiden müssen, es sind die Kinder aus Ihren Bereichen, die darunter leiden müssen, deren Zukunftschancen Sie auf Dauer in diesem Lande vernichten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nur zur Erinnerung: Bildung ist Ländersache. Da können Sie nicht auf Bonn schimpfen. Ich kann die Regierungsfractionen nur auffordern, die Schulen und Universitäten im Lande materiell und personell ausreichend auszustatten. Dann könnten wir uns auch Gespensterdebatten über bürokratische Monster wie die Ausbildungsplatzabgabe schlicht sparen.

Daß wir ausreichend **Sparpotential** haben, belegt die Tatsache, daß die Bildungsministerin ausgerechnet mir gestern - ich weiß gar nicht, wie ich in den Verteiler gekommen bin - auf Steuerzahlerkosten einen Brief zugeleitet hat, in dem steht, ich solle mich jetzt öffentlich dazu erklären, daß die Rechtschreibreform in Schleswig-Holstein stattfindet, ich solle Leserbriefe schreiben und anderes anzetteln. Auf Steuerzahlerkosten! Da scheint noch Potential zum Sparen vorhanden zu sein. Möglicherweise könnten wir damit einen Lehrerplatz finanzieren.

Sparen könnte sich das Land auch einen Teil der arbeitsmarktpolitischen Programme. Trotz nicht nachgewiesener Effizienz, trotz der harschen Kritik des Rechnungshofes dotieren Sie Ihre Maßnahmen mit

über 56 Millionen DM. Wer Investitionen kürzt und gleichzeitig enorme Summen in **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen** pumpt, der sorgt dafür, daß der Bedarf für die eigenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überhaupt erst geschaffen wird. Ich wiederhole das, und ich bin gern bereit, das mit den Daten, mit den Zahlen der Landesregierung umzurechnen.

Die Absenkung der **Investitionsquote** auf diesen historischen Tiefstand hat in Schleswig-Holstein unmittelbar zu 25.000 verlorenen Arbeitsplätzen geführt, mittelbar zu einer größeren Anzahl. Man kann das mit dem Faktor 1 : 2 umrechnen. Das ist ein Versagen dieser Landespolitik. Irgendwann müßte der Wirtschaftsminister dieses Landes nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen. Irgendwann müßte er wirklich mal rot werden und auf den Tisch hauen und sagen: So geht es nicht weiter.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was reden Sie da bloß zusammen?)

- Frau Kollegin Heinold, das Land traut es sich doch selbst gar nicht mehr zu! Herr Minister Möller hat im Finanzausschuß auch schon erklärt, man müßte jetzt den privaten Eigentümer haben, weil der die Wirtschaftlichkeitsreserven durchsetzen könne; er schaffe das nicht. Man sieht ja, daß es bei allen Unternehmen, aus denen sich das Land zurückgezogen und bei denen das Land seine Beteiligung aufgegeben hat, hinterher wunderbar wirtschaftlich zugeht. Ich rede nicht von Telekom; da waren Sie als SPD dagegen, obwohl jetzt Mobilcom ein Boom-Unternehmen ist. Ich rede jetzt von HDW: Die Landesregierung geht raus, SPD-geführt, das Unternehmen boomt! Ich rede von Provinzial: Das Land geht raus, das Unternehmen boomt! Ich rede von der Landesbank: Das Land geht raus, das Unternehmen boomt! Vielleicht sollte sich die SPD-geführte Landesregierung einfach mal zurückziehen, dann geht es dem Land auch besser.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt auf, daß in einigen Politikfeldern Funkstille herrscht. Der **Justiz- und** ganz besonders der **Polizeihaushalt** haben in den regierungsamtlichen Verlautbarungen eine untergeordnete Rolle gespielt. Ich muß sagen, angesichts der Debatten im Kabinett - à la bonne heure! - erkenne ich an, daß der Justizminister jedenfalls für seinen Bereich den Rettungsanker - so will ich es mal nennen - geworfen hat, was meines Erachtens nicht ganz ausreichend, aber besser ist als nichts.

Wir haben als F.D.P. volles Verständnis, daß man über den Einzelplan 04 nicht weiter öffentlich redet.

(Wolfgang Kubicki)

Der Landesregierung ist es gelungen, in ihrer Polizeipolitik auch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit zu verspielen. Der Innenminister gibt selbst zu, daß es einen Beförderungsstau gibt. Ich komme gern darauf zurück, weil ich nicht in dem Verdacht stehe, ein Vorreiter der Entwicklung „Wir brauchen mehr Polizei, und die braucht mehr Befugnisse“ zu sein. Ich nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Weitere Zurufe)

- Herr Kollege Neugebauer, ich war einmal so dumm, einem Ihrer Innenminister zu glauben und ihm zu folgen. Der hieß damals Bull. Er ist jetzt leider nicht mehr da. Er hat sich vehement für die Reiterstaffel eingesetzt. Ich habe damals meine Lektion gelernt, wie übrigens auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten: Glaube niemanden von der politischen Führung, denn die sagen sowieso heute hü und morgen hott und schaffen dann anschließend die Reiterstaffel ab.

Der Innenminister gibt also selbst zu, daß es einen Beförderungsstau gibt und sagt, um diesen aufzulösen, sei das Geld nicht vorhanden. Das ist wirklich eine interessante Interpretation angesichts der Tatsache, daß im Vorgriff auf die heutige Demonstration die Fraktionsvorsitzende der SPD, Erdsiek-Rave, schon verkündet hat: Wenn die Steuereinnahmen weiter so sprudeln - Theo Waigel sei Dank, oder der Bundesregierung oder wem auch immer; irgend jemand muß ja dafür verantwortlich sein -, dann gibt es die Beförderungen vielleicht doch noch, weil sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion da eines Besseren besinnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn bei einem Plus von 500 Millionen DM an Steuereinnahmen kein Geld vorhanden ist, um die zugesagten Beförderungen im Rahmen des **Personalstrukturkonzeptes** zu realisieren, dann weiß ich wirklich nicht, wann denn eigentlich sonst. Oder will der Innenminister wirklich behaupten, daß er die finanziellen Belastungen dieses Haushaltes nicht kannte? Haben wir die Debatten in der Vergangenheit nicht hier geführt, haben wir, CDU und F.D.P., nicht seit 1992 beständig darauf hingewiesen, sich darauf einzurichten, daß die Finanzsituation in Schleswig-Holstein schlechter werden wird in der Erkenntnis der Folgen der deutschen Einheit? Sind wir nicht von Ihnen gescholten worden, wir wären Schwarzmalerei, Schwarzseher, und überhaupt hätten wir nur Kürzungsvorschläge zu unterbreiten? Ich bin durch das Land gelaufen und dafür als Feind der Umwelt, als Feind der Frauen und insbesondere als Feind der sozial Schwachen gescholten worden, weil ich Kürzungsprogramme zur rechten Zeit angemahnt habe. Sie sind rausgegangen und haben gesagt: Wir versprechen den Leuten die Glückseligkeit. Jetzt müssen Sie

kommen und sagen: Tut uns leid, das Geld dafür ist nicht vorhanden.

(Beifall bei der CDU)

Der Innenminister hat stets gewußt, daß seine Versprechungen unbezahlbar sind, er hat es nur niemandem verraten. Jetzt wird er von seinen eigenen Versprechungen eingeholt, und siehe da, mit den Personalstrukturmaßnahmen ist es wie mit des Kaisers neuen Kleidern: Alles nur Lug und Trug oder verschoben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Entgegen allen Beteuerungen wird auch der **Polizeihaushalt** von den **allgemeinen Einsparmaßnahmen** nicht ausgenommen. Die Personalausgaben sinken insgesamt um 600.000 DM. Wenn ich den Innenminister richtig verstanden habe - ich will ihm hier noch einmal glauben -, dann sollen alle ausscheidenden Beamten im Vollzugsdienst ersetzt werden. Das ist prinzipiell richtig, nur eben nicht die ganze Wahrheit. Da auch die Polizei sparen muß, bluten dafür die anderen Bereiche um so stärker. So sinken die Personalausgaben für Angestellte um 3,6 Millionen DM, für Arbeiterinnen und Arbeiter um 1,5 Millionen DM und für Teilzeitkräfte noch einmal um rund 1 Millionen DM. Zusammen macht das zirka 6 Millionen DM aus. Haben wir uns hier nicht für ein Programm Angestellte in den Polizeidienst eingesetzt, damit die Polizeibeamten wieder auf die Straße kommen können und nicht die Protokolle selber schreiben müssen? Haben wir das hier nicht gesagt, und haben wir nicht auch gesagt, Polizeipräsenz verlangt einfach eine Verlagerung von Aufgaben? In diesem Bereich sparen wir jetzt wieder ein!

Wie ich der Pressemitteilung des Innenministers zu zehn Jahren Modernisierung der Polizei in Schleswig-Holstein entnehmen kann, ist das ja keine Einsparung, weil der Polizeihaushalt zusätzlich zu den beschlossenen Einsparungen keine neuen erbringen müsse. Das mag verstehen, wer will. Da beißt sich die Katze selbst in den Schwanz: Beamtinnen und Beamte sollen von Verwaltungstätigkeit entlastet werden, gleichzeitig streicht man massiv im Tarifkräftebereich, also genau bei denjenigen Mitarbeitern, die die Entlastung bringen sollten. In der Konsequenz führt das zu der paradoxen Situation, daß der Bestand an Polizeibeamten gehalten wird, die Präsenz aber trotzdem abnimmt. Und auf die, nur auf die, kommt es in der Verbrechensbekämpfung entscheidend an.

Für die öffentliche Sicherheit im Lande und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei wäre es besser, wenn der Innenminister nicht sein folgen- und kostenloses Verständnis für die Bedürfnisse der **Poli-**

(Wolfgang Kubicki)

zei äußern würde. Der **Beförderungsstau** ist doch nicht vom Himmel gefallen. Er ist das Ergebnis der Versäumnisse in der Vergangenheit. Ich frage die Landesregierung, wie lange sie noch nach zehn Jahren Regierung erklären will, sie hätte eine Erblast übernommen. Wie lange braucht sie eigentlich, um mit dem Problem fertig zu werden? Noch einmal zehn Jahre oder noch einmal 20 Jahre? Das ist doch ein Ausweis von verfehlter Politik oder von Unfähigkeit, wenn sie sich ständig darauf berufen muß, 1988 habe sie eine Situation vorgefunden, mit der sie heute noch zu kämpfen habe.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Beförderungen sind kein Gnadenakt. Sie dienen nur der Gleichstellung der Polizei mit anderen Verwaltungsbereichen. Oder gibt es etwa im Innenministerium oder in der Staatskanzlei auch einen Beförderungsstau?

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den **Investitionsausgaben**. „Es gibt“ - so der Innenminister - „den größten Investitionshaushalt in der Geschichte der Polizei.“

Ganz abgesehen davon, daß eine absolute Zahl aufgrund der inflationären Entwicklung wenig Aussagekraft hat, ist die Tatsache schlicht die, daß auch die erhöhten Investitionsausgaben nicht ausreichen, den Bedarf zu decken. Die Sünden der Vergangenheit sind auch in diesem Bereich einfach viel zu groß. Da ist eine einmalige Erhöhung der Investitionsausgaben nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich darf nur an die Beinahekatastrophe bei der fehlgeschlagenen Reparatur der „Helgoland“ erinnern, die einem Besatzungsmitglied fast das Leben gekostet hätte.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Ich nehme mit Verwunderung zur Kenntnis, daß die verordnete längere Nutzung von Polizeifahrzeugen bis zu 300.000 km Fahrleistung noch nicht einmal von den Denkmalpflegern im Land begrüßt wird.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsentwurf für das Jahr 1999 reiht sich in die Tradition der vergangenen Jahre ein. Prioritäten werden nicht gesetzt. Bevor ich den Ruf höre, „Macht das doch alles besser, zeigt uns die Alternativen!“ - ich rede heute nachmittag noch einmal -, sage ich hier vorweg - das habe ich schon im letzten Jahr dem Finanzminister angeboten -: Lassen Sie uns doch einfach mal die Plätze tauschen, Herr Kollege Neugebauer! Ich meine nicht unsere Plätze, sondern die da. Dann zeigen wir diesem Finanzminister, wie es funktioniert und wie man es machen kann. Dann zeigen wir, daß es nicht

nur um die freiwilligen Leistungen des Landes geht, sondern auch um die gesetzlich gebundenen Leistungen. Denn Sie greifen auch mit dem jetzigen Haushaltsbegleitgesetz in gesetzlich gebundene Leistungen ein. Das kann man natürlich auch machen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie spielen Nebelwerfer. Sie sagen, Sie hätten nur 5 % der Haushaltsmittel zur freien Verfügung. Da können wir alle bedenkenlos nach Hause gehen, uns den Landtag sparen und sagen: „Wickeln wir den Haushalt einfach ab! Das kann ein Kommissar, der aus Düsseldorf oder Bonn eingesetzt wird, mit völliger Gelassenheit viel preiswerter regeln!“ - Das stimmt einfach nicht. Wir haben auch die Möglichkeit, in bestehende **Leistungsgesetze** einzugreifen, was wir jedes Jahr mit den **Haushaltsbegleitgesetzen** dokumentieren. Man muß es in bestimmten Bereichen einfach nur energisch wollen. Ich komme heute nachmittag auf einige Bereiche zurück.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da sind wir gespannt!)

- Die Sozialdemokraten sind ja wirklich ein phänomenales Chamäleon. Ich kann das immer nur wiederholen. Der Finanzminister stellt sich hin und sagt, dieses wunderbare neue **Gebäudemanagement** schaffe Rationalisierungspotentiale und spare für das Land erhebliche Beträge. Ich möchte nicht auf die dreistelligen Millionenbeträge eingehen, die im Zusammenhang mit dem Immobiliendeal genannt worden sind. Lassen Sie uns doch bei zweistelligen Millionenbeträgen bleiben. Lassen Sie es pro Jahr doch 5, 10 oder 20 Millionen DM sein. Dann haben wir in den letzten fünf Jahren, in denen Sie unseren Vorschlägen nicht gefolgt sind, 25, 30, 40, 50 Millionen DM zum Fenster hinausgeschmissen, statt das Geld sinnvoll einzusetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sehe ja mit voller Begeisterung, wie Sie all die wunderbaren Haushaltsanträge, die wir erarbeitet haben - wir machen das nicht mehr, weil das bei Ihnen keinen Sinn hat -, anschließend in den Nachtragshaushalt eingearbeitet haben. Mein wissenschaftlicher Mitarbeiter - Herr Kollege Billet, hätte ich beinahe gesagt - hat das hervorragend dokumentiert und kann Ihnen zeigen, daß Sie 80 % der Vorschläge, die Sie öffentlich vehement abgelehnt und bekämpft haben, anschließend heimlich eingesackt haben in der Hoffnung, wir könnten das nicht kritisieren, weil das unsere eigenen Vorschläge sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Bildung fördern! Aber, wo sind die Lehrerinnen und Lehrer? Wo ist die Unterstützung für die Universitäten? Wo ist die Initiative für eine schnelle Ausstattung der Schulen und Universitäten mit moderner Kommunikationstechnik?

Wir freuen uns darüber, daß Mobilcom in Schleswig-Holstein residiert. Ich freue mich auch sehr darüber. Da hat das Land - übrigens wäre Herr Schmid sonst schon längst weg - über die Beteiligungsgesellschaft eine Menge dazu beigetragen, die Bindung an das Land zu erzeugen. An sich wäre für ihn der Standort - -

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ich sage ja, daß das Land endlich einmal etwas Vernünftiges getan hat. Ich würde mich freuen, wenn es in anderen Bereichen auch so wäre. Wenn das beispielsweise auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie - Wachstumsmärkte der Zukunft, die Wertschöpfung bringen und auch Arbeitsplätze schaffen - genauso funktionieren könnte. Da gibt es noch eine kleine Barriere, die wird demnächst vielleicht weggeräumt. Aber ich frage mich trotzdem, wo ist das Konzept für die Begleitung des Strukturwandels hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft? Wo ist die Grundlagen- und Hochtechnologieforschung im Land? Wo sind die zukunftsfördernden Investitionen? Ich frage das in allem Ernst. In diesem Zusammenhang, Herr Möller, erlauben Sie mir als Ökonom einfach nur den Hinweis - ich weiß, daß Sie aus dem öffentlichen Dienst kommen und das vielleicht nicht verstehen -: Subventionen und Subventionen unterscheiden sich deutlich.

Niemand, weder die Sozialdemokraten noch die Liberalen, ist dagegen, daß es Subventionen gibt, wenn es **Subventionen in die Zukunft** bedeutet. Wir sind dagegen, daß es Erhaltungssubventionen in die Vergangenheit gibt. Es macht keinen Sinn, 10 Milliarden DM in die Steinkohle hineinzupumpen, weil wir wissen, daß sie am Markt nie wieder wettbewerbsfähig sein wird.

Es macht aber Sinn, beispielsweise die schleswig-holsteinischen Werften solange am Leben zu erhalten, bis das OSZE-Abkommen unterschrieben ist. Das sind High-Tech-Unternehmen. Hier sind High-Tech-Arbeitsplätze organisiert.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie brauchen für die Herstellung eines solchen Arbeitsplatzes 1 Million DM. Wenn die weg sind, weil bei Ihnen die Mittel knapp sind, dann haben wir keine Chance, mit welchen Fördermitteln auch immer diese

Arbeitsplätze wieder neu zu schaffen. Das macht den zentralen Unterschied aus.

Wir haben übrigens auch gemeinsam Airbus Industries mit Subventionen unterstützt. Die gäbe es ohne öffentliche Subventionen gar nicht. Heute sind wir froh, daß es sie mit mehreren tausend Arbeitsplätzen in Hamburg, mit mehreren tausend Arbeitsplätzen, die möglicherweise in Rostock oder Hamburg geschaffen werden, gibt.

(Zuruf von der SPD)

- Auch Herr Rexrodt kann diese Differenzierung begreifen! Manche Sozialdemokraten vielleicht nicht! Zur Stringenz in der Argumentation eines Sozialdemokraten gehört dann ja einiges.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich bin sehr froh, daß der Wirtschaftsminister dieses Landes und der Finanzminister dieses Landes zu den vehementen Verfechtern des Abbaus jeder Subvention gehören. Das haben wir dann bei der Debatte über die Butterschiffe ja weitreichend zur Kenntnis nehmen dürfen.

Meine sehr verehrten lieben Kolleginnen und Kollegen, **Wirtschaft stärken**, aber wie? Mit Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, daß die Verweigerung, die Verkehrsinfrastruktur zügig an die gesteigerten Anforderungen anzupassen, angeblich beseitigt worden sein soll.

Da haben wir auf der einen Seite die ständige und feste Erklärung, die A 20 werde auf jeden Fall gebaut. Da haben wir die wunderbare Reise der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Ich kann nur darum bitten, daß ihr möglichst häufig das Land verläßt und irgendwo hinreist, weil ihr dann seht, was in der Welt sonst noch passiert,

(Widerspruch bei der SPD)

dann wiederkommt und sagt - völlig überrascht, urplötzlich -: Da kommen ja jetzt Verkehre aus Skandinavien und Dänemark über die Große-Belt-Querung auf uns zu. Möglicherweise brauchen wir dann auch noch die Fehmarn-Belt-Querung, damit die Verkehre abgewickelt werden können. Unsere dänischen und schwedischen Partner bestehen darauf. - Wir gucken uns im Lande um und fragen uns: Wie haben wir uns eigentlich auf die zusätzliche Belastung auf der A 7 eingestellt?

Gibt es hier Debatten, werden sie hier um die Frage geführt, ob die A 7 nicht möglicherweise bis zum Bordesholmer Dreieck dreispurig ausgebaut werden muß? Führen die Sozialdemokraten diese Debatte

(Wolfgang Kubicki)

demnächst auch offensiv mit ihrem Koalitionspartner?
- Denn das wäre die entscheidende Antwort auf die Frage, wie wir mit dem **zusätzlichen Verkehr** fertig werden.

Ich kann mich an Debatten in den Jahren 1992 und 1993 erinnern, als wir das vorgeschlagen haben und Sozialdemokraten mit mir da oben saßen und sagten: „Typische Betonpolitik des Kubicki“ oder „typische Betonpolitik der CDU- und der F.D.P.-Fraktion; die wissen gar nicht, wie die weitere Entwicklung läuft. Es wird nicht mehr Verkehr, sondern eher weniger Verkehr geben.“ - Das genaue Gegenteil ist eingetreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Steinbrück, mit Radwegen und der Förderung von ökologischen Nischenprodukten, mit der Senkung des Stiftungskapitals der Technologiestiftung werden wir die künftige Infrastruktur nicht sinnvoll bewältigen können.

Übrigens auch nicht mit Eisenbahnen. Ich finde es sehr schön, wenn die Eisenbahnlinie zwischen Bad Segeberg und Neumünster wieder aufgemacht wird. Das finde ich sehr gut, aber ich sehe auch, mit welcher Vehemenz sich das Land dagegen wehrt, die Kosten im öffentlichen Personennahverkehr voll aufgedrückt zu bekommen. Wir wissen genau, daß in den nächsten Jahren keine Auslastung stattfinden wird und daß der finanzielle Ausgleich, den das Land leisten müßte, unsere Landesfinanzen bei weitem überfordern würde. Wir sollten uns doch nicht immer selbst in die Tasche lügen. Wir werden die moderne Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur mit den Maßnahmen dieser Landesregierung gegenwärtig nicht oder nur unzureichend bewältigen.

Auf **Kernaufgaben** konzentrieren! Wo sind die klaren Prioritäten? Wo ist die Schwerpunktbildung in diesem Haushalt? Der rot-grüne Bauchladen hat sein Sortiment kein bißchen gestrafft.

Umwelt fördern! Womit? Mit einem bißchen ökologischen Landbau? Mit der unsinnigen Förderung von mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen, die 30 Millionen oder 35 Millionen DM kosten und von denen wir wissen, daß sie künftig in der Abfallpolitik - und zwar egal, wer in Bonn regiert - untergepflügt werden?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit ein paar Fahrradwegen? Mit dem weiteren Ankauf von Flächen durch die Stiftung Naturschutz? Macht das denn wirklich noch Sinn, öffentliches Geld in den Ankauf von Flächen für die Stiftung Naturschutz auszugeben, statt dieses Geld beispielsweise in den nächsten Jahren in die Bildungsinfrastruktur zu investieren, um damit die Voraussetzungen für weiteren wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Aufzählung ließe sich - so denke ich - beliebig fortsetzen. Die rot-grüne Koalition ist mit ihrem Latein ersichtlich am Ende. Das überdecken die wunderbaren Reden, die hier gehalten werden, nicht. Ständig wiederkehrende Beteuerungen, Schleswig-Holstein sei für alles und jedes modellhaft und vorbildlich, ersetzen in immer größerem Umfang reale Politik. Sie werden interessanterweise in immer weniger großem Umfang in der Öffentlichkeit geglaubt. Das trifft dann nicht nur die regierenden Sozialdemokraten und nicht nur die Grünen, es trifft die Politik insgesamt. Man traut dann der Politik insgesamt nicht mehr zu, daß sie Wort hält.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat Rot-Grün in Schleswig-Holstein mit dem Politikverdruß in Bonn zu tun?)

- Ach, Frau Kollegin Heinold, das glauben nicht einmal mehr Ihre eigenen Mitglieder! Wenn ich es richtig verfolge, dann trauen Sie Ihnen selbst überhaupt nichts mehr zu. Sie sind in die innere Immigration gegangen. Sie können Ihr Programm völlig bedenkenlos einstampfen, was Sie ja übrigens mit Ihrem Bundestagswahlprogramm in bemerkenswerter Weise getan haben. All das, was Sie in Magdeburg beschlossen haben, ist ja vor der Wahl nicht mehr drin. Nach der Wahl wird es dann wieder herausgezogen werden. Schauen wir uns die nächsten drei, vier Wochen an. Warten wir das ab.

Aber hier in Schleswig-Holstein sind Sie jedenfalls am Ende. Die Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen bleibt die Regierungskoalition auch mit diesem Haushalt schuldig. Übrig bleiben Lippenbekenntnisse. Es bleibt dabei. Verbale Kraftmeierei und symbolische Aktionen können konkrete Politik nicht ersetzen. Ein Blick auf die alljährlichen Ankündigungen der Landesregierung zur unmittelbar bevorstehenden Konsolidierung der Landesfinanzen macht das wirklich deutlich.

Ich würde an Ihrer Stelle jetzt einfach einmal zuhören. Seit Jahren beraten wir auch den **mittelfristigen Finanzplan**, den uns die Landesregierung immer wieder mit der Erklärung auf den Tisch legt, das sei ihre Politik der nächsten fünf Jahre.

Im Finanzplan 1995 betrug die Nettoneuverschuldung für 1999 680 Millionen DM. Das war eine große Ankündigung der Konsolidierungspolitik der Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki)

Im Finanzplan 1996 betrug die Nettoneuverschuldung im Jahr 1999 950 Millionen DM. Das war die Ankündigung der Konsolidierung der Landespolitik und des Haushalts.

Im Finanzplan 1997 betrug die Nettoneuverschuldung im Jahr 1999 950 Millionen DM, verbunden mit der Ankündigung der Konsolidierung des Landeshaushalts in den nächsten Jahren.

Zwei Jahre später steht in dem Entwurf des Haushalts 1999 eine Nettoneuverschuldung von 1,1 Milliarden DM, dies trotz der eingestellten Verkäufe, über die wir insgesamt schon geredet haben.

Die erwarteten Zinsausgaben für 1999 betragen 1.802 Millionen DM. Damit will ich die Größenordnung benennen. Im Jahr 2002 werden es 2.074 Millionen DM sein. Ich sage Ihnen, Herr Kollege Neugebauer: Damit haben wir insgesamt und hat der Finanzminister einfach nur Glück.

Dieses Jahr erwirtschaftete er zusätzlich noch einmal ungefähr 20 Millionen DM, weil die Zinsentwicklung so günstig ist. Aber Gott bewahre uns davor, daß sich in absehbarer Zeit die Zinsentwicklung umkehrt! Bei 30 Milliarden DM Staatsverschuldung bedeutet eine Veränderung des Zinsniveaus um nur einen Prozentpunkt zusätzlich 300 Millionen DM laufende Zinsausgaben im schleswig-holsteinischen Landeshaushalt. Wir können uns alles andere an Debatten dann sparen; denn das erwirtschaften wir nicht. Die Zinsen stehen jetzt auf einem historischen Tiefstand. Der wird nicht immer so bleiben. Spätestens dann würde das rot-grüne Etikett vollständig herunterfallen.

Unser dringender Appell geht dahin: Wenn schon Veräußerungen erfolgen, setzen Sie doch bitte jetzt alles daran - gemeinsam mit uns -, die **Nettoneuverschuldung** herunterzubringen, auch bei schmerzlichen Einschnitten.

Ich bin nicht der erste, der das befürwortet - ich finde es gemein, daß ich es immer aufs Haupt kriege -, aber ich bin mit in der ersten Reihe, wenn es darum geht, auch schmerzliche Einschnitte gegenüber allen anderen zu vertreten, damit wir im Lande insgesamt die Handlungsfähigkeit behalten und nicht endgültig abgeblitzt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin Heinold, ich will nicht weiter zitieren, was auch andere in diesem Land sehen. Aber ich könnte mir vorstellen, daß wir viele der Projekte, mit denen Sie sich rühmen, bedenkenlos zugunsten der Landeskasse einsparen können, ohne daß außer den

Betroffenen auch nur ein einziger Mensch in Schleswig-Holstein etwas vermißt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch gut sieben Minuten. Die Abgeordnete Spoorendonk hat mir mitgeteilt, daß sie in ihrem ersten Redebeitrag auf jeden Fall 20 Minuten sprechen wird. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Debatte jetzt unterbrechen und sie um 15:00 Uhr fortsetzen.

Ich wünsche guten Appetit.

(Unterbrechung: 12:53 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet. Wir setzen die Beratungen fort. Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar nicht einfach, jetzt wieder den Anschluß an die Debatte zu finden.

(Beifall)

Ich habe mir heute vormittag überlegt, bei der Verteilung der Redezeiten einmal neue Kriterien zu entwickeln. Dabei könnte man doch auch einmal von den Mitgliederzahlen der Parteien ausgehen. Dann stünden wir meines Wissens an dritter Stelle, und das wäre doch etwas Gutes.

Nun aber zum vorliegenden Haushaltsentwurf der Landesregierung! „Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie“, könnte das Motto für den Landeshaushalt 1999 sein. Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist mit so vielen Unsicherheitsfaktoren, vor allem auf der Einnahmeseite, belastet, daß eine konstruktive inhaltliche Auseinandersetzung zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwerfällt. Über allen Haushaltsvorschlägen hängt zum einen der Vorbehalt über die Höhe der zu erwartenden Steuereinnahmen für 1999 und zum anderen das Damoklesschwert der einstweiligen Verfügung des Bundesverfassungsgerichts zum Verkauf der Landesliegenschaften.

Es ist das gute Recht von CDU und F.D.P., eine Verfassungsklage gegen den Landeshaushalt einzubringen. Das gehört sozusagen mit zu den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Trotzdem sollte man bei einer solchen Initiative auch an die negativen Folgen für das Land denken. Übergeordnet betrachtet kann man sehr wohl darüber dis-

(Anke Spoorendonk)

kutieren, wie es die politische Kultur in dieser Republik beeinträchtigt, daß, statt selbst Politik zu machen, immer mehr das Bundesverfassungsgericht angerufen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was ist mit den negativen Folgen des Immobiliendeals?)

- Das ist richtig, aber trotzdem muß man auch diese Perspektive mit berücksichtigen, nicht nur vor dem Hintergrund einiger Sonntagsreden, sondern auch vor dem Hintergrund der Rede des Bundespräsidenten, der zu mehr Zusammenarbeit, mehr Kompromißfähigkeit, mehr Konsens aufgerufen hat. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit immer noch weit auseinander.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das setzt aber zwei Seiten voraus! - Ursula Röper [CDU]: Dann muß die Landesregierung verfassungsgemäß handeln!)

- Es geht nicht nur um die Verfassungsmäßigkeit, es geht auch darum, daß das Bundesverfassungsgericht angerufen wird, statt Politik zu machen.

Dabei hat auch der SSW der gewählten Konstruktion des Immobiliengeschäfts nur unter Bauchschmerzen zugestimmt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Ursula Röper [CDU]: Aber zugestimmt!)

- Wir haben dem eindeutig zugestimmt. Die Begründung war für uns, daß wir mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Landesliegenschaften weitere Sparmaßnahmen verhindern wollten. Das habe ich in meiner Rede ganz deutlich gesagt. Wir bleiben dabei: Sollte das Bundesverfassungsgericht den Verkauf der **Landesliegenschaften** als verfassungswidrig ansehen, dann dürfen die fehlenden insgesamt 450 Millionen DM für 1998 und 1999 nicht durch zusätzliche Sparmaßnahmen und Kürzungen erwirtschaftet werden.

(Ursula Röper [CDU]: Wie denn?)

Wir können den Bürgerinnen und Bürgern keine weiteren Belastungen auferlegen. Schon der heutige Entwurf des Haushalts beinhaltet eine Sparliste der Landesregierung, die in allen Bereichen unseres Gemeinwesens stark eingreift. Zusätzliche Sparmaßnahmen sind fast nur noch im investiven und im sozialen Bereich möglich und würden weitere Arbeitsplätze kosten.

Der SSW tritt deshalb dafür ein, daß der Landtag im Fall der Fälle, also schlimmstenfalls, die Ausnahmebestimmungen des Artikels 53 der Landesverfassung in

Anwendung bringt und zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zusätzliche Kredite aufnimmt - ich weiß, daß das schwierig ist, ich sage aber, daß das die Richtung sein muß, falls es zu einem negativen Urteil kommt -, auch wenn diese die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen übersteigen. Die höchsten Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein seit dem Krieg sind „eine schwerwiegende Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes“. Deshalb kann Artikel 53 unserer Meinung nach in Anwendung gebracht werden.

Das ist natürlich angesichts der hohen Verschuldung des Landes keine befriedigende und keine langfristig haltbare Lösung der Haushaltsprobleme. Aus unserer Sicht ist es aber in Anbetracht der dann entstehenden Lage das einzige Mittel, um wenigstens die bescheidenen Spielräume zur eigenen politischen Gestaltung des Landes zu erhalten. Diese finanziellen Spielräume des Landes sind in den letzten Jahren immer kleiner geworden. Die Ursachen liegen auf der Hand. Es geht dabei nicht um plumpe Schuldzuweisungen, sondern um die nüchterne Feststellung, daß Schleswig-Holstein keine Insel und deshalb von der negativen arbeitsmarktpolitischen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik insgesamt stark betroffen ist. Angesichts der engen Verflechtung von Bundes- und Landespolitik, gerade im Bereich der finanziellen Auswirkungen der sozialen Probleme, ist es nicht von der Hand zu weisen, daß diese Entwicklungen zur heutigen schlechten Haushaltslage Schleswig-Holsteins wesentlich beigetragen haben. Dazu kommen natürlich auch die Sünden der Vergangenheit in Form der Kreditaufnahme vergangener Jahre.

Vor diesem Hintergrund wird am 27. September eine Bundestagswahl durchgeführt, die für die Zukunft Schleswig-Holsteins sehr wichtig ist. Der neue Höchststand in der Arbeitslosigkeit, die großen sozialen Probleme, vor allem in Ostdeutschland, der Stillstand in der Bundespolitik und die fatale Lage der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden lassen nur einen Schluß zu: So wie jetzt kann es jedenfalls nicht weitergehen. Die föderale Ordnung Deutschlands befindet sich in einer Sackgasse.

In seinem Buch „Scheitert Deutschland?“ gibt der bekannte Politikwissenschaftler Arnulf Baring eine treffende Analyse der gegenwärtigen Lage in unserer Republik. Baring weist darauf hin, daß „die gegenwärtige Situation unseres Landes gekennzeichnet ist durch das Zusammentreffen unterschiedlicher, aber eng miteinander verzahnter Krisen. Wir stecken zum einen in der industriellen Strukturkrise, zum anderen

(Anke Spoorendonk)

in der des Sozialstaates. Hinzu kommt die deutsch-deutsche Vereinigungskrise. Sie hat in vieler Hinsicht die Probleme verschärft, die in den anderen beiden Krisen lange vor 1990 angelegt waren, hat zum Teil aber auch ganz neue Herausforderungen mit sich gebracht.“

Dazu kommen nach Barings Auffassung die unabsehbaren Risiken, die wir jetzt mit der Einführung des Euro ab 1. Januar 1999 eingehen. Dabei war unser System laut Baring unfähig, ernsthaft zu prüfen, ob der Euro in der jetzigen Situation nicht zum Anschlag auf den inneren Frieden Europas werden kann. Baring geht so weit zu behaupten, daß die Gefahr besteht, unsere Demokratie könne erneut versagen. Bedauerlicherweise wird die Einführung des **Euro** - von wenigen Splittergruppen abgesehen - im aktuellen Wahlkampf kaum erwähnt. Unser föderales Gemeinwesen steht also vor einer Fülle von Herausforderungen, die wir in den 40 Jahren der alten Bundesrepublik bis 1990 so nicht gehabt haben. Die berechnete Frage ist doch, ob die jetzige Kompetenzverteilung innerhalb des föderalen deutschen Systems den ökonomischen und politischen Herausforderungen gewachsen ist.

Dabei tritt der SSW für eine stärkere Dezentralisierung der bundesdeutschen Ordnung ein, das heißt mehr eigene Kompetenzen und mehr eigene Steuerhoheit auch von Ländern und Kommunen. Wir brauchen ein neues Finanzsystem, das dazu führt, daß Länder, Kreise und Kommunen endlich selbständig und eigenverantwortlich Politik und politische Initiativen entwickeln und durchführen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein neues Finanzsystem sollte zu eigenständigen Einnahmemöglichkeiten der Kommunen und Kreise führen und die umfassende Abhängigkeit von Fördermöglichkeiten von oben ablösen.

Auch in anderen Bereichen unserer Gesellschaft brauchen wir neue Lösungsansätze, neue Ideen und Reformen. Dies geht nur im Konsens mit allen gesellschaftlichen Gruppen und indem man versucht, auch von anderen Ländern zu lernen. Besonders bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann man interessante Lehren aus der Vorgehensweise beschäftigungspolitisch erfolgreicher Länder ziehen. Der SSW freut sich natürlich darüber, daß in der politischen Landschaft der Bundesrepublik zur Zeit Besuche in Dänemark hoch im Kurs stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist klar; das darf ich wohl auch so sagen. Mit Blick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lohnt sich nämlich die Auseinandersetzung mit der erfolgrei-

chen Politik unseres Nachbarlandes. Sie führt uns die Bedeutung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik vor. Die Ergebnisse sprechen für sich; denn nördlich der Grenze spricht man heute sogar schon von Vollbeschäftigung.

Eine so erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik hat selbstverständlich auch positive Effekte auf den Staatshaushalt. So ist der dänische Finanzminister in der europaweit einmaligen Situation, für 1999 einen Haushaltsentwurf einzubringen, der sogar einen Überschuß in Aussicht stellt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die erhöhen ja auch laufend die Steuern!)

Dabei handelt es sich um ein auf Konsens ausgerichtetes Modell, bei dem alle gesellschaftlichen Gruppen, Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an einem Strang ziehen. Das zeigt, welche wichtige Bedeutung ein Bündnis für Arbeit auch in der Bundesrepublik haben könnte, wenn nur der konstruktive Wille aller Beteiligten da wäre. Unüberlegte und unsoziale Initiativen wie der Kombilohn und - das muß ich auch sagen - wie diese Server-Geschichte würden mit einem **Bündnis für Arbeit** kaum möglich sein. Wenn jetzt sogar, lieber Kollege Torsten Geerds, die CDA die Auffassung vertritt, daß viele der Methoden der dänischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik trotz der unterschiedlichen Steuer- und Sozialsysteme auf Deutschland übertragbar sind, dann findet das natürlich die volle Unterstützung des SSW. Nur fragt man sich dann, warum die Bundesregierung nicht schon längst entsprechende Initiativen ergriffen hat.

Der SSW hat Verständnis für die mißliche Haushaltslage, in der sich die Landesregierung befindet. In ihrer Pressemitteilung zur Vorstellung der Eckwerte für den Haushalt 1999 und für die mittelfristige Finanzplanung schreibt die Landesregierung, daß sich das Land angesichts der schlechten Finanzlage noch stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren muß. Dazu zählen die Ausbildung der Jugendlichen, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, soziale Sicherheit, innere Sicherheit und ökologische Modernisierung der Wirtschaft.

Von der Zielsetzung her finden diese Vorstellungen die volle Unterstützung des SSW. Wir werden die Landesregierung daran messen, ob sie auf diesen Feldern trotz der schlechten Rahmenbedingungen vorankommt; denn die angespannte Haushaltslage darf nicht dazu führen, daß gerade die Mittel gekürzt werden, die dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die für die Zukunft der Jugendlichen wichtig sind.

(Anke Spoorendonk)

Ein wichtiger Gradmesser wird im Rahmen der Bildungspolitik sein, ob es zu der Einstellung von 100 weiteren Lehrerinnen und Lehrern kommt. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, daß wir auf diese Lehrkräfte unter keinen Umständen verzichten können, ob nun mit oder ohne Änderung des Schulgesetzes. Ein Grund ist, daß der Ausfall von Unterrichtsstunden an vielen Schulen ein echtes Problem darstellt. An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, daß sich der SSW gerade wegen des Unterrichtsausfalls ursprünglich für das Angestelltenverhältnis von Lehrern eingesetzt hat. Wir hatten uns gerade davon versprochen, daß man auf das Problem flexibler reagieren könnte. Diese Rechnung ist aber bis jetzt noch nicht aufgegangen.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ein weiterer Grund ist, daß morgen die Änderung des **Schulgesetzes** in zweiter Lesung beraten und wahrscheinlich auch mit den entsprechenden Änderungen beschlossen wird. Dies wird Konsequenzen für den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern vor allem für die geplante zweijährige Schuleingangsphase haben. Nach der vorgeschlagenen Änderung des Gesetzentwurfs in diesem Punkt soll den Schulen die Ausgestaltung der Eingangsstufe überlassen werden. Konkret können die Schulen es also bei den Klassenverbänden belassen. Aber dort, wo man das Konzept so praktizieren möchte, wie es ursprünglich vorgesehen war, nämlich durch einen - ich sage einmal - jahrgangsübergreifenden Unterricht, wird der Erfolg maßgeblich von der Größe der Klassen abhängen. Das Konzept wird also positiv nur mit einer relativ geringen Anzahl an Schülern umsetzbar sein. Dafür brauchen wir eine entsprechende Anzahl an Lehrkräften. Der SSW begrüßt deshalb ausdrücklich den Vorstoß der SPD-Landtagsfraktion, die vom Bildungsministerium ursprünglich versprochenen 100 Lehrerstellen schaffen zu wollen.

Eine weitere Kernaufgabe der Landesregierung ist die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Der SSW hat von Anfang an betont, daß Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsmodernisierung nicht umsonst zu haben sind. Dies spiegelt sich auch im Landeshaushalt wider.

Wir befinden uns an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend und sind Zeugen einer Wende vom Industriezeitalter hin zum Kommunikationszeitalter. Das wird ja auch immer wieder so deutlich gesagt. Die Entwicklung innerhalb der Informations- und Kommunikationstechnik schreitet dabei so rasant voran, daß die Parlamente in ihrer Rolle als Gesetzgeber schon lange nicht mehr Schritt halten. Niemand kann die Zeit anhalten, und niemand wird die Entwicklung aufhalten

können. Es kann also nur darum gehen, sich die Möglichkeiten, die uns die moderne Kommunikationstechnik bietet, zu Nutze zu machen. Gerade in den öffentlichen Verwaltungen hinken wir der Entwicklung hinterher. Das hängt teilweise mit den erforderlichen Mitteln zusammen. Bei der Umstellung auf Computer zum Beispiel ist ihre Anschaffung bekanntlich die geringste Geldausgabe. Notwendig wird die Schulung der Mitarbeiter, die in die Lage versetzt werden müssen, mit den neuen Techniken umzugehen. Gleichzeitig braucht man entsprechendes internes oder externes Fachpersonal, das zur Hilfe gerufen werden kann.

Schwer wiegt aber nicht nur das finanzielle Argument. Wo personenbezogene Daten der Bürgerinnen und Bürger verarbeitet werden, muß es vor allem auch immer darum gehen, das Recht dieser Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten. Den Nutzerinnen und Nutzern muß bekannt sein, wo Mißbrauchsgefahren und Mißbrauchsmöglichkeiten bestehen, damit diese von vornherein entweder ganz ausgeschlossen oder auf ein Minimum reduziert werden können. Bei der Datenverarbeitung in Behörden muß es also von vornherein um einen Umgang mit Daten gehen, der Mißbrauch und Weiterverwendung durch Dritte verhindert - also Ausnutzung der Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechniken unter Beachtung des um so bedeutungsvolleren Datenschutzes.

Wenn Mittel in die neuen Techniken investiert werden, ist klar, daß in anderen Bereichen gespart werden muß, wenn sich der Haushaltsansatz nicht verändern soll. Das darf aber nach Auffassung des SSW nicht einseitig auf Kosten des Personals gehen.

In den letzten Monaten ist viel über die Unzufriedenheit der Polizisten in unserem Land berichtet worden. Der Landesinnenminister hat im Verlauf deutlich gesagt, daß er bestimmte Sachaufgaben für so wesentlich hält, daß er versprochene Beförderungen deswegen zurückgestellt hat. Wenn die **Polizisten** das nicht wortlos hinnehmen wollen, dann glaube ich, daß das jeder von uns verstehen kann. Nicht zuletzt auch der Innenminister selbst denkt so. Heute nun, wo wir den Landeshaushalt 1999 beraten, hat sich die Gewerkschaft der Polizei entschieden, zu einer Demonstration vor dem Landeshaus aufzurufen. Auch das ist verständlich. Jeder, der über Kürzungen zu seinen Ungunsten im Landeshaushalt empört ist, muß die Möglichkeit haben, in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen.

Das letzte, was wir alle in einer derartigen Situation tun dürfen, ist, uns in schnödem Populismus zu erge-

(Anke Spoorendonk)

hen, erstens, weil uns das sowieso niemand abnimmt, und zweitens, weil wir den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in diesem Land schulden, eine Lösung zu finden, mit der sie leben können. Vorweg möchte ich allerdings für den SSW betonen, daß es für uns darum gehen muß, daß man sich an Absprachen hält und an Absprachen auch festmachen lassen muß.

(Beifall der Abgeordneten Gero Storjohann [CDU] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Ziel langfristiger Absprachen besteht schließlich darin, daß sich die Vertragspartner daran halten. Akut muß die Frage beantwortet werden, wie den vielen Polizistinnen und Polizisten gegenüber verfahren werden soll, die seit Jahren im sogenannten Beförderungstau stehen. Dabei steht fest, daß wir von Gehältern sprechen, die ohnehin zu niedrig sind. Da machen ein paar hundert Mark im Monat eine Menge aus.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das schlimmste, was in einer solchen Situation passieren kann, nachdem man jahrelang auf seine Beförderung gewartet hat, ist die Pensionierung, ohne diese Beförderung erhalten zu haben. Darauf haben sich die betroffenen Polizistinnen und Polizisten nicht eingelassen. Sie durften bei Beginn ihrer Laufbahn unter normalen Umständen damit rechnen, nicht im Getriebe steckenzubleiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Der SSW ist deshalb der Auffassung, daß das Minimum in dieser Situation sein muß, daß diejenigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten befördert werden, die kurz vor ihrer Pensionierung stehen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich denke, das muß das Minimum sein. Lösungen, die diese Forderung unterschreiten, werden wir nicht mittragen können.

Die finanzielle Situation unseres Bundeslandes - sowohl im Bereich Inneres wie auch im Bereich Justiz - macht aus der Sicht des SSW eines deutlich: Die Debatte in Sachen innere Sicherheit, die im Bundestagswahlkampf eifrig in den Vordergrund gestellt wird, um fehlende Konzepte zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu vertuschen, macht überhaupt keinen Sinn. Was nutzt der Ruf nach zahlenmäßiger Stärkung der Landespolizeien - bundesweit betrachtet -, wenn er in Ermangelung des nötigen Kleingelds ungehört verhallen muß? So trägt man nicht zur Glaubwürdigkeit der Politik bei. Der SSW fordert nicht immer mehr Polizistinnen und Polizisten, sondern die Schaffung effektiver

Arbeitsbedingungen und den Abbau von Beförderungstopp. Wenn wir dahin gelangen könnten, wären wir schon weit.

Die Kosten, die zur Betreibung von Haftanstalten anfallen, könnten wirklich besser ausgegeben werden, wenn wir uns endlich darauf besinnen, früher einzugreifen. Es kann nicht um einen Wettkampf um höhere Strafraumen und Wegsperrungen Jugendlicher in geschlossene Heime gehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

In den Vordergrund muß endlich die Kriminalitätsverhütung vor der Kriminalitätsbekämpfung treten.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD], Frauke Walhorn [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu gehört, daß den Ursachen entstehender Kriminalität entschieden begegnet wird. Für den Kinder- und Jugendbereich, der in den letzten Jahren durch die Zunahme von Gewaltbereitschaft in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist, heißt dies nicht ein Mehr an Gesetzen, sondern daß vorhandene Gesetze zur Anwendung gebracht werden müssen.

Es reicht nicht aus, daß die Gesellschaft dann eingreift, wenn ein seit Jahren auffälliges Kind beginnt, Straftaten zu begehen. Eingegriffen werden muß, sobald Kinder und Jugendliche auffällig werden.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Die im Jugendhilfegesetz vorgesehenen Maßnahmen - liebe Kollegin Schwarz! - müssen konsequent zur Anwendung gelangen. Das wäre auch für die betroffenen Familien hilfreich.

Wenn wir damit anfangen könnten, früher einzugreifen, dann - da bin ich mir sicher - könnten wir eine Menge der späteren Ausgaben vermeiden.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So gesehen ist Kriminalitätsverhütung eine reine Sparmaßnahme.

(Beifall der Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht sollte man sich gerade dies öfter vergegenwärtigen.

(Anke Spoorendonk)

Den wichtigsten Punkt des Gesetzentwurfs zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs lehnt der SSW ab. Wir haben erst im Frühjahr das **Konnexitätsprinzip** in die Landesverfassung aufgenommen. Dann können wir jetzt, im Haushalt 1999, den Kommunen nicht

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

mit der einen Hand 2 Millionen DM - das muß ich einmal sagen - für die Aufgabenübertragung bereitstellen und Ihnen mit der anderen Hand 50 Millionen DM aufgrund der schlechten Haushaltslage des Landes abnehmen. Ich weiß, daß es früher sehr wohl auch so gemacht worden ist. Der SSW appelliert an die Landesregierung, den Vorschlag der kommunalen Landesverbände, das Geld gemeinsam anderweitig zu finden, ernsthaft zu prüfen. Wir appellieren an alle. Das ist auch wirklich so breit gemeint: Wir appellieren an alle,

(Holger Astrup [SPD]: Haben Sie nicht gerade über Populismus gesprochen?)

einen Kompromiß zu finden und Kompromißbereitschaft zu zeigen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Auch mit den vorgeschlagenen Einsparungen beim Regionalprogramm und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hat der SSW große Probleme. Gerade diese Investitionen haben in der Vergangenheit neue Arbeitsplätze geschaffen und dazu beigetragen, bestehende zu erhalten. Wir wehren uns dabei gegen die Behauptung des Wirtschaftsministers, es gehe dem SSW dabei nur um die Gebiete mit eigener Wählerschaft.

Nun ist der Wirtschaftsminister nicht da. Er wurde heute morgen so gelobt. Ich hätte das auch sehr viel gröber ausdrücken können; aber ich habe es einmal freundlich formuliert.

Wir sind seit jeher für eine aktive Regionalpolitik für ganz Schleswig-Holstein eingetreten, die dazu beiträgt, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede besonders zwischen den wohlhabenden Stadtrandgebieten und den ländlichen Regionen zu verringern. Ein wichtiger Bestandteil dieser Regionalpolitik ist das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume. Leider ist es so, daß sich ein großer Teil dieser strukturschwachen Gebiete im nördlichen Landesteil befindet.

In diesem Zusammenhang weise ich noch einmal darauf hin, was das angesehene Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung in seiner Zusammenfassung zur Evaluierung des Regionalprogramms gesagt hat. Es

hat nämlich gesagt, daß die „grundlegenden Probleme der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein noch nicht überwunden sind und daß sich die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung für diese Regionen sogar noch verschlechtern werden. Handlungsbedarf für die Stimulierung der Wirtschaft dürfte daher auch weit über das Jahr 2000 hinaus bestehen.“

Es geht nicht um eine einfache Fortschreibung, sondern darum, wie wir nach dem Jahr 1999 eine eigenständige Regionalpolitik hier im Land weiterentwickeln wollen.

Der SSW hat - das ist hier im Landtag auch einstimmig beschlossen worden - für die Weiterführung des Regionalprogramms mit einer angemessenen Mittelzuweisung geworben. Das wurde letztes Jahr - ich sagte es schon - hier im Landtag einstimmig so beschlossen.

Laut Finanzplan der Landesregierung soll das Regionalprogramm nach 1999 auslaufen und spätestens im Jahr 2001 abgewickelt sein. Solange die Probleme der strukturschwachen Regionen nicht gelöst worden sind, wird der SSW gegen die Abwicklung des Regionalprogramms sein und dafür werben, daß wir ein Konzept für die Weiterentwicklung einer eigenständigen aktiven Regionalpolitik bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Positiv steht der SSW weiterhin den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Landesregierung gegenüber. Auch wenn dieser Bereich im Haushaltsentwurf für 1999 gekürzt worden ist, so wird die aktive Arbeitsmarktpolitik doch ausgebaut und fortgesetzt. Dabei ist das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ ein wichtiger Bestandteil für die Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpolitik des Landes. So wird beispielsweise in dem Strategiepapier der Sozialministerin „Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein“ - so heißt dieses Papier - darauf hingewiesen, daß 40 % aller Förderungen des ASH-Programms für Frauen bewilligt wurden. Vor welchen Problemen wir gerade in diesem Bereich stehen, hat jüngst die Diskussion um die Kinderarmut in Deutschland gezeigt. Ein Großteil der Kinder, die Sozialhilfe beziehen, lebt allein mit ihren Müttern. Deshalb gilt es, diesen Frauen den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dazu trägt das Programm ASH III bei.

Wenn Familienministerin Nolte in der Diskussion um Kinderarmut in Deutschland die Auffassung vertritt, daß Armut nur dort existiere, wo die Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen werde, dann verkennt sie

(Anke Spoorendonk)

nicht nur die Realität, sondern sie mißachtet das Schicksal von vielen Kindern und ihren Eltern, die erwiesenermaßen trotz Sozialhilfe hart am Existenzminimum leben.

Man muß sich leider die Frage stellen, ob die jetzige Bundesregierung angesichts der vielfältigen Probleme überhaupt noch die Dimension der sozialen Probleme in unserem Lande versteht.

Der SSW teilt die Einschätzung der Fachleute, die im Kinderarmutsbericht auf den gesellschaftspolitischen Skandal hinweisen, daß der materielle Spielraum der Familien in den achtziger und neunziger Jahren durch sämtliche Reformen des Einkommensteuersystems eingengt, statt erweitert wurde.

(Konrad Nabel [SPD]: Sogenannte Reformen!)

Der SSW tritt deshalb für ein gerechtes **Steuersystem** ein, das die kleinsten Einkommen real entlastet und die notwendigen schwereren Lasten auf diejenigen legt, die imstande sind, diese Lasten zu tragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Von einem solchen Steuersystem sind wir leider noch weit entfernt. Ich denke, auch dies wird noch zur Sprache kommen, wenn wir uns über die Einkommensentwicklung in diesem Lande unterhalten.

Wie gesagt, von einem solchen Steuersystem sind wir leider noch weit entfernt, und es ist nur zu hoffen, daß der neugewählte Bundestag dort endlich ansetzt. An dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit und an einer effizienten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird der SSW eine neue Bundesregierung messen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen mit dieser ersten Lesung des Haushaltsentwurfs 1999 am Anfang der Haushaltsberatungen. Für uns alle hoffe ich, daß wir im weiteren Verlauf der Beratungen nicht nach dem Vorbild von Waschmaschinen handeln werden, nämlich nur ein Programm zur Zeit zu fahren. So werden wir die Probleme in diesem Lande nicht bewältigen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, zunächst begrüße ich auf der Tribüne Besucher von der Marinewaffenschule aus Eckernförde. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es anderen ergangen ist; ich jedenfalls habe heute morgen die verbalakrobatischen Fähigkeiten der Opposition bewundert, mit denen sie einerseits andeutete, daß es mit ihr mehr für die Polizei, mehr Lehrer, eine Stunde weniger Arbeit für die Beamten,

(Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: Das hat doch niemand gesagt!)

ein Heruntersetzen der Tarife, mehr Investitionen geben würde - ich habe Ihren Text gehabt; ich habe Ihnen ergriffen gelauscht, lieber Herr Oppositionsführer -, und gleichzeitig in Fielmann-Manier „...und hat keinen Pfennig dazubezahlt“ an uns die Frage gerichtet hat, warum wir es denn nicht ein bißchen billiger machen könnten. Das geht nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können nicht alles haben. Das kommt der Quadratur des Kreises nahe. Das wissen Sie, aber es sagt sich so schön dahin, zumal das - Gott sei Dank - auch niemand so richtig nachrechnen kann.

Wenn Sie einerseits einen ordentlichen **Haushalt** haben wollen, der im Gleichgewicht sein soll - das möchten wir ja alle -, dann werden Sie überlegen müssen, wie Sie die einzelnen Positionen, Ihre Ziele, Wünsche und Vorstellungen in ein Gleichgewicht bekommen. Es würde eigentlich reichen, dies alles in Ruhe miteinander zu diskutieren, damit unsere Zuhörer und Zuhörerinnen auch das Gefühl haben, es gehe hier nicht nur um Wahlkampfgetöse. Das bringt uns nämlich kein Stückchen weiter.

Nun muß ich Ihnen eines sagen: Zu diesem Wahlkampfgetöse gehört auch die dauernde Kritik an der **Landesbank**, bei der ich manchmal den Eindruck habe, daß Sie alle - auch diejenigen, die in den Beiräten sitzen - keine Ahnung haben, wo Sie da eigentlich sitzen. Daß Sie dies nicht zur Kenntnis nehmen wollen, nehme ich wiederum zur Kenntnis. Wer nicht will, den kann man nicht zwingen. Daß jetzt aber auch schon Herr Borchert - sozusagen als Mitinhaber der Sparkassen auf der kommunalen Seite - anfängt, langsam aber sicher den Durchblick zu verlieren, ist bedenklich. Das hat einmal ein Oppositionsführer in Bonn getan, und das hat ihn den Posten gekostet. Also, ein bißchen langsamer und ruhiger und einmal nachgucken, ob es denn wirklich stimmt, daß jemand,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

wenn er Zinsen für sein Geld bekommt, dann enteignet worden ist! Das kann doch gar nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie sich einmal die Presseveröffentlichung des heutigen Tages vor und lesen Sie sie in aller Ruhe durch. Es sind zwei Seiten, ganz ordentlich aufgeschrieben. Danach könnten Sie es, wenn Sie es wollten, ein bißchen besser verstehen.

Welches sind die Ziele, die wir mit unserer Haushaltspolitik verfolgen? Wir wollen auf der einen Seite dafür sorgen, daß mehr Arbeit im Lande geschaffen wird. Wenn schon die Bonner keine **Arbeitsmarktpolitik** betreiben, werden wir eben versuchen, dies zu tun, so gut wir es können. Wir wollen, daß junge Menschen eine **Ausbildung** bekommen und eine Perspektive haben, mit der sie sich zu Persönlichkeiten entwickeln können, und wir wollen die **Wirtschaft** stärken, damit wir neue Chancen in der Zukunft haben. Gleichzeitig wollen wir die Umwelt schützen und die hohe Lebensqualität in Schleswig-Holstein erhalten.

Das sind die Aufgaben, von denen die Menschen erwarten, daß wir sie lösen oder daß wir wenigstens eine Antwort geben, wie wir sie schrittweise bewältigen wollen. Wir wollen nämlich, daß die Menschen gern hier sind und nicht wegziehen, daß sie in diesem Land ihre Kinder großziehen wollen und daß sie Spaß und Freude daran haben, sich für das Gemeinwesen zu engagieren.

Auf dem Schleswig-Holstein-Tag in Elmshorn am vergangenen Wochenende - einige von Ihnen waren ja dabei - konnte man doch förmlich spüren, wie gern die Menschen hier sind, wie sehr sie sich für ihr Land engagieren. Es hat viele beeindruckt, wie viele Menschen in den unterschiedlichsten Gruppen, Vereinen und Verbänden für ihre Interessen, zu ihrem eigenen Vergnügen, aber auch zum Wohl des Landes zusätzliche Arbeit auf sich nehmen. Und bei allen denjenigen, die an die Zukunft dieses Landes glauben, bin ich mir nicht ganz sicher - insofern bin ich ein wenig anderer Meinung als die Frau Abgeordnete Spoorendonk -, wie wir denen erklären sollen - ich weiß, daß dies auch bei den Grünen diskutiert wird -, daß wir uns in diesem Land in einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht befinden. Das ist nicht klug. Wir befinden uns nicht in einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht. Wir zahlen für die Sünden, die in Bonn gemacht werden - das ist etwas anderes -, aber nicht hier.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Wir befinden uns nicht in einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht. Ich würde ungern an dieser Stelle die

Notbremse für etwas ziehen, was in Bonn verbockt wird.

(Anhaltender Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder, der ein bißchen Zeit und Lust hat - ich weiß ja, daß Abgeordnete gegenwärtig weniger Zeit haben und zu anderen Dingen Lust haben müssen -, kann feststellen, daß die jüngere Entwicklung Schleswig-Holsteins durchaus zeigt, wieviel **Leistungsfähigkeit** und **Kreativität** in unserem Land stecken. Allein die Broschüre „Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein“ zeigt, wenn man sie durchblättert, daß wir bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, bei der Arbeitslosigkeit und dem Strukturwandel eine Menge erreicht haben, stolz darauf sein können und damit weitermachen können.

Dazu gehört auch die **Ostsee-Kooperation**, die heute morgen von dem Herrn Abgeordneten Kubicki angesprochen worden ist. Nur, lieber Herr Kollege Kubicki, man sollte nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es ist beides Obst!)

Wenn sich der Nationalstaat Schweden entscheidet, etwas für die Ostsee-Kooperation zu tun, und die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch ihren Herrn Bundeskanzler, kaum in der Lage ist, den Norden Europas auf der Landkarte zu finden, dann ist das von uns nicht wiedergutzumachen. Das ist leider Gottes ein Fehler in der Bonner Außenpolitik - nicht bei Kinkel, aber immerhin beim Bundeskanzler, und offensichtlich kann sich Herr Kinkel dort nicht durchsetzen. Das ist bedauerlich, aber wir tun jedenfalls das, was gemacht werden muß, so gut wir es können, damit unsere Partner rund um das Mare Balticum nicht das Gefühl haben, allein gelassen zu werden. Fahren Sie einmal in das Baltikum und reden Sie zum Beispiel mit den Esten. Die haben das Gefühl, wir ließen sie allein. Reden Sie einmal mit den Menschen in Litauen; die haben das Gefühl, die Deutschen ließen sie allein. Das ist weiß Gott nicht etwas, was ich denen einrede; dieses Gefühl haben sie von allein.

Wir haben, was den Umbau der **Wirtschaft** betrifft, durchaus Grund, darauf stolz zu sein. Wenn man in der Europäischen Union hört, wie RISI bei uns eingeschätzt wird, dann könnte man sich fast selber auf die Schulter klopfen, wenn man nicht genau wüßte, daß es andere gewesen sind. Auch der neue gemeinsame **Innovationsfonds** von Schleswig-Holstein und Ham-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

burg unter Mitwirken Privater und der Landesbanken ist ein solcher positiver Stein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß man, wenn man dort anruft - das haben wir heute mittag geprüft -, einen Anrufbeantworter hört. Das ist nicht schön. Wir haben uns sofort darum gekümmert und haben ein Fax geschickt, um nachzufragen: Könnt ihr nicht von dem Anrufbeantworter sagen lassen, wo man jemanden erreicht? Das hielte ich für gescheiter. Das ist ein Fehler; das gebe ich zu. Das müssen die ändern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gab es denn eine Antwort auf das Fax?)

- Noch nicht! Das haben wir ja auch erst heute mittag gemacht. Das muß geändert werden. Der Wirtschaftsminister wird dies bestimmt weiter verfolgen. Aber vom Grundsatz her ist es richtig, Wagniskapital zur Verfügung zu stellen. Ich wäre dankbar, wenn die privaten Banken ein Stückchen dieser Aufgabe übernehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Innovation schafft Arbeit. Diese Erkenntnis haben wir in ein Programm umgesetzt, mit dem wir noch mehr als bisher Mittel in die wichtigen Technologiebereiche Biotechnologie, Mikrosystemtechnik, Medizintechnik, Softwareentwicklung und Mikroelektronik stecken wollen. Bei dem Umschichten - das erforderlich war, um die notwendigen Mittel zu erhalten - ist leider Gottes auch die **Technologiestiftung** Schleswig-Holstein mit herangezogen worden. Das ist unschön, wie ich zugebe, und eigentlich auch nur angesichts der hohen arbeitsplatzstiftenden Fähigkeiten eines solchen Innovationsprogramms zu verantworten, das sich die Fachleute im Wirtschaftsausschuß bestimmt schon haben vorrechnen lassen, und es ist auch nur dann zu verantworten, wenn man sich fest vornimmt, diese Mittel wieder aufzustocken, wie sie ursprünglich für die Technologiestiftung einmal gedacht waren, nämlich die Mittel des Erlöses aus dem Verkauf von HDW.

Ich denke aber, daß die Vorteile dessen, was wir uns vorgenommen haben, die Nachteile überwiegen, weil wir damit Geld für Projekte zur Verfügung haben, die wir heute brauchen, um den Anschluß nicht zu verlieren und unser Land wettbewerbs- und handlungsfähig zu erhalten, wenn es darum geht, international und national die gute Position, die wir einnehmen, aufrechtzuerhalten, den Kindern eine Ausbildungschance zu geben und den Menschen in diesem Lande - Männern wie Frauen - Arbeitsplätze anzubieten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und nun ein paar Überlegungen zu einer soliden schulischen und beruflichen **Ausbildung!** In der Vergangenheit ist es uns gelungen - und das ist nicht nur das Verdienst der Landesregierung, sondern vor allem der in der Wirtschaft Beteiligten -, ausreichend **Lehrstellen** zur Verfügung zu stellen. Dieses „Bündnis für Ausbildung“ haben wir auch in diesem Jahr fortgesetzt. Ich glaube, daß im Bereich der Industrie- und Handelskammern der Trend positiv ist, so daß wir am Jahresende höchstwahrscheinlich eine gute Bilanz vorweisen können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich bedanke mich auch bei den **Tageszeitungen**, die sich engagieren. Ich bitte aber dennoch darum, weitere Anstrengungen zu unternehmen; noch sind offenbar nicht alle Jugendlichen untergebracht. Ich finde es eigentlich nicht richtig, daß sich Zeitungen dieser Aufgabe widmen müssen; das müßten Unternehmer tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat die Unternehmen im Lande bei ihren Bemühungen unterstützt, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk haben wir 1 Million DM mehr als im Vorjahr zur Verfügung gestellt.

Ein anderes Beispiel ist die Initiative „Ausbildung im Verbund e.V.“, die von dem 15-Millionen-DM-Programm der Landesregierung profitiert, mit dem wir in diesem Jahr dazu beitragen, daß kein Jugendlicher in Schleswig-Holstein nach der Schule auf der Straße steht.

Ich weiß, daß die Eltern eine gute **Schulbildung** für ihre Kinder wollen. Das ist auch richtig so, denn sie haben begriffen: Je besser ihre Kinder ausgebildet sind, um so größer sind die Chancen ihrer Kinder. Deswegen ist es für mich verständlich, daß nachgefragt wird: Was tut ihr da? Aber die Verurteilung der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik in Bausch und Bogen, wie Sie sie vornehmen, ist auch den Lehrern und Schulen gegenüber ungerecht, wirklich!

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Wenn ich Ihnen das sage, dann will das wirklich schon eine Menge heißen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

- Herr Klug, wenn Sie das nicht aus dem Bildungsaus- schuß mitbekommen haben, weil Sie vielleicht nicht anwesend waren, dann sage ich es Ihnen jetzt langsam.

Tatsache ist, daß Schleswig-Holstein mit seinen **Bil- dungsausgaben** - gemessen an den Schüler- und Stu- dentenzahlen - im Ländervergleich ausgesprochen gut dasteht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das haben nicht wir errechnet. Ich empfehle Ihnen - man muß ja auch einmal die anderen lesen - den In- formationsdienst des Instituts der Deutschen Wirt- schaft zur Lektüre, nach dem wir mit 9.200 DM Aus- gaben je Schüler an allgemeinbildenden Schulen pro Jahr genauso, nein, sogar etwas höher liegen als bei- spielsweise Bayern, deutlich höher als Baden- Württemberg und deutlich höher als Hessen, höher als alle jene Länder, die mehr Geld haben als wir.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Martin Kayenburg [CDU])

Das heißt, wir haben dort einen Schwerpunkt gelegt, und der ist schwer erarbeitet worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Tatsache ist auch, daß in Schleswig-Holstein unsere Kinder verglichen mit anderen in verhältnismäßig kleinen **Klassen** unterrichtet werden. Ich habe in Bay- ern Wahlkampf gemacht und habe voller Interesse die Forderung der dortigen SPD gehört: Durchschnittliche Klassengrößen von 32 Kindern sind zu viel und müs- sen abgeschafft werden! Ja, habe ich gesagt, das stimmt. Das würde ich sofort und immer unterstrei- chen.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Tatsache ist aber auch, daß wir jede freiwerdende Lehrerstelle wieder besetzen.

Vieles ist an unseren Schulen erreicht worden. Vieles ist aber auch nur deswegen erreicht worden, weil wir außerhalb der Landesregierung Unterstützung finden. Wir haben eine überdurchschnittliche **Ausstattung** mit Computern und Internetanschlüssen an unseren Schu-

len, wir haben eine überdurchschnittliche Betreuung von Kindern nach Unterrichtsschluß - betreute Grund- schule -, und das ist nur machbar gewesen, weil sich Unternehmen und Eltern mit Zeit und Geld sowie Sachmitteln engagiert haben.

Wir werden außerdem versuchen, mit dem **Modell- versuch „Schulassistentz“** dafür zu sorgen, daß hoch- qualifizierte Lehrer mehr Zeit für den Unterricht haben und hochqualifizierte Verwaltungsfachkräfte ihnen die Arbeit abnehmen, die Lehrer nun einmal nicht so gern machen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich behaupte nicht, daß im schleswig-holsteinischen **Bildungssystem** alles prima ist. Es muß jeden von uns alarmieren, wenn Unternehmen und öffentliche Ein- richtungen wie die Polizei bei ihren Einstellungen feststellen, daß viele junge Menschen mit mittlerem Bildungsabschluß nicht richtig schreiben können und andere Mühe haben, sich vernünftig auszudrücken.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

- Aber nicht „hört, hört“! Wir hören weiter. Das sind nicht nur die Lehrer und die Schulen, da gibt es schon ein bißchen mehr, was in unserer Gesellschaft nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Warum können sich Kinder im Unterricht kaum noch konzentrieren? Warum bekommen sie Beruhigungs- tabletten von ihren Eltern? Warum bekommen Kinder Psychopharmaka? - Mit mehr Geld lösen sich solche Probleme überhaupt nicht. Wir brauchen einen besse- ren finanziellen Lastenausgleich zugunsten der Famili- en, wir brauchen noch mehr Möglichkeiten, Beruf und Kinderkriegen miteinander zu vereinbaren,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

und was wir brauchen, ist vor allem eine Familienmi- nisterin, die weiß, daß mit dem statistischen Hin- und Herdefinieren des Armutsbegriffs niemandem, nicht einmal ihr selber, gedient und geholfen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolf- gang Kubicki [F.D.P.]

Was die Haushaltssituation betrifft, so hatte ich heute morgen das Gefühl, Sie meinten uns sagen zu müssen, wie der Haushalt aussieht. Das brauchen Sie nicht, das wissen wir selber. Wir wissen, daß wir

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

nicht alle Konsolidierungsschritte erreicht haben. Und Sie haben bereits vermutet, wir würden wieder die Bundesregierung dafür verantwortlich machen. - Natürlich tun wir das auch, aber so naiv, wie Sie manchmal zu glauben scheinen, sind wir nicht.

Natürlich wissen wir, daß jährlich 180 Milliarden DM an **Transferzahlungen** an die **neuen Länder** getätigt werden müssen und daß das in unseren Haushalt auch dann Löcher reißen würde, wenn die Wirtschaft boomt würde - was sie leider nicht tut.

Wir wissen auch, daß wir, wenn kein einziger mehr arbeitslos wäre, bald angesichts der Gefahren, die aus Rußland oder aufgrund der asiatischen Krise auf uns zukommen, vorsichtig zu sein hätten. Das brauchen Sie uns nicht zu erklären. Aber eine **Steuerreform** und eine Wirtschaftspolitik, die nicht gleichzeitig Beschäftigungspolitik betreiben, sind verzichtbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich einem „dpa“-Artikel des heutigen Tages entnehme, daß Bundesfinanzminister Waigel ab 1999 10 Milliarden DM netto an Steuern senken will, wird mir schlecht.

(Ursula Kähler [SPD]: Ja, das glaube ich!)

Das bedeutet, wir haben 150 Millionen DM weniger Einnahmen im Haushalt, und alle haben ein bißchen was bekommen, aber das ist dann meistens der obere Teil der Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland und nicht der untere.

Wir haben auf der Ausgabenseite eine Menge von Positionen, die wir nicht verändern können. Allein die **Sozialausgaben** sind stark gestiegen, in 1988 in den westlichen Bundesländern von 27 Milliarden DM auf jetzt 43 Milliarden DM, und das, nachdem die Pflegeversicherung herausgerechnet worden ist.

Das bedeutet, wer nur auf die Einnahmenseite starrt - wie das heute morgen Herr Kubicki zusammen mit einem Journalisten gemacht hat, dem man das vorher vielleicht noch erklärt hat -, der hat irgendwo den Haushalt in seiner Balance nicht ganz begriffen.

Wir jedenfalls werden alles tun, um unsere **Wirtschaft** wettbewerbsfähig zu halten. Wir werden auch weiter daran arbeiten, daß die Personalquote sinkt.

Wer allerdings die Monatsberichte der Bundesbank nachliest und darin sieht, daß sich der Personalzuwachs in den vergangenen Jahrzehnten in einem kräftigen Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger niederschlägt, bei dem wundere ich mich, wie er hier locker-flockig sagen kann: „Ja, im Moment ist es besser, wir stellen mehr Beamte ein.“ - Wie denn nun,

was denn nun, Herr Oppositionsführer? Entweder ist eine Sache grundsätzlich richtig oder grundsätzlich falsch. Aber sie kann nicht immer geradeso richtig sein, wie Sie es in Ihrer Rede sagen. Das kann nicht das Kriterium für eine Entscheidung sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie das nicht richtig verstanden! Sie haben die Rede nicht richtig verstanden!)

Wir haben damals **Beamte** auf der Grundlage Ihrer Überlegungen eingestellt: „Das kostet heute weniger als morgen, und morgen sind wir nicht mehr da.“ Wir wissen heute, daß morgen andere da sind, die sich damit auseinanderzusetzen haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt, wir!)

- Ja, die Bonner haben natürlich Reserven angelegt. - Niemand hat Reserven angelegt; wir dürfen auch gar nicht solche Reserven haben. Geld macht sinnlich, und wer solche Reserven in Milliardenhöhe hätte, der wäre schon längst von Abgeordneten umlagert, die gute Vorschläge für die Verwendung des Geldes hätten.

Nein, wir bleiben dabei, daß das Prinzip, mit **Ange-stellten** zu arbeiten, die dazu beitragen, daß das Sozialversicherungssystem gestärkt wird, daß es überhaupt erhalten wird, grundsätzlich richtig ist.

Wir werden auf keinen Fall mit Herrn Geyer, dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, marschieren, der jetzt auch noch die Erzieherinnen im Kindergarten zu Beamtinnen machen will. - Um Himmels willen, was fällt ihm noch alles ein!

Ich halte es da mit einem Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, für den 1995 noch eindeutig war, daß Beamte auf lange Sicht kostspieliger sind als Angestellte. Heute morgen, als er hier vorn sprach, war diese Erkenntnis futsch. In der Landtagsdebatte vom 31. März 1995 führte er aus:

„Es muß durch eine veränderte Einstellungspraxis dieser Tatsache Rechnung getragen werden.“

- Gut gebrüllt Herr Kubicki! So schnell ändern sich die Zeiten und damit auch die Einschätzungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mittlerweile habe ich drei Gutachten abgeglichen, Frau Ministerpräsidentin! Ich habe sie gelesen!)

- Sie haben sie leider nicht gelesen, denn sonst hätten Sie sie heute morgen nicht so falsch zitiert, mein Lieber.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Sie haben mir heute morgen gesagt, daß bei der Modernisierung nichts herausgekommen sei. - Du lieber Gott, Sie haben immer noch nicht begriffen, daß sich, wenn Kopffzahlen steigen und Personalausgaben sinken, dahinter strukturell etwas geändert haben muß, denn sonst könnte das nicht funktionieren. Ich habe heute morgen Ihren Berechnungen zugehört. Das war atemberaubend. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen: Sie dürfen, bitte, nicht Finanzminister werden, weil Sie das Prinzip nicht begreifen. Sie begreifen es einfach nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie rechnen immer in Stellen und Planstellen und nicht in Geld. Damit kriegen Sie einen Haushalt nicht gesteuert. Das kann ich Ihnen wirklich sagen.

Eines ist jedenfalls sicher: Wir haben mit unserem System der **Aufgabenanalyse** und der **Aufgabenkritik**, mit der **Funktionalreform** und mit dem, was wir an Modernisierung gemacht haben - was jedenfalls bei uns gut eingeschlagen ist -, in der Zwischenzeit Schule gemacht. Unsere Projekte werden uns sogar Einnahmen in die Landeskasse bringen, weil die Unternehmensberatungsfirma KPMG in der Zwischenzeit mit uns einen „Know-how-Lizenzvertrag“ geschlossen hat und immer dann, wenn sie unser System anwendet, Geld in unsere Kassen kommt - leider nicht soviel, wie wir brauchen können, aber immerhin, es ist psychologisch eine gute Sache, wenn man merkt, man liegt richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die finanzielle Situation des Landes wird weiterhin schwierig bleiben, wenn sich jedenfalls nicht grundsätzlich eine andere Weichenstellung in der Politik, was den Arbeitsmarkt anbetrifft und was die Motivation derjenigen anbetrifft, die zu unserem Bruttosozialprodukt beitragen, ergeben sollte. Solange das aber so ist, ist nicht alles das, was wir uns wünschen, sofort zu verwirklichen - auch dann nicht, wenn viele durch Demonstrationen darauf hinweisen, daß sofort und jetzt und auf der Stelle etwas für sie passieren muß. Wir werden nach wie vor versuchen, an unserem strikten Sparkurs festzuhalten.

Natürlich freuen wir uns, wenn wir positive Zwischenergebnisse bezüglich der **Einnahmenentwicklung** haben, aber ich glaube noch nicht, daß das aussagekräftig für das ganze Jahr ist. Der Finanzminister hat heute morgen geschildert, womit wir noch zu rechnen haben. Auch der Mechanismus des **Länderfinanzausgleichs** ist leider eine Falle, aus der man nicht herauskommt, egal ob man auf der Geberseite ist - dann ist es eine eher unangenehme Falle - oder ob man auf der

Nehmerseite ist - dann ist es eine eher angenehme Falle.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre rät dringend zur Vorsicht mit allzu optimistischen Prognosen. Die Hoffnung auf ein Sinken der **Arbeitslosigkeit** hat wieder einen deutlichen Dämpfer bekommen; sie sinkt nun einmal nicht unter 4 Millionen, nur weil man das beschwört. Es wird gezählt, und siehe da, es bleibt bei 4 Millionen und mehr - leider.

Was die **Finanzkrisen** in Asien und in Rußland bedeuten, das wissen wir heute alle nicht; jedenfalls kann es zunächst nicht Gutes bedeuten, wenn drei Viertel der indonesischen Bevölkerung an der Armutsgrenze leben und höchstwahrscheinlich vieles von dem, was sie früher bei uns gekauft haben, nicht mehr gekauft oder nicht mehr bezahlt werden kann.

Die Frau Fraktionsvorsitzende der SPD hat heute morgen die Bedingungen genannt, unter denen die SPD bereit wäre, weitere Aufstockungen bei der Anzahl der Lehrer mitzutragen beziehungsweise weiter vorzuschlagen. Solange aber die Zahlen auf Dauer und für das nächste Jahr nicht belastbar sind, solange die Zahlen auch nicht nachhaltig sind, würde ich folgende Reihenfolge vorschlagen, wenn denn wirklich ein bißchen mehr Geld in der Kasse bliebe: Zunächst - das halte ich auch für ein wichtiges Signal in die Wirtschaft hinein - das Aufstocken des Kapitals der **Technologiestiftung** mindestens auf den Betrag, den wir damals durch den Erlös bekommen haben. So jedenfalls hat es das Kabinett beschlossen. Weitere Investitionen für mehr **Arbeits- und Ausbildungsplätze** im Land, obgleich ich heute morgen gern die Passage Ihrer Rede gelesen habe, Herr Oppositionsführer, daß Investitionen in Bildung Investitionen sind. Da waren Sie durchaus bereit, mit den Begriffen etwas lockerer umzugehen - ich nicht,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

weil ich weiß, was das am Ende bedeutet, wenn man entsprechende Kredite aufnimmt. Wir wollen mehr Investitionen für Arbeit- und Ausbildungsplätze machen.

Langfristig - so glaube ich - müssen wir auch **Schulden- und Zinsbelastungen** zurückführen, weil uns sonst unsere Haushalte immer wie eine Garrotte um den Hals hängen werden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Wenn dann noch etwas übrigbleibt, dann schauen wir einmal.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Anmerkung vorangestellt zum Thema **Länderfinanzausgleich**! Herr Finanzminister, ich habe Ihre Einlassung zum Thema Länderfinanzausgleich deshalb mit Interesse verfolgt, weil ich doch zu vernehmen meinte, daß Sie sich einer möglichen Änderung des Länderfinanzausgleichs gegenüber durchaus etwas offener zeigen, als es in der Vergangenheit den Eindruck hatte. Da hatten Sie ja noch gesagt, das komme gar nicht in Betracht; da wollten Sie Gegengutachten erstellen - das kostet ja auch wieder Geld - mit dem Ergebnis, daß Sie es eigentlich abgelehnt haben. Ich begrüße es, wenn die Landesregierung jetzt sagt, sie wolle hier vernünftig, konstruktiv mitdiskutieren; denn wenn wir ein Europa der Regionen wollen, dann müssen wir auch das Verantwortungsbewußtsein, die Verantwortungsbereitschaft der Regionen stärken. In diesem Sinne über Finanzausgleich vernünftig miteinander zu diskutieren, muß unser Interesse sein.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Einen Finanzausgleich zu diskutieren heißt auch, ihn auf den Verantwortungsebenen zu diskutieren. Was heißt EU-Zuständigkeit, wo sind Zuständigkeiten der Bundesländer und der Kommunen? Das heißt, die Föderalismusdebatte muß mit in die Diskussion einbezogen werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Wenn Sie hier mit herangehen wollen, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß wir dabei sind; wir werden einen entsprechenden konstruktiven Beitrag leisten. Aber jede Form von Absage an jede Form von Veränderung wäre genauso schädlich und griffe genauso zu kurz wie etwa eine isolierte Diskussion, die dynamischen Ertragssteuern wie die Umsatzsteuer schlicht dem Bund zuzuordnen.

(Beifall bei der CDU)

Einen zweiten Punkt will ich auch gleich nennen, weil er angesprochen worden ist: Beamte/Angestellte. Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Ihr Finanzminister

hatte heute große Mühe darzustellen, daß ein Schuldenberg von 31 Milliarden DM ein Gewinn für das Land ist - zu Recht. Das bedeutet, wenn der Finanzminister selber intern zugibt, daß jede Angestelltenstelle im Vergleich zu einer **Beamtenstelle** 30 % Mehraufwendungen für das Land bedeutet,

(Konrad Nabel [SPD]: Heute!)

wird er nicht bestreiten, daß diese 30 % an zusätzlichen Mitteln kreditfinanziert sind. Das heißt, Sie zahlen dafür Zinsen. Das macht das Geschäft auf der einen Seite schon unwirtschaftlich.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ja, es ist so. In dieser Zeit knappen Geldes müssen Sie es kreditfinanzieren, Kollege Neugebauer.

Der zweite Punkt ist: Angestellte Lehrer arbeiten auch noch eine Stunde weniger als die beamteten.

(Widerspruch auf der Regierungsbank)

- Ja, die Landesbeamten sollen 39,5 Stunden arbeiten, Landesangestellte 38,5 nach den Tarifverträgen, wenn ich es richtig weiß. Wir würden hier dann also auch noch die Arbeitszeit verkürzen. Es kostete doppeltes Geld. Das war der Hintergrund, weshalb der Oppositionsführer heute gesagt hat, in Zeiten, in denen eine solche Ebbe in den Kassen herrscht, muß mit einem solchen Modellprojekt Pause gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Thema der **mittelfristigen Finanzplanung**. Ich muß das ja relativ gerafft machen, weil die Zeit sehr kurz ist; Kollege Lehnert redet nachher noch zum kommunalen Finanzausgleich.

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1998 bis 2002 ist im Ergebnis nichts anderes als die Abkehr von der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom Mai 1996. Damals hieß es - ich zitiere -: „Dann nehmen wir Sie insgesamt beim Wort“. - Stichwortgeber: Herr Kollege Kubicki, bezogen auf folgende Aussagen in der Regierungserklärung - Zitat! -:

„Die Nettokreditaufnahme wird schrittweise auf 800 Millionen DM zurückgeführt. Unerwartete Mehreinnahmen werden mindestens zu zwei Dritteln zur zusätzlichen Senkung der Neuverschuldung verwendet. Die Personalausgaben wollen wir bis zum Jahr 2000 auf unter 39 % senken.“

Diese von Rot-Grün verordnete Haushaltsdiät sollte die Öffentlichkeit offensichtlich glauben machen, hier werde gespart - frei nach der Devise: Image macht

(Thomas Stritzl)

man am Anfang und nicht am Ende einer Veranstaltung.

Tatsächlich belegt die jetzt vorgelegte mittelfristige Finanzplanung deutlich, daß diese selbstverordnete und verkündete Haushaltsdiät abgesetzt wurde und statt dessen das wohlgenüßliche Verfüttern der letzten Reste aus der Speisekammer angesagt ist. Der rot-grüne Koalitionsvertrag soll durchfinanziert, umgesetzt werden. Zielkoordinate: Landtagswahl 2000.

So wird dann aus dem versprochenen Ziel, die Neuverschuldung im Jahr 2000 auf 800 Millionen DM zu begrenzen, eine Umkehr: 190 Millionen DM sollen jetzt draufgelegt werden. Damit beträgt die **Nettoneuverschuldung** im Jahr 2000 990 Millionen DM, liegt also nur eine wahlkampfaktische Handbreite unter der Milliardengrenze, aber meilenweit von dem Versprechen aus der Regierungserklärung entfernt.

Herr Finanzminister, wir haben ja in den letzten Jahren lernen müssen, daß solche Handbreite von Ihnen ohnehin nicht eingehalten wird, so daß auch im Jahr 2000 die Nettoneuverschuldung natürlich deutlich über die Milliardengrenze klettern wird.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Auch das Versprechen aus der Regierungserklärung, unerwartete **Mehreinnahmen** zu zwei Dritteln zur zusätzlichen Senkung der Neuverschuldung zu verwenden, ist jetzt über Bord geworfen worden. Unerwartete Mehreinnahmen - gemessen an der Regierungserklärung von 1996 - müssen natürlich die von Ihnen angestrebte Milliardensumme aus dem sogenannten Immobiliendeal sowie das Notopfer der Kommunen in Höhe von insgesamt 300 Millionen DM sein. Wer aber nun erwartet, daß dies zur zusätzlichen Senkung der Nettoneuverschuldung verwendet wird, muß sich getäuscht fühlen, denn hiervon findet sich in der mittelfristigen Finanzplanung genau nichts wieder, sondern das Absinken der Nettoneuverschuldung geht einher mit dem Absinken des Niveaus der Investitionsausgaben des Landes Schleswig-Holstein. Das ist das Dramatische: arbeitsplatzsichernde Investitionen in Zukunft dauerhaft unter 10 %! Das ist keine arbeitsplatzschaffende Politik, sondern im Ergebnis das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Eingriff in die Kassen der Gemeinden hat der Finanzminister versucht, deutlich zu machen, wenn es dem Land besonders schlechtgehe, dann müsse man ja einmal Geld abzwacken dürfen. Das nennt er Schicksalsgemeinschaft.

Nun bestreite ich ja nicht, daß es dem Land schlechtgeht. Das haben wir immer gesagt. Sie haben es immer bestritten. Heute haben Sie es zugegeben. Nur, Herr Finanzminister, daß Sie dieses Desaster nun auch gleich noch für die nächsten sechs Jahre prognostizieren, macht uns schon ein bißchen unwirsch. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist der, auch die Therapie, die Sie vorschlagen, die Krankheit dadurch zu bekämpfen, daß Sie einen Dritten anstecken, wäre zumindest eine Welturaufführung in der Medizin, ist doch die Verbreitung der Seuche keine Bekämpfung derselben. Insofern lehnen wir das ebenfalls ab.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen deutlich, wer Partnerschaft so formuliert, wie Sie es tun, und mit seinem Handeln das Gegenteil erzeugt und die Sparbemühungen, die der Innenminister von Städten, Kreisen und Gemeinden immer einfordert, dadurch bestraft, daß er abschöpft, macht eine Politik frei nach dem Motto von Humphrey Bogart: „Ich faß' dir in die Tasche, Kleines.“

Die Personalkostenquote senken Sie auf unter 40 %, so sagen Sie. Wie erreichen Sie das? Indem Sie einfach über den Immobiliendeal die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein gründen, indem Sie beim Schloß Gottorf ausgliedern. Das ist nicht weniger Personal. Das ist das gleiche Personal. Nur Sie nehmen es nicht unter den Posten Personalkostenzuschüsse, sondern wir müssen das nachher über den Mietzins bezahlen, zum Beispiel für die zurtückgemieteten Immobilien.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der Miete ist alles drin!)

Das ist ein Taschenspielertrick. Der spart kein Geld, er schön nur Quoten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich komme nun zum letzten Punkt in aller Kürze, weil der Kollege Lehnert gleich noch ausführlich zum kommunalen Finanzausgleich reden wird. Herr Finanzminister, Sie haben dann ja noch versucht, die Tatsache des Chaos der Regierung zu belegen, indem Sie gesagt haben, sie seien nicht ganz selbst daran schuld, sondern Sie seien auch in dieser Situation, weil die Regierung von der Opposition keine besseren Alternativen vorgelegt bekommen habe. Dazu haben Sie dann auch noch versucht, den Dichter Emanuel Geibel zu zitieren. Ich darf Ihnen sagen, es ist etwas kurz geraten, was Sie dort gesagt haben. Sie haben heute morgen gesagt:

„Das ist die klarste Kritik von der Welt, wenn neben das, was ihm mißfällt, einer was Eigenes, Besseres stellt.“

(Thomas Stritzl)

Herr Minister, gemessen an dem, was wir beide aus den Diskussionen im Finanzausschuß wissen, wissen auch Sie, daß dieses Zitat von Herrn Geibel, um der Wirklichkeit tatsächlich zu entsprechen und der Wahrheit eine Chance zu geben, wie folgt hätte ergänzt werden müssen:

„Und es gelingt - -

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ist das jetzt Stritzl oder Geibel?)

- Das ist jetzt von Geibel. Ich lese noch einmal den ersten Satz vor, Herr Kollege.

„Und das ist die klarste Kritik von der Welt, wenn neben das, was ihm mißfällt, einer was Eigenes, Besseres stellt.“

Und nun die Ergänzung zur Wahrhaftigkeit:

„Und es gelingt, daß die Regierung es dann auch noch zur Kenntnis nimmt. Doch zum Lesen, das weiß jedes Kind, ist jedermann noch selbst bestimmt.“

In diesem Sinne, Herr Minister, möchte ich Ihnen gern die gesammelten Haushaltsanträge der Landtagsfraktion der CDU der Jahre 1995 bis 1998 zur geneigten Lektüre übergeben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist insgesamt fast ein Kilo an Gewicht. Aber auch die Lektüre wird Sie davon überzeugen, daß der Inhalt stimmt. Wenn Sie ein Stück mehr davon aufnehmen, haben Sie ein Stück weniger Probleme.

(Beifall bei der CDU - Thomas Stritzl [CDU] überreicht die Anträge der CDU-Fraktion Finanzminister Claus Möller - Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, ob Herr Stritzl dem Finanzminister nicht leere Seiten übergeben hat, denn nach den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, kann da nicht allzuviel drinstehen.

(Vereinzelter Widerspruch bei der CDU)

Kollegin Heinold hat mich eben darauf aufmerksam gemacht, daß wir es heute mit einer historischen Debatte zu tun haben - Kollege Kubicki, Sie gucken mich so an -, weil es die letzte Haushaltsdebatte sein wird, in der wir die Gelegenheit haben, die Versäumnisse für

eine verfehlte Beschäftigungs- und Steuerpolitik der amtierenden Bundesregierung anzukreiden. Das tut natürlich einerseits sehr weh, andererseits freut es uns ja auch.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo er recht hat, hat er recht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Oktober sprechen wir uns wieder, Kollege Neugebauer!)

Die Ausführungen des Kollegen Stritzl verstärken bei mir den Verdacht, daß wir es hier mit einem geklonten Stritzl zu tun haben.

(Zurufe von der CDU: Was?)

- Mit einem geklonten Stritzl. Denn, meine Damen und Herren, wie anders ist es zu erklären, daß der eine Stritzl beim Zustandekommen der Erklärung der CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom Juni dieses Jahres mitgewirkt hat, in der die Ursachen für die dramatischen Einbrüche auf der Einnahmenseite aller öffentlichen Haushalte und die finanziellen Folgen für alle Bundesländer korrekt beschrieben worden sind, und der andere Stritzl heute das Gegenteil behauptet?

(Martin Kayenburg [CDU]: Da können Sie einmal sehen, wir sind ehrlich!)

Um das noch zuzuspitzen: Der eine Stritzl behauptete noch im Juni, „daß damit als Folge andere Bereiche, insbesondere Investitionen und Leistungen an Kommunen, unter erheblichen Einsparungsdruck geraten sind“. Und der andere Stritzl will davon heute nichts mehr wissen.

(Zuruf von der SPD: Alzheimer!)

An diesem Punkt - so finde ich - wird die ganze Widersprüchlichkeit der Oppositionsstrategie deutlich. Sie wissen um die Ursachen der Finanzkrise auch dieses Landes. Sie kennen die Schwierigkeiten der Gegen- und Umsteuerung. Sie verweigern, wenn es konkret wird, die Unterstützung bei **Sparmaßnahmen**, aber Sie verdrängen heute in der Landtagsdebatte alle Fakten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völliger Quatsch!)

Deswegen, Kollege Stritzl, ist die Kritik am Haushaltsentwurf sowohl von Ihnen als auch von Herrn Kayenburg - das war ja sehr lautstark vorgetragen - inhaltlich - entschuldigen Sie, daß ich das sagen muß - nicht überzeugend.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

(Günter Neugebauer)

Herr Kayenburg, Sie haben ja heute auch auf die Verschuldungslage des Landes hingewiesen und haben dem breiten Raum gewidmet. Ich habe auch mit einem Zwischenruf darauf hingewiesen, daß nach Ihrer Kritik nur Vorschläge für Mehrausgaben im Landeshaushalt eingebracht worden sind.

(Holger Astrup [SPD]: Genauso ist es!)

Sie haben wie immer die Erblast in Höhe von 18 Milliarden DM im Jahr 1988, die finanziellen Folgen der Deutschen Einheit oder auch die Einbrüche bei den Steuereinnahmen, die doch nicht nur uns getroffen haben, völlig ausgeblendet. Sie haben auch den Waigel getroffen. Das wissen wir doch.

Sie haben weiter vorgehalten, die Nettokreditaufnahme würde nicht einmal ausreichen, um die Zinsen zu bezahlen. Herr Waigel nimmt 60 Milliarden DM auf und muß in diesem Jahr 90 Millionen DM Zinsen zahlen. Herr Kayenburg, Sie können doch nicht so tun, als würden wir auf einer Insel der Glückseligkeit leben!

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Wir sind auf makroökonomischer Ebene von den Entwicklungen in Bonn abhängig. Herr Waigel hat die große Schwierigkeit, die Finanzlöcher zu schließen. Er wird auch als der Finanzminister in die Geschichte eingehen, der die meisten Finanzlöcher hinterlassen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Dagegen - so muß ich sagen - ist es doch beispielhaft, was Herr Kollege Möller hier vorgelegt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Von Prozenten haben Sie noch nichts gehört!)

Hätten wir 1999 - und darüber reden wir - die **Steuereinnahmen** gehabt, die 1995 in der mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert worden sind, bräuchten wir 1999 nicht 1 DM an neuen Schulden aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Was wir brauchen, ist mehr Verlässlichkeit auf der Einnahmenseite über ein neues Steuerrecht, über eine neue Politik, von der wir uns in Bonn nach dem 27. September 1998 das erwarten, was es uns ermöglicht, die Zukunftsinvestitionen für dieses Land - zum Beispiel für Bildung - zu finanzieren.

Ich möchte ja nicht verhehlen, daß dieser Haushalt auch Schwächen und Risiken beinhaltet.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Darüber ist ja schon gesprochen worden.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Aber, Kollege Stritzl, Sie müssen es ertragen, daß wir von den Koalitionsfraktionen hier auch die positive Entwicklung beschreiben.

Ich möchte mit der **Nettokreditaufnahme** anfangen. Sie sinkt um immerhin über 100 Millionen DM gegenüber dem laufenden Jahr. Das ist Ihnen noch zuwenig, aber ich habe ja eben darauf hingewiesen, wie es dem Waigel geht. Und wie es in anderen Bundesländern geht, wissen Sie auch.

Auch der Blick auf andere Landeshaushalte würde der Opposition die Haltlosigkeit ihrer Kritik vor Augen führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegenteil!)

Mit 4,4 %, Kollege Kubicki, hat Schleswig-Holstein von allen Ländern die niedrigste Steigerungsrate der Nettokreditaufnahme je Einwohner in den letzten zehn Jahren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Falsch!)

- Das sind offizielle Zahlen, die können Sie gar nicht bestreiten, auch wenn sie Ihnen nicht gefallen.

Die Kreditfinanzierungsquote wird von 8,5 auf 7,6 % gesenkt. Das ist, wie ich nachgelesen habe, die niedrigste Kreditfinanzierung der Ausgaben seit 1970, was die Quote angeht.

Ein weiterer Beweis für die von Ihnen immer bestrittene Spareinstellung der Landesregierung ist doch, daß auch im Jahr 1999 die Nettoausgaben nur um 1,3 % steigen werden. Außer dem Saarland hat kein Bundesland in Deutschland seit 1990 konsequent mit so niedrigen Steigerungsraten auf die Einbrüche bei den Steuereinnahmen reagiert. Ich denke, das sollte man nicht verschweigen.

Die Erfolge der Konsolidierungspolitik in schwieriger Zeit werden dadurch deutlich, daß es uns als Koalitionsfraktionen gemeinsam gelungen ist, die Modernisierung der Verwaltung und die Maßnahmen im Bereich der Behördenstruktur voranzubringen. Das ist doch zunächst beispielhaft für ganz Deutschland gewesen. Man kommt doch nach Schleswig-Holstein und fragt, wie wir das gemacht haben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer?)

Das hat natürlich auch Folgen für die **Finanzkraft**. Sie wissen, daß sich die Finanzkraft des Landes

(Günter Neugebauer)

Schleswig-Holstein seit 1992 mit 90 % zwischenzeitlich auf etwa 100 % im Ländervergleich entwickelt hat. Wir vermuten gemeinsam, daß wir sowohl 1998 als auch 1999 im Länderfinanzausgleich Geberland sein werden.

Auch dies kann nicht bestritten werden: Kein Bundesland in Deutschland hat die Finanzkraft in den letzten neun Jahren so gesteigert wie Schleswig-Holstein mit 12,1 %.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Wir freuen uns, daß die globalen Minderausgaben auf 76 Millionen DM gesenkt werden können, auch wenn wir im Blick auf die nächsten Jahre hoffen, daß es uns gelingen wird, diesen Betrag noch weiter zu senken.

Wir glauben auch, daß das Personalkonzept greift. Wir haben es wenigstens im Entwurf geschafft, die **Personalkostenquote** auf unter 40 % zu drücken. Wir haben 1.086 Stellen netto eingespart, Herr Kollege Hay. Herr Kayenburg, wenn Sie die GMSH mitrechnen, wären es sogar 2.028 Stellen, die eingespart worden sind. Man muß dem Finanzminister an dieser Stelle einmal ein dickes Lob austeilen.

(Beifall bei der SPD)

Die Senkung unter die magische Grenze von 40 % ist gelungen, obwohl die Pensionslasten um 46 Millionen DM und die Beihilfelasten um 22 Millionen DM gestiegen sind.

Besonders erfreulich ist aus unserer Sicht die Entwicklung der Ausbildungsplätze. Obwohl, wie erwähnt, Personalkosten eingespart worden sind - das ist aber auch das Ergebnis der 58er-Regelung -, werden wir 1999 798 jungen Menschen und damit 46 mehr als in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz anbieten können.

Frau Ute Erdsiek-Rave hat es für die Fraktion schon gesagt: Auch 1999 werden wir trotz schwieriger finanzieller Bedingungen auf Reformkurs bleiben können. Gerade die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre, die von Protestdemonstrationen vor diesem Hause begleitet worden sind, haben die Luft für bestimmte Korridore, für Zukunftsinvestitionen geschaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Lassen Sie mich ganz wenige Dinge nennen - in Wiederholung dessen, was hier schon vorgetragen worden ist -: Programm des Wirtschaftsministers „Innovation schafft Arbeit“, Landesinitiative Multimedia. Ich sage noch einmal - auch die Ministerpräsidentin hat eben darauf hingewiesen -: Wir sollten uns gemeinsam

freuen, daß es der Führung der Investitionsbank und eines privaten Risikofondsbetreibers gelungen ist, 100 Millionen DM Risikokapital für technologieorientierte Unternehmensgründungen zur Verfügung zu stellen. Da hilft es niemandem, wenn Sie kritisieren, daß wir nicht mit barem Geld bei der Sache sind.

Ich will weiter die Werftenhilfe hervorheben. In schwieriger Zeit, nämlich im nächsten Jahr, stellen wir 22 Millionen DM zur Verfügung. Dieses Jahr sind es immerhin 40 Millionen DM. Wir bräuchten nicht soviel Geld zur Verfügung zu stellen, wenn sich der Bund seiner Verpflichtung 1995 nicht entzogen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen auch, daß die Landesregierung mehr als 56 Millionen DM - wenn auch gegenüber dem laufenden Jahr leider um 9 Millionen DM gekürzt - für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung stellt.

Wir wollen die Landeszuschüsse für die Jugendhilfekosten der Kreise um 3 Millionen auf 80 Millionen DM anheben.

Meine Damen und Herren, auch das müssen Sie einmal berücksichtigen: Wir müssen wegen der Ergebnisse der verfehlten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung die Landeszuschüsse für die Sozialhilfe um 44 Millionen auf 754 Millionen DM erhöhen.

Über das Unterrichtsangebot wurde schon einiges gesagt. Wir wollen es weiter auf einem hohen Niveau garantieren. Ich finde, auch hier ist die Kritik der Opposition ungerecht. Die Frau Ministerpräsidentin hat in Vorwegnahme dessen, was ich sagen wollte, schon auf die Studie hingewiesen. Das der SPD nicht gerade nahestehende Institut der deutschen Wirtschaft hat nachgewiesen, daß Schleswig-Holstein nach Niedersachsen auf dem zweiten Platz aller Flächenländer steht, was die Kosten der Schülerförderung angeht. Wo andere Bundesländer Stellen gestrichen haben, haben wir in den letzten beiden Jahren 250 neue Stellen für den Unterricht geschaffen. Auch wenn es schon zwei Jahre her ist, darf man es nicht vergessen.

Ich denke, es ist bei allem Verständnis für die Betroffenen zumutbar, wenn Lehrer künftig 15 Minuten pro Woche mehr arbeiten sollen oder an der Arbeitszeitverlängerung nicht gerüttelt wird oder wenn - da muß ich jetzt meine Brille aufsetzen - mit der Neuregelung über die Verwendung von Zeiten nicht erteilten Unterrichts mehr Gerechtigkeit in der **Unterrichtsversorgung** erreicht wird.

(Günter Neugebauer)

Ich will aufgreifen, was Frau Erdsiek-Rave heute morgen gesagt hat. Wir wissen nicht, wie sich die Finanzverhältnisse entwickeln. Aber wenn sie sich positiver als jetzt entwickeln, muß Raum auch für eine zusätzliche Verbesserung des Unterrichtsangebots sein. Vielleicht haben wir dann auch noch Geld für die Erhöhung des Stiftungskapitals und, wie ich hoffe, für Beförderungen.

Damit bin ich bei der **Polizei**. Bei allem Verständnis für entmutigte Polizisten wegen der Nichtbeförderung sage ich: Die Polizisten dürfen nicht vergessen, daß es in den letzten beiden Jahren 2.000 Beförderungen im Polizeidienst gegeben hat und in diesem Jahr 350 Polizistinnen und Polizisten dieses Landes befördert werden.

Das alles, meine Damen und Herren, geht mit einer Verbesserung der EDV und der sonstigen Sachausstattung einher. Mit 21 Millionen DM wird es 1999 die größten Investitionen in der Geschichte des Landes für die Polizei geben.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen die Risiken für den Haushalt und auch für die mittelfristige Finanzplanung nicht ausblenden. Letzten Endes wird entscheidend sein, wie sich die Konjunktur und die Steuereinnahmen entwickeln und wer nach dem 27. September die Regierung stellt. Insbesondere wird es für uns in den nächsten Jahren, besonders im Jahr 1999, darum gehen, den **Sparkurs** fortzusetzen und alles zu versuchen, um die Nettoneuverschuldung weiter abzubauen. Wir wollen die beschlossenen Strukturmaßnahmen fortsetzen. Wir hoffen, daß die Funktionalreform vielleicht noch mit etwas mehr Schubkraft von seiten der Kommunen fortgesetzt werden kann. Wir ermutigen den Finanzminister, den Abbau der Personalkosten weiter fortzusetzen.

Lassen Sie mich zum Abschluß den Patienten Landeshaushalt beurteilen. Er liegt Gott sei Dank - der Finanzminister strahlt - noch nicht auf der Intensivstation. Wir von der SPD haben den Eindruck, der Patient Landeshaushalt ist beim Mediziner Möller in guten Händen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Der ist schon tot!)

Aber trotz guter Heilungsfortschritte müssen wir uns auf eine längere Genesungszeit einstellen.

Eine Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht würde zu schweren Komplikationen führen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Intensivstation!)

Aber ein Regierungswechsel in Bonn würde den Heilungsprozeß beschleunigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: War das eine Drohung?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haushaltsdebatte heißt Grundsatzdebatte; dem will auch ich mich als elfte Rednerin gern anschließen.

Die Landesregierung hat uns eine durchaus realistische Finanzplanung für die nächsten Jahre vorgelegt. Schon das unterscheidet sie deutlich von der Bundesregierung. Das bundesweite Problem der auseinanderklaffenden Einnahmen und Ausgaben wird deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß vom Bund allein in diesem Jahr, im Jahre 1998, mehr an Privatisierungserlösen erzielt wurde als in den Jahren 1982 bis 1996, also als in 14 Jahren insgesamt. Mich selbst hat diese Zahl erstaunt, aber Herr Kubicki hat ja noch Gelegenheit, uns das zu begründen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weil wir Bundesliegenschaften veräußert haben!)

Wer uns von seiten der CDU und der F.D.P. angesichts dieser Tatsache vorwirft, wir würden im Lande eine unseriöse Finanzpolitik betreiben, weil wir 1998 im Wert von 250 Millionen DM Grundstücke verkaufen, macht sich lächerlich. Ich kann Ihnen versichern, daß aus meiner Fraktion niemand darüber begeistert ist, daß wir aufgrund der hohen Fixkosten des Landeshaushaltes und zur Bezahlung von Pensionskosten und Zinslasten die Gebäude des Landes verkaufen müssen. Unverantwortlich hoch wurde vor allem in den siebziger und achtziger Jahren in Schleswig-Holstein ein Schuldenberg aufgetürmt, der in der jährlichen Verschuldung Steigerungsraten von bis zu 23 % erreichte, zum Beispiel 1975. Und da kritisiert die CDU hier und heute, daß wir mit einer Steigerungsrate der Verschuldung von unter 4 % in das nächste Jahr gehen wollen. Dieser Diskussion stellen wir uns, Herr Kayenburg, da haben wir keine Bedenken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen mal die durchschnittliche Verschuldung sehen! Da habe ich auch keine Bedenken!)

Da die CDU auch im Bund seit 1990 die Schulden

(Monika Heinold)

verdoppelt hat, stoßen bei mir Finanzratschläge der Konservativen auf taube Ohren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Deshalb ist es müßig, sich an der CDU oder der F.D.P. abzuarbeiten. Sie haben keine besseren Antworten. Ihre real existierende Finanzpolitik ist ein Desaster.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die rot-grüne Landesregierung geht die Probleme hingegen an, auch wenn es manchmal etwas langsamer als erhofft geht. Auch wenn wir das rot-grüne Ziel, die Nettoneuverschuldung deutlich zu senken, bisher nur planerisch erreicht haben

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Immerhin!)

- nur planerisch, das gestehe ich zu -, so ist es uns zumindest gelungen, auch in den harten Jahren 1996 und 1997 die Verschuldungsgrenze einzuhalten - ein Unterfangen, an dem der Bund gescheitert ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Also lassen Sie es uns besser machen!

Die heute vorgelegten Grunddaten für den Haushalt 1999 sind besser als die Grunddaten des laufenden Jahres. So ist der Spielraum von der zulässigen **Nettokreditaufnahme** bis zur tatsächlichen Nettokreditaufnahme mit 85 Millionen DM deutlich höher als in diesem Jahr.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nur weil Sie 50 Millionen DM mehr aus dem Immobiliendeal eingestellt haben! Das ist unglaublich!)

Sie wissen, daß wir in diesem Jahr wirklich sehr knapp sind, im nächsten Jahr haben wir einen Spielraum.

Erfreulich ist auch, daß die globalen Minderausgaben 1999 mit 70 Millionen DM in einer moderaten Größe veranschlagt worden sind.

Die Steuerschätzung im Mai hat ergeben, daß die **Steuereinnahmen** aller Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren deutlich wachsen werden. Das wird aber nur eintreten, wenn wir von der Steuerreform der CDU verschont bleiben, welche Schleswig-Holstein - das ist heute bereits erwähnt worden - Mindereinnahmen von 450 Millionen DM einbringen würde. Aber auch wenn sich nur eine der optimistischen Prognosen bezüglich Wachstum, Zinsentwicklung oder Rückgang der Arbeitslosigkeit als falsch erweist, werden alle Finanzminister in der Republik erhebliche Probleme bekommen. Bei allen jetzt auftretenden Steuerzuwäch-

sen müssen wir berücksichtigen, daß der Zuwachs - Herr Neugebauer hat das deutlich gemacht - gegenüber früheren Schätzungen der mittelfristigen Finanzplanung noch immer geringer ist als der ursprünglich geschätzte Wert. Hier offenbart sich die Schwäche des von CDU und F.D.P. zusammengebastelten Steuerrechts. Wer Selbständige und Privathaushalte motiviert, Schlupflöcher des Steuerrechts konsequent zu nutzen, muß sich nicht wundern, daß die Steuerzahlungen inzwischen auf ein Mindestmaß gesunken sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch die Reform verhindert!)

Herr Kayenburg, hören Sie zu! Ihr Bundesvorsitzender will Schwarz-Grün. Also aufpassen, was wir wollen, gut aufpassen!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, kurz!

Thomas Stritzl [CDU]: Frau Kollegin Heinold, zum Thema Steuerschlupflöcher! Können Sie bestätigen, daß der Bundesrat mit Zustimmung aller Länder, auch der SPD-geführten Länder, extra für das Saarland die Besteuerung von Sanierungsgewinnen aufgehoben und auf das nächste Jahr verschoben hat, damit Herr Lafontaine 600 Millionen DM mehr bei der Sanierung der Arbed Saarstahl erzielen kann?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Was der alles weiß!)

Herr Stritzl, ich mische mich nicht in die internen Querelen der SPD ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen - Günter Neugebauer [SPD]: Das weisen wir zurück!)

So liegt im Bund die Steuerquote nunmehr zirka 2 % unter dem langjährigen Durchschnitt der achtziger und frühen neunziger Jahre.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen deshalb nach wie vor darauf, daß es nach der Bundestagswahl eine gründliche Umkämpfung des Steuersystems gibt, um den Bürgerinnen und Bürgern endlich wieder Klarheit und Gerechtigkeit zu verschaffen, um dem

(Monika Heinold)

Staat eine kalkulierbare Einnahmehasis zu sichern und um ökologische Lenkungseffekte ins Steuerrecht einzubauen.

Sicher ist, daß wir in Schleswig-Holstein den strikten Sparkurs weiterfahren müssen. Das hat hier heute auch niemand bestritten. Zinsen, Pensionen, aber auch gesetzliche Leistungen haben - das habe ich in den letzten Jahren gelernt - eine ausgesprochene Eigendynamik. Das Vorhaben, wachsende Pensionen für ehemalige Beamte zu bezahlen und gleichzeitig - so ist es ja der Wille der Landesregierung - Vorsorge für immer mehr Angestellte zu treffen, ist volkswirtschaftlich sicherlich richtig.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wie wir diese finanzielle Doppelbelastung in den nächsten Jahren aber tragen sollen, ist zumindest mir noch unklar.

Auch Rückzahlungsverpflichtungen in den Länderfinanzausgleich scheinen uns noch in diesem Jahr bevorzuzustehen, wenn der Finanzminister mit seiner Einschätzung richtig liegt. Da uns auch das eine oder andere Gerichtsurteil schon ins Strudeln gebracht hat, sollten wir zusätzliche Steuereinnahmen erst dann verplanen, wenn sie tatsächlich fließen. Wir verteilen in Bonn das Fell des Bären ja auch erst, wenn wir den Bären erlegt haben.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sollte sich gegen Jahresende herausstellen, daß wir noch Spielraum haben, so gilt es, dann genau zu überlegen, wo das Geld am nötigsten gebraucht wird. Ich beteilige mich dabei heute nicht daran, schon eine Prioritätenliste aufzustellen. Auf jeden Fall kann es nicht danach gehen, wer die meisten Protestbriefe geschrieben hat oder wer die größte Demo organisiert.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Auch wenn die CDU ihren Shuttle-Service ausweiten sollte, den der Bad Bramstedter Ortsverband zur Schulgesetzdemo angeboten hat, werden wir unsere rot-grüne Verantwortung nutzen und politische Schwerpunkte dort setzen, wo wir sie aufgrund unserer Programmatik für notwendig halten. In jedem Fall sind wir finanzpolitisch darauf angewiesen, daß die von der Landesregierung initiierten **Strukturmaßnahmen** greifen und daß uns im Jahre 2000 die dann hoffentlich abgebauten 1.600 Stellen im Haushalt entlasten. Die meisten Menschen in unserem Lande wissen, daß es ein Mehr an Ausgaben nur noch in sehr wenigen aus-

gewählten Bereichen geben kann. Auch ist das Verständnis dafür groß, daß die Verwaltung modernisiert werden muß und daß eine Umstrukturierung auch zu einem Abbau von Personal in der **Landesverwaltung** führt. Viele Menschen erwarten sogar vom Staat, daß er zuerst einmal bei sich selbst spart und sich effizient organisiert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Probleme gibt es verständlicherweise dann, wenn vor Ort Mitarbeiter und Bürgerinnen und Bürger von Arbeitsplatzabbau, von veränderten Strukturen und von der Aufgabe von Standards betroffen sind. So steht die Diskussion um das Amtsgericht genau in diesem Zielkonflikt: Neustrukturierung und Kostenersparnis kontra altgewohnte Strukturen und liebgegewonnene Einrichtungen mit Arbeitsplätzen vor Ort. Alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Bad Bramstedt sind sich einig - die Modernisierungspartei F.D.P. vorweg -, daß das Amtsgericht bleiben soll, obwohl der Justizminister im gleichen Atemzug vorschlägt, die dreistufige Gerichtsbarkeit einzuführen. Schon kündigt Herr Würzbach an, daß eine CDU-Regierung das Amtsgericht in Bad Bramstedt wieder eröffnen wird. Nur Mut! Dann müssen wir ja davon ausgehen, daß die schleswig-holsteinische CDU die begonnenen Strukturreformen im Land wieder gänzlich rückgängig machen wird.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Das ist nicht die Reformfreudigkeit, Herr Stritzl, die wir bei der Verwaltungsstrukturreform brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich! Und der Bundesjustizminister will die Amtsgerichte ganz abschaffen!)

Eines haben wir mit Sicherheit alle gemeinsam: Jede Haushaltsdiskussion bringt auch Entscheidungen mit sich, welche in der eigenen Partei, in der eigenen Fraktion strittig diskutiert werden. So hat die Fraktion der Grünen lange und ausführlich über das neue Finanzausgleichsgesetz diskutiert. Herr Böttcher wird darauf noch eingehen. Gerade für uns Grüne, die wir immer wieder für einen **angemessenen kommunalpolitischen Spielraum** gestritten haben, ist die Kürzung um 50 Millionen DM bitter. Aber man muß den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern auch sagen, daß sie trotz Kürzung immer noch insgesamt ungefähr 70 Millionen DM mehr erhalten als 1998. Das größte Problem für die meisten Kommu-

(Monika Heinold)

nen - das dürfen wir nicht verschweigen - ist, daß sie seit Jahren finanziell durch die hohe Arbeitslosigkeit ausgeblutet sind. Sie tragen mit den Sozialhilfekosten und mit der Schaffung von Beschäftigungsprogrammen die Last der mißratenen Arbeits- und Wirtschaftspolitik der unfähigen Bundesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Gemeinden, die auch größere Anschaffungen aus der Portokasse bezahlen. Es gibt aber auch Gemeinden, welche ihre gesetzlichen Leistungen aufgrund fehlender Gelder nur noch suboptimal - wie es dann so schön heißt - erbringen können. Diese gewachsenen Strukturen müssen hinterfragt werden. Über Sinn, Zweck und Höhe von Festverträgen und Vorwegabzügen im Finanzausgleich muß neu diskutiert werden. Ich fordere alle Parteien hier im Hause auf, über die Verteilung der Gelder im Finanzausgleichsgesetz neu nachzudenken. Gerechtigkeit und Chancengleichheit, aber auch die Transparenz des Systems müssen dabei im Vordergrund stehen.

Auch sollten wir erneut und ausführlich - das haben wir im Finanzausschuß ja schon einmal gestreift - in die Diskussion über die Begriffe investieren und **Investitionen** einsteigen. So wird zwar in Gebäude investiert, die Finanzierung über Leasing bietet aber nicht den klassischen Hintergrund, dies im Haushalt auch so zu bewerten. So wird Schleswig-Holstein allein durch die GMSH im Ranking, also im Ländervergleich, bei der Investitionsquote natürlich weiter sinken; denn Mieten zählen nicht. Baumaßnahmen finden aber trotzdem statt, nur sind sie keine klassischen Investitionen mehr. Das ist ein Problem, das nicht nur uns trifft, sondern viele Länder mehr. Herr Möller hat mit seiner Aussage recht, daß auch dann, wenn die Investitionsquote sinkt, nicht automatisch die Investitionen an sich sinken.

Auch werden wir weiterhin miteinander darüber streiten müssen, wie hoch eine **angemessene Verschuldung** sein darf und welche Projekte auch auf Kredit finanziert werden müssen und werden dürfen. In jedem Fall stehen die Grünen aber zu ihrer Verantwortung für die jetzige Höhe der Neuverschuldung. Ich will die Verantwortung an dieser Stelle nicht wegdefinieren. Weitere Sparmaßnahmen halten wir zur Zeit für kontraproduktiv. Frau Spoorendonk, Ihre Ausführungen dazu waren gut.

Auch nach zehn Jahren, Herr Stritzl, muß man der SPD noch zugestehen, daß die Ausgangssituation 1988 hinsichtlich der Gesamtschulden extrem schlecht war.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist völlig richtig!)

Insgesamt zeigt die Entwicklung in Schleswig-Holstein, daß eine rot-grüne Regierung durchaus solide und effiziente Finanzpolitik zustande bringt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Deshalb trauen wir uns auch zu, in Bonn die Verantwortung zu übernehmen, wohl wissend, daß Ober-schuldenmeister Waigel einen unverantwortbar hohen Schuldenberg hinterläßt, an den sich mit Sicherheit die CDU in der Opposition ein paar Jahre später nicht mehr erinnern können. Wenn die Opposition den Landeshaushalt als Schweizer Käse bezeichnet, muß man wohl vom Bundeshaushalt als Loch mit Rand sprechen.

Die **Schwerpunkte**, die die Landesregierung jetzt gesetzt hat, sind richtig. Arbeitsmarktpolitik bleibt eine zentrale Aufgabe. Bildung behält ihren hohen Stellenwert. Wirtschaft und Umwelt werden zunehmend vernetzt. Beispielhaft dafür ist die Förderung von Ökotechnik und Ökowiirtschaft.

Die heutige Diskussion hat gezeigt, daß die Beratungen spannend werden können. Noch hat die Opposition die Möglichkeit, aus der Debatte über den Haushalt 1999 die Stunde der Opposition zu machen. Try again in December! Versuchen Sie dabei nicht, Polemik und alte Hüte, sondern konstruktive, durchgerechnete Konzepte in die Diskussion einzubringen.

Wir stellen uns jeder Debatte, der Diskussion mit der Opposition genauso wie der Diskussion mit Gewerkschaften, Lehrern und Polizisten. Nur der Dialog bringt uns weiter. Die Bannmeile abzuschaffen - ein Verdienst der SPD -, war richtig. Wer wollte aufgrund der täglichen Diskussionserfahrungen mit den Betroffenen das Gegenteil behaupten?

SPD und Grüne sind nach dem heutigen Tag gefordert, gemeinsam zu einem guten Ergebnis zu kommen. Ich bin da sehr zuversichtlich. Über ein bißchen mehr Esprit von seiten der Opposition würde ich mich freuen. Das belebt die Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Landfrauenvereins Hennstedt und Umgebung.

(Beifall)

Das Wort erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich tue das nur, um dem Kollegen Kubicki einen Gefallen zu tun, damit er sich auch den Demonstranten zeigen kann. So bin ich, immer sehr nett. Für den SSW macht das mein Kollege.

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** für Schleswig-Holstein, die dem Haushaltsentwurf zugrunde liegen, haben sich leicht verbessert; denn nach den bisher vorliegenden Daten für das laufende Jahr 1998 hat sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Die Auftragseingänge sind gestiegen, und die Arbeitslosigkeit ist leicht gefallen. So steht es ja im Entwurf. Dennoch haben wir immer noch die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Krieg. Und es wird trotzdem sogar von höheren Steuereinnahmen für das Land in den nächsten Jahren ausgegangen. Wir wissen natürlich nicht, wie oder ob die aktuelle Rußlandkrise langfristig Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik haben wird. Es ist zu hoffen, daß die Folgen, wie von Experten angenommen, relativ begrenzt bleiben und daß sich somit die Prognosen für die Steuereinnahmen des Landes, wie im Finanzplan für die Jahre 1998 bis 2002 vorgesehen, entwickeln.

Für die nächsten Jahre von 1999 an wird im **Finanzplan** mit einem durchschnittlichen **Wachstum der Steuereinnahmen** des Landes von zirka 4 % gerechnet. Da stellt sich natürlich die berechnete Frage der Bürgerinnen und Bürger, wieso denn weiterhin in allen Bereichen gespart werden muß und wieso das Land darüber hinaus Jahr für Jahr neue **Kredite** in Milliardenhöhe aufnehmen muß. Leider ist es aber so, daß die Altlasten in Form von Zinsen, aber auch durch Pensionsbelastungen den heutigen Haushalt schon mit fast 20 % der gesamten Ausgaben belasten. Beispielsweise wird damit gerechnet, daß die sogenannte Zinsausgabenquote, also der Anteil der Zinsen für frühere Schulden an den gesamten Ausgaben, von heute 12,4 % auf 13,6 % steigen wird. Das heißt, im Jahre 2002 werden wir schon über 2 Milliarden DM nur für die Zinsen ausgeben. Es ist darüber hinaus eine Tatsache, daß der Haushalt des Landes strukturell so belastet ist, daß laut Angaben der Regierung nur knapp 700 Millionen DM oder 4,8 % der gesamten Nettoausgaben des Landes als sogenannte freiwillige Leistungen angesehen werden können. Der überwiegende Rest der Ausgaben verteilt sich auf die Personalkosten und auf durchlaufende Mittel oder auf Komplementärmittel des Landes zur Bindung der Mittel des Bundes oder der Europäischen Union, auf die nur in Ausnahmefällen verzichtet werden kann. Außerdem kann die Landesregierung die Entwicklung vieler Ausgaben

wie beispielsweise die Kosten für Sozialhilfe nur sehr schwer beeinflussen.

Das heißt, trotz des Anstiegens der Steuereinnahmen muß die Landesregierung weiterhin **strukturelle Einsparungen** vornehmen und die **Nettoneuverschuldung** senken. Dennoch reicht das nur aus, um die Nettoneuverschuldung von heute zirka 1,2 Milliarden DM auf 950 Millionen DM herunterzufahren. Ohne die geplanten einmaligen Erlöse aus dem Verkauf der Landesliegenschaften, des Flughafens Fuhlsbüttel und so weiter, also ohne den Verkauf des Tafelsilbers, würde die Lage noch schlechter aussehen.

Der **Rückgang der Investitionsquote** von jetzt 10,3 % bis zum Jahr 2002 auf 8,8 % ist sehr problematisch, muß aber trotzdem differenziert gesehen werden. Ich denke, das hätte vorher eigentlich schon deutlich gemacht werden müssen. Der Finanzminister - das muß ich natürlich hinzufügen - sprach es heute vormittag schon an. Zum einen werden Neubauvorhaben des Landes vermehrt durch Leasing finanziert, und zum anderen kommt es auf die Definition von Investitionen an. Trotzdem kann uns der Rückgang der Investitionsquote in keiner Weise gefallen, denn es hängen natürlich direkt Arbeitsplätze daran.

Angesichts dieser nüchternen Fakten fragen wir uns vom SSW, wo denn, wie mehrfach von CDU und F.D.P. gefordert, weitere Einsparungen greifen sollen, ohne daß die Investitionen weiter sinken und ohne daß man beispielsweise massenhaft das Personal des Landes entlassen müßte. Ich meine ausdrücklich Einsparungen, die wirklich etwas bewirken und die nicht nur eine Art kosmetische Symbolpolitik darstellen. Dabei versucht die Landesregierung schon jetzt, die Personalkosten des Landes durch Budgetierung in den Griff zu bekommen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Es geht hier aber um Menschen, denen gegenüber man auch eine Verantwortung hat.

Dazu kommt, daß die Belastungen durch die Ausgaben für pensionierte Beamte eine wichtige Rolle spielen. Eine Verbeamtungspolitik der Landesangestellten würde deshalb langfristig die strukturellen Probleme des Haushalts nur vergrößern. Lassen Sie uns ehrlich sein: Der Landeshaushalt ist auf Jahre hin versteinert, und der Spielraum der Landespolitik für eigene Gestaltungsmöglichkeiten ist einfach zu klein. Das gilt leider nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für nahezu alle Bundesländer. Daran werden weder die CDU noch die F.D.P. Wesentliches ändern können.

Wir müssen auf der einen Seite einen langen Atem haben, um die Finanzen des Landes auch nur einigermaßen in den Griff zu bekommen. Auf der ande-

(Anke Spoorendonk)

ren Seite müssen sich alle verantwortungsvollen Parteien überlegen, wie wir ab 2005 eine dann anstehende Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden regeln wollen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Richtig!

Denn hier liegt neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Probleme ein wichtiger Schlüssel für die Sanierung der Landesfinanzen. Eine Entflechtung der Kompetenzen und eine Revitalisierung des Föderalismus tut daher not.

Die Vorschläge von Finanzminister Waigel zu diesem Thema lehnen wir ab. Wichtig nämlich ist eine Stärkung der finanziellen Situation der Länder und nicht umgekehrt des Bundes. Es kann nicht angehen, daß sich der Bund auf Kosten der Länder saniert.

Dies gilt natürlich auch im Verhältnis zwischen Land und Kommunen - so muß ich hinzufügen. Bei allem Verständnis für die angespannte Haushaltslage des Landes ist der geplante **Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich** von 50 Millionen DM pro Jahr für den SSW schwer hinnehmbar. Ich sprach dies auch vorhin schon an. Es mag sein, daß die kommunalen Haushalte in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den Kommunen in anderen Bundesländern nicht so hoch verschuldet sind. Doch keinem von uns kann entgangen sein, daß auch in unserem Land viele Kreise und Kommunen kaum noch finanzielle Handlungsspielräume aufweisen.

So weist der Landkreistag darauf hin, daß die Kreise nach einer jahrelangen Konsolidierungspolitik und einem rigorosen Sparkurs am Ende ihrer Handlungsmöglichkeiten angelangt sind. Trotzdem werden die Kreise im Haushaltsjahr 1998 und 1999 eine negative Finanzspitze ausweisen. Schon 1999 werden nicht mehr alle Kreishaushalte ausgeglichen werden können.

Auch das Argument, die Kommunen in Schleswig-Holstein müßten einen größeren Teil an den Kosten der deutschen Einheit übernehmen, gilt insoweit nicht, als daß es in dieser Frage eine klare Absprache zwischen dem Land und den Kommunen gibt. Demnach sollen die Kommunen in Schleswig-Holstein 40 % der auf Schleswig-Holstein entfallenden Kosten für die deutsche Einheit tragen. Die Zahlen, die uns vorliegen, zeigen, daß dieser Anteil erbracht ist. Ich will auf diese Zahlen in der Ausschußberatung gern noch einmal näher eingehen.

Die **Kommunen** sind die Keimzellen unserer Demokratie - so sagen wir immer - und sollten sowohl kompetenzmäßig als auch auf der Einnahmeseite gestärkt

werden, damit sie den Bürgerinnen und Bürgern die gewünschten Leistungen erbringen können. Leider haben wir seit Jahren eine gegenteilige Entwicklung.

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein hatten wir im ganzen Land nur knapp 60 % Wahlbeteiligung; in manchen Städten sogar nur 50 %. Ein Grund dafür liegt auch in dem Gefühl der Wählerinnen und Wähler, daß die kommunalen Gebietskörperschaften kaum etwas zu entscheiden haben und über zu wenig Geld verfügen.

Der SSW vertritt die Auffassung, daß die Landesregierung mit der sogenannten Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen vorsichtig umgehen sollte. Deshalb nochmals unser Appell an die Landesregierung, an uns alle, sich mit den kommunalen Landesverbänden wieder zusammzusetzen, um zu versuchen, in dieser Frage eine einvernehmliche Lösung zu finden. Das Angebot der Kommunen, andere Sparmaßnahmen im strukturellen Bereich gemeinsam mit dem Land zu erarbeiten, muß ernstgenommen werden. Ich möchte hinzufügen, daß die Verhandlungen im Sonderausschuß „Verfassungsreform“ über das Konnexitätsprinzip aus unserer Sicht sehr konstruktiv gelaufen sind und wir gelernt haben, aufeinander zuzugehen. Deshalb ein Appell, dieses Problem gemeinsam mit den Kommunen zu lösen!

Den übrigen Änderungsvorschlägen zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs steht der SSW positiv gegenüber. Wir begrüßen, daß der Zuschuß an den Landesverband der Musikschulen durch Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 370.000 DM aufgestockt wird.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder
[SPD])

Damit wird das durch die Ausgliederung entstandene Ungleichgewicht zwischen der Förderung von Musikschulen in freier Trägerschaft und kommunalen Musikschulen ausgeglichen.

Ich möchte hinzufügen, daß dieser Vorwegabzug aus unserer Sicht Sinn macht, um auch auf kommunaler Ebene sozusagen eine Chancengleichheit herbeizuführen. Ich weiß, daß wir in anderem Zusammenhang über eine zukunftsweisende Finanzierung der Beförderung von dänischen Schülern gesprochen haben. Auch da ist über den kommunalen Finanzausgleich geredet worden. Das wurde von allen Parteien in der Kommissionsarbeit des Grenzlandbeauftragten unterstützt. Wie gesagt: Wir sind nicht gegen diese Art von Vorwegabzug. Wir meinen aber, daß die Landesregierung andere Wege beschreiten sollte, als den

(Anke Spoorendonk)

Kommunen mit diesem Vorwegabzug 50 Millionen DM zu streichen.

Auch die Änderung im Vorwegabzug des kommunalen Finanzausgleichs in der Sozialhilfe - um das noch einmal aufzugreifen - zugunsten der besonders belasteten Städte und Gemeinden findet unsere Zustimmung, da das auf den ersten Blick eine gerechtere Verteilung der Kosten zusichert. Natürlich werden wir die gesamten finanziellen Auswirkungen der Gesetzesänderung des kommunalen Finanzausgleichs noch einmal im Ausschuß vertieft analysieren. Von daher steht diese Diskussion erst am Anfang.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von der Landesregierung geplante **Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich** ist der Versuch, Kreisen, Städten und Gemeinden die Verantwortung für das finanzpolitische Versagen der Regierung aufzubürden.

(Beifall der Abgeordneten Eva Peters [CDU])

300 Millionen DM sollen den Kommunen zwischen 1999 und 2004 vorenthalten werden. Folglich geht es hier nicht nur um eine einfache Änderung, sondern um einen direkten Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird den Menschen in Schleswig-Holstein erneut schmerzlich vor Augen geführt, daß die Finanzpolitik dieser Landesregierung verheerende Folgen für sie hat. Dabei offenbart die immer schamlosere Art, mit der nun auch die kommunalen Gebietskörperschaften zur Ader gelassen werden, daß die Landesregierung mit ihrem Latein am Ende ist.

In den vergangenen Jahren wurde bereits umfangreich Landesvermögen zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern benutzt. Nun schicken Sie sich auch noch an, Kreisen, Städten und Gemeinden, die sich dagegen kaum wehren können, Gelder wegzunehmen, die der kommunalen Familie zustehen.

(Beifall bei der CDU)

In breiter Übereinstimmung protestieren darum alle kommunalen Landesverbände gegen Ihre Pläne und gegen Ihre Politik. So schrieb Ihnen etwa der Gemeindegast folgenden treffenden Satz ins Stammbuch: „Die

kommunalen Kassen sind nicht die Reservekassen des Landes.“ Weiter heißt es dort:

„Das Land hat in den letzten Jahren durch kostenträchtige Gesetze die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert ... Demgegenüber wurden die von den Kommunen geforderten Entlastungen verweigert. So wurde Landespolitik auf kommunale Kosten betrieben.“

(Beifall bei der CDU)

Auch der Städteverband wies zu Recht darauf hin, daß den Kommunen finanzielle Lasten nicht aufgebürdet werden dürften, „die aufgrund politischer Fehlentscheidungen des Landes entstanden sind“.

Der Landkreistag schließlich stuft Ihre Pläne gar als verfassungswidrig ein und kündigt daher an, daß sich „unsere Mitgliedskreise und auch der Schleswig-Holsteinische Landkreistag auf breiter Front diesen Bestrebungen des Landes widersetzen werden“.

Nachdem Sie unsere Appelle und Vorschläge seit Jahre arrogant von sich gewiesen haben, nachdem Sie beispielsweise auch die immer eindringlicheren Mahnungen des Landesrechnungshofs jahrelang beharrlich ignoriert haben, erhalten Sie nun auch von allen **kommunalen Landesverbänden** eine vernichtende **Kritik** Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Geben Sie doch endlich zu, daß Ihnen die Kontrolle über die Landeskasse völlig entglitten ist. Gestehen Sie Ihr Scheitern ein, und ziehen Sie endlich die dringend notwendigen Konsequenzen!

(Holger Astrup [SPD]: Dolle Rede!)

Besonders kritisch wird Ihr Vorhaben aufgenommen - ich deutete es bereits an -, von 1999 bis 2004 jedes Jahr 50 Millionen DM zugunsten des Landeshaushalts aus dem Finanzausgleich zu entnehmen.

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir schon dreimal gehört!)

Gerade im Hinblick auf die **Funktionalreform**, deren Notwendigkeit Sie doch gar nicht bestreiten können, muß dieser Vertrauensbruch schwere Folgen haben. Tatsächlich hat der Gemeindegast bereits angekündigt, an diesbezüglichen Gesprächen in der nächsten Zeit nicht mehr teilnehmen zu wollen. Allerdings war ohnehin schon länger ungewiß, ob die Landesregierung wenigstens diesen Teil ihrer Hausaufgaben wirklich erledigen wollte, nachdem der Chef der Staatskanzlei bereits Anfang Juli in einem Schreiben

(Peter Lehnert)

seinen Rückzug aus der entsprechenden Lenkungsgruppe angekündigt hatte.

Fragwürdig erscheint Ihr Verlangen nach jährlich 50 Millionen DM ebenso vor dem Hintergrund, daß Sie in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende **Steuereinnahmen** zurückgreifen konnten.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die Kommunen doch auch!)

Was haben Sie mit dem vielen Geld gemacht? Sie haben es - wie der Volksmund sagt - „verfrühstückt“.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Haben Sie die Liste da?)

Statt durch längst überfällige Reformen in der schleswig-holsteinischen Verwaltungsstruktur und durch Senkung der viel zu hohen Neuverschuldung endlich zu sparen,

(Holger Astrup [SPD]: Das sind doch alles Sprechblasen, Herr Kollege!)

haben Sie wertvolle Zeit untätig verstreichen lassen. Das können auch Sie, Herr Astrup, nicht bestreiten.

(Holger Astrup [SPD]: Es sind trotzdem Sprechblasen!)

Der Gemeindetag hat daher recht mit seiner Feststellung, daß - wörtliches Zitat - „die hohe Verschuldung des Landes das Ergebnis der Politik dieser Landesregierung“ ist.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Sehr beeindruckend!)

Für das Jahr 1999 sind schon wieder Steuermehreinnahmen in Höhe von nahezu 450 Millionen DM veranschlagt. Trotzdem wollen Sie den Kommunen im selben Jahr zusätzlich 50 Millionen DM wegnehmen. Wem wollen Sie das eigentlich noch plausibel erklären?

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Die kriegen doch 3,8 % mehr!)

Im Gegensatz zu Ihnen haben sich die **kommunalen Gebietskörperschaften** in den vergangenen Jahren um eine **kostenbewußte und sparsame Haushaltspolitik** bemüht. Hierzu wurden sie nicht zuletzt vom Innenministerium angehalten. Jetzt setzt die Landesregierung nicht nur die vielerorts erreichten Fortschritte aufs Spiel, es klingt vielmehr wie Hohn, wenn gerade die vor Ort erzielten Erfolge als Begründung für die Begehrlichkeit des Landes herangezogen werden.

(Beifall bei der CDU)

So wird das verantwortungsvolle und langjährige Engagement vieler tausend ehrenamtlicher Kommunalpolitiker in Schleswig-Holstein mit Füßen getreten!

(Holger Astrup [SPD]: Oh Gott!)

Außerdem stellt man bei genauem Hinsehen fest, daß die finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene vielfach schon heute nicht besonders erfreulich ist. Trotz der genannten Sparbemühungen hat sich die Verschuldung von Kreisen, Städten und Gemeinden in den vergangenen zehn Jahren - also seit 1988 - um etwa 40 % und damit im Verhältnis zu den alten Bundesländern weit überdurchschnittlich erhöht. Der Landkreistag befürchtet schon heute, daß im Jahre 1999 alle Kreishaushalte nicht mehr ausgeglichen werden können.

Ihre 50 Millionen DM „Notopfer Rot-Grün“ werden die kommunalen Gebietskörperschaften weiter in Bedrängnis bringen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Lehnert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Neugebauer?

Peter Lehnert [CDU]:

Nein; in Anbetracht der mir nur noch verbleibenden kurzen Redezeit würde ich gegebenenfalls in einem Drei-Minuten-Beitrag noch einmal darauf eingehen oder die Gelegenheit nutzen, die Frage am Rande der Plenartagung mit dem Kollegen Neugebauer zu klären.

(Holger Astrup [SPD]: So wichtig ist das nun auch wieder nicht, was Sie da sagen!)

Die „Schicksalsgemeinschaft“ des Finanzausgleichs, die erst 1995 zwischen Land und Kommunen vereinbart worden war, wird jetzt schon wieder von der Landesregierung einseitig aufgekündigt. Rot-grüne Landespolitik ist nicht berechenbar und auch noch unseriös. Der Gemeindetag hat daher zu Recht eingewandt, daß es nicht angehen könne, daß diese **Schicksalsgemeinschaft** beliebig durch das Land begründet oder wieder aufgehoben werden könne, je nachdem, welche Lösung das Land für die günstigere Lösung halte.

Vor diesem Hintergrund der Gründung der oben beschriebenen Schicksalsgemeinschaft wurde das Konnexitätsprinzip einvernehmlich in die Landesverfassung aufgenommen. Damit sollen die Kommunen vor weiteren Aufgabenverlagerungen durch das Land ohne entsprechende finanzielle Ausgleichszahlungen

(Peter Lehnert)

geschützt werden. Bekanntlich ist nunmehr beabsichtigt, für die bisher erreichte Kommunalisierung von Landesaufgaben einen Ausgleich in Höhe von ungefähr 1,9 Millionen DM zu zahlen. Dieser im Rahmen der Konnexität geleistete Kostenausgleich des Landes gerät zur Farce, wenn den Kommunen gleichzeitig 50 Millionen DM - also mehr als das 25fache des vorher genannten Betrages - jährlich aus dem kommunalen Finanzausgleich wieder entzogen werden.

Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs ist also mit schwersten Mängeln behaftet. Auch wenn sich die Landesregierung allmählich offenbar daran zu gewöhnen scheint, dem Parlament solche Gesetzentwürfe vorzulegen, kann das vorgeschlagene 50-Millionen-DM-Notopfer Rot-Grün nur abgelehnt werden. Die CDU steht auch in dieser ernststen Frage ohne Wenn und Aber

(Holger Astrup [SPD]: An der Seite der Kommunen!)

an der Seite der Kreise, Städte und Gemeinden Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Wir sind stolz auf Sie, Herr Lehnert!)

Wir setzen uns entschieden dagegen zur Wehr, daß Sie jetzt versuchen, das finanzpolitische Versagen der Landesregierung auf die kommunale Ebene abzuwälzen. Zugleich wird offensichtlich, daß Rot-Grün in der Finanzpolitik vor dem Aus steht und die Bankrotterklärung nur noch mit Hilfe finanzpolitischer Tricks vermieden werden kann.

Die weiteren Einzelpunkte des Gesetzentwurfs sollten wir in den zuständigen Fachausschüssen eingehend beraten. Ich sage Ihnen dafür die kritisch-konstruktive Mitarbeit der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht sollte ich doch zur Kenntnisnahme der geschätzten Kollegen der CDU-Fraktion

(Holger Astrup [SPD]: Nicht übertreiben!)

deutlich machen, wie die **Entwicklung der Finanzausgleichsmasse** von 1992 bis 1998 verlaufen ist. Im Jahre 1992 waren es 1,593 Milliarden DM, im Jahre 1998 sind es 1,814 Milliarden DM. Auch im nächsten Jahr wird es keine Verminderung der Finanzausgleichsmasse geben, sondern eine Steigerung.

(Widerspruch bei der CDU)

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU)

sieht man einmal von der heftig umstrittenen Kürzung der Finanzausgleichsmasse ab - Herr Lehnert! - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete Kähler! Frau Abgeordnete Kähler hat das Wort. Ich bitte doch darum, lautstarke Diskussionen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Ursula Kähler [SPD]:

Ich kann auch lauter werden, aber ich wollte das nicht so gern, weil ich meine Stimme noch schonen möchte.

Sieht man also einmal von der heftig umstrittenen Kürzung der Finanzausgleichsmasse um 50 Millionen DM bis zum Jahr 2004 ab, so ist der vorgelegte Gesetzentwurf zum einen - was die Umverteilung angeht - behutsam und haushaltsverträglich gestaltet, und zum anderen nimmt der Entwurf bereits einige Anregungen der kommunalen Landesverbände auf. Die Berechnung der Finanzausgleichsmasse soll hinsichtlich der Verbundgrundlagen und des Verbundsatzes unverändert bleiben. Dies halten wir für ein sehr deutliches positives Signal.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Musikschulen in kommunaler Trägerschaft nach den gleichen Grundsätzen zu fördern wie die Musikschulen in freier Trägerschaft und - meine Vorrednerin hat ja darauf noch einmal besonders verwiesen - die Aufnahme der Förderung des Büchereiwesens mit einem Festbetrag von 11,52 Millionen DM in den kommunalen Finanzausgleich bei einer Steigerung bis zu 3 % jährlich sowie die Zuführung von 410.000 DM wegen der Übertragung der Aufgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Der Ausgleichsbedarf bei den Sozialhilfekosten in verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten im Verhältnis zur Durchschnittsbelastung und das entsprechende Ausgleichsvolumen sind mit rund 20 Millionen DM veranschlagt. Auch dies ist ja eine Forderung der kommunalen Landesverbände, die seit einiger Zeit erhoben wird.

Der Entwurf enthält Elemente zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und bietet den Spielraum zur Erprobung neuer Formen der Verwaltungs-

(Ursula Kähler)

organisation bei den Sonderbedarfszuweisungen durch das Innenministerium.

Die Finanzierung von Altlastensanierung und mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen künftig über den **Kommunalen Investitionsfonds** mit zinsgünstigen Darlehen zu ermöglichen, ist im Hinblick auf die zu tätigen Investitionen in den Kommunen nur zu begrüßen, Herr Minister! Die Entscheidung, den Zinssatz für zwei Jahre von 4,5 % auf 3,5 % zu senken, findet die volle Zustimmung der SPD-Fraktion.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Auch daß Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Form von Baukostenzuschüssen für den bereits begonnenen Ausbau der Landesfeuerwehrschule bereitgestellt werden, ist nicht nur sachlich gerechtfertigt, sondern - wie wir auch finden - dringend erforderlich, insbesondere für die Ausbildungskapazitäten für unsere Feuerwehrleute in den Kommunen.

Ich komme nun zu den 50 Millionen DM. Herr Lehnert, man kann sich lange darüber streiten, aber auch Sie müssen zur Kenntnis nehmen - das sage ich dann auch in Richtung des Deutschen Gemeindetages -, daß es ein Urteil vom Mai 1998 in Nordrhein-Westfalen gibt, in dem die Kommunen hinsichtlich der Entnahme der **Finanzausgleichsmasse** durch die dortige Landesregierung nicht recht bekommen haben.

Ich möchte an dieser Stelle nicht aus den vielen Landtagsprotokollen zitieren, die in regelmäßigen Abständen bis 1987 Zeugnis dafür sind, wie der kommunalen Familie wirklich in die Tasche gegriffen wurde. Das möge bitte jeder selber nachlesen. Herr Lehnert, vor diesem Hintergrund führen Sie hier eine völlig undifferenzierte Debatte.

Fakt ist, daß die Landesfinanzen auf eine zeitlich begrenzte „Entwicklungshilfe“ angewiesen sind. Fakt ist auch, daß es - insbesondere bedingt durch die sozialen Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften - ein **Ungleichgewicht** zwischen verschiedenen Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden gibt, das es auszugleichen gilt und das in dem Entwurf auch ausgeglichen wird.

Fakt ist auch, daß das Land nicht - was auch möglich gewesen wäre - den **Verbundsatz** zu seinen Gunsten verändert hat und daß den Kommunen aufgrund der Rechtsregelung auch im Jahre 1999 - sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition - nicht weniger, sondern mehr an Finanzausgleichsmasse zur Verfügung steht.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Feststellung, daß es den Kommunen im Vergleich zum Land finanziell relativ gut geht, wird nicht einmal von Wissenschaftlern bestritten. Gleichwohl möchte ich diese Aussage nicht als Rechtfertigungsgrund für die beabsichtigte zeitlich begrenzte **Kürzung der Finanzausgleichsmasse** benutzen. Meine Fraktion bittet vielmehr im Wissen um diesen Tatbestand die kommunale Familie um ihre zeitlich eingegrenzte und einzugrenzende Hilfe. Im Gegenzug wird sich die SPD-Fraktion - genau wie die Landesregierung - verpflichten, gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden an der Umsetzung der so oft beschworenen Standardabsenkung oder modellhaft möglicherweise sogar auch Standardaussetzung zu beteiligen und die **Funktionalreform** voranzutreiben. Hier - das sage ich einmal deutlich - ist nicht nur das Innenministerium gefragt, sondern das geht alle Ministerien an.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Kurzum, der Zehn-Punkte-Katalog aus der gemeinsamen Stellungnahme der kommunalen Landesverbände zum FAG vom 2. Juli dieses Jahres muß zügig in Angriff genommen werden, und hier wende ich mich an alle Fraktionen, sehr geehrte Frau Heinold! Ich bitte sie, mit uns gemeinsam umzusetzen, was möglich ist, so daß wir ressort- und fraktionsübergreifend zu Ergebnissen kommen, die bereits im Abschlußbericht der Enquetekommission „Entbürokratisierung“ als Forderung an Parlament und Regierung formuliert wurden.

Was spricht zum Beispiel dagegen, einzelne Kommunen auf Antrag für einen vorübergehenden Zeitraum von der Einhaltung landesgesetzlicher und von der Fachaufsicht generell gegebene Verwaltungsvorschriften und von Standards zu befreien, wenn die grundsätzliche Erfüllung des Gesetzesauftrages sichergestellt ist?

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es ist auch die **Jugendhilfe** angesprochen worden. Durch intensive Gespräche zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung sind wir auf einem guten Weg, der unbefriedigenden Situation bei der Jugendhilfe entgegenzutreten.

Daß nach gemeinsamen Lösungen für einen neuen **Verteilungsmaßstab** gesucht wird, begrüßt die SPD-Fraktion ebenso ausdrücklich wie die für 1999 zusätzlich zur Verfügung gestellten 3 Millionen DM. Das kommt auch den Forderungen der kommunalen

(Ursula Kähler)

Landesverbände entgegen. Nicht nur die Revisionsklausel im Jugendförderungsgesetz für das Jahr 1998 macht eine Neuregelung erforderlich. Allein die Tatsache, daß der Kreis Rendsburg-Eckernförde vor Gericht keinen Erfolg erzielt hat, gegen die bisherigen Regelungen zum Kostenausgleich für Hilfen zur Erziehung vorzugehen, entbindet uns alle nicht, dafür Sorge zu tragen, eine möglichst gerechte Lösung durch das Land anzustreben.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Der Einsatz der Mittel muß flexibler gestaltet und der Verwaltungsaufwand gesenkt werden. In diesem Zusammenhang fordere ich das Fachministerium auf, Frau Ministerin, zeitgleich mit der Verabschiedung des Haushalts eine Verordnung vorzulegen, die in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden für genau die Lösung sorgt, die ich eben eingefordert habe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Fachausschuß und in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden sollten wir darüber hinaus auch über Vorstellungen diskutieren, welche **Initiativen** das Land auf Bundesebene einleiten sollte, um unter anderem endlich zu einer **Neuordnung des Gemeindefinanzsystems** zu kommen. Der Bund sollte sich endlich an den Sozialhilfekosten beteiligen und den nachgeordneten Gebietskörperschaften mehr Spielraum bei der Steuererhebung geben.

Ich sage Ihnen heute schon, Herr Lehnert, spätestens zwei Monate nachdem die derzeitige Bonner Koalition in der Opposition sitzen wird, wird sie den Antrag stellen, der Bund möge sich endlich an den Sozialhilfekosten beteiligen. Davon bin ich überzeugt. Genauso hat die CDU schon nach zwei Monaten Oppositionsbank im Jahre 1988 die Beteiligung an Kindergartenbaumaßnahmen, also Zuschüsse für den Kindergartenbau, und eine Finanzbeteiligung bei der Elektrifizierung der Bahnstrecken gefordert - was allein schon ein Witz war, da Sie 40 Jahre Zeit hatten, das im Vorwege zu regeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lehnert, ich hoffe Sie verlieren nicht den Überblick.

(Holger Astrup [SPD]: Das setzt voraus, daß er ihn hatte, Herr Kollege!)

Ich hoffe, Sie verlieren nicht den Überblick darüber, an wessen Seite Sie überall stehen. Aber es ist manchmal einfacher, von seiten der Opposition zu einem Thema Stellung zu nehmen, als wenn man die Verantwortung für das trägt, was tatsächlich notwendig ist.

(Peter Lehnert [CDU]: Versuchen Sie doch einmal sachlich zu bleiben!)

Die geplante Einnahme von jährlich 50 Millionen DM bis zum Jahre 2004 - das hat auch schon Ihr Beitrag gezeigt - beherrscht die Debatte über die **Änderung des Finanzausgleichs**. Dafür habe ich durchaus Verständnis.

Es wäre schön, das Land könnte auf diese Gelder verzichten. Aber ehrlicherweise muß man auch sagen, das geht nur, wenn die Steuereinnahmen unerwartet steigen, und es geht gar nicht, wenn die Liegenschaftsübertragung nicht umgesetzt werden kann - einmal ganz abgesehen von anderen Begehrlichkeiten, die es zum Beispiel auch im Bereich der Polizei, im Bereich der Schulen und so weiter gibt. Vielleicht finden wir ja eine Lösung, und Sie haben Vorschläge, wie wir das alles finanzieren können und einen ausgeglicheneren Haushalt haben.

Verschweigen sollte man allerdings nicht - das ist auch erfreulich -, daß der Zuwachs der **Finanzausgleichsmasse** dazu führt, daß den Kommunen 1999 trotz der 50 Millionen DM Abzug zirka 68 Millionen DM mehr über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stehen werden, abgesehen von den 3 Millionen DM, die über das Jugendförderungsgesetz noch einmal an Kreise und kreisfreie Städte ausgezahlt werden sollen.

Innerhalb des Finanzausgleichs sind eine Reihe von **Verschiebungen** geplant, die wir unterschiedlich bewerten. Positiv ist aus unserer Sicht die Förderung des Büchereiwesens und die Neuregelung bei den Musikschulen. Im Ansatz positiv ist auch die Abschmelzung der sozialhilferlevanten Festbeträge, die ein Ausgleich für Veränderungen bei den Sozialhilfeeinstellungen waren, aber auf Dauer der tatsächlichen Entwicklung hinterhergelaufen sind. Ein Ausgleich, der sich an den tatsächlichen Entwicklungen orientiert, ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

wobei sich mir allerdings die Frage stellt, ob der Abbau von 50 % der Festbeträge innerhalb von zehn Jahren das ausreichende Tempo ist.

(Matthias Böttcher)

Meines Erachtens sollte man in der Diskussion auch den Vorschlag der Gemeinde Trappenkamp aufgreifen und prüfen, ob nicht ähnliche **Ausgleichssysteme** innerhalb der Kreise geschaffen werden sollten,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

weil die Sozialhilfebelastungen innerhalb eines Kreises doch auch zwischen den **Kommunen** sehr unterschiedlich sein können und man durchaus auch überlegen kann, wie man die Frage von Sozialhilfebelastung interkommunal regeln kann.

Für besonders positiv halte ich auch die Neuregelungen beim **Kreisfonds**. Damit wird die kommunale Selbstverwaltung gestärkt, die selbst über dessen Höhe entscheiden kann und nicht gezwungen ist, die Summe einfach auszugeben, weil sie gesetzlich einfach dazu veranlaßt ist, und in dem einen oder anderen Fall auch den einen oder anderen Unsinn mit bezuschussen muß.

Für nicht ganz so positiv halte ich die **Erhöhung des Vorwegabzuges für Straßenbaulasten**; denn es ist für mich kaum begründbar, warum gerade Straßenbaulasten ein besonders auszugleichendes Problem sind. Kostensteigerungen und regionale Belastungsunterschiede gibt es zum Beispiel auch im Bereich der sozialen Infrastruktur, der Altlastensanierung und des ÖPNV. Eine Abschaffung des Vorwegabzuges und eine entsprechende Erhöhung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen sollten meines Erachtens auch geprüft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was uns in diesem Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes fehlt, ist eine Regelung für die Mietkosten der Frauenhäuser. Es macht wenig Sinn, Sach- und Personalkosten pauschal über den Finanzausgleich zu regeln, für die Mietkosten aber bei der Einzelfallabrechnung zu bleiben. Ich glaube, wir werden das noch weiter diskutieren.

Die im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehenen **Änderungen des Jugendförderungsgesetzes** bieten aus meiner Sicht die Chance, die seit 1993 bestehende Situation endlich zu regeln. Unter der Berücksichtigung der Haushaltslage ist die Erhöhung der Landesbeteiligung um 3 Millionen DM angemessen, auch wenn damit von der 34-%-Quote Abschied genommen wird. Die Forderung, diese Quote zu erfüllen, macht sich im Wahlkreis zwar gut. Aber wer kann es bezahlen?

Mit der Regelung, eine verbindlichere Jugendhilfeplanung vorzunehmen, wird die Grundlage für eine Beurteilung der Jugendhilfe und für die notwendige

Weiterentwicklung geschaffen, die auf den realen Verhältnissen im Land aufbaut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich halte dies für nötig, weil das Land ohne eine Jugendhilfeplanung seiner Aufgabe, für eine gleichmäßige Versorgung und Weiterentwicklung zu sorgen, sowohl fachlich als auch finanziell nicht nachkommen kann.

Im Gegensatz zu Frau Kähler, die angesprochen hatte, die Ministerin solle dafür sorgen, daß zwischen Ministerium und kommunalen Verbänden ein Vorschlag für eine Verordnung erarbeitet wird, kann ich an dieser Stelle nur noch einmal meine Bitte an den Städtetag und an den Landkreistag wiederholen, daß sie sich - wie versprochen - erst einmal selber über einen Verteilungsmodus einigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie soll sich nämlich diese Landesregierung mit den beiden kommunalen Verbänden einigen, wenn die sich selber noch nicht einmal einig sind?

(Holger Astrup [SPD]: Das eine schließt das andere nicht aus! - Ursula Kähler [SPD]: Das widerspricht sich nicht!)

Sonst müssen wir selber entscheiden. - Ja, ich wollte nur einmal so deutlich sagen, daß auch diese Aufforderung an die kommunale Seite besteht.

Ein besonderes Thema - das hat Frau Heinold schon angesprochen; ich bin ja auch für den Justizbereich zuständig - ist der Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes, der die **Schließung des Amtsgerichtes Bad Bramstedt** beinhaltet. Ich halte diese Maßnahme für vertretbar, weil sie finanziell nötig ist und - das ist für mich genauso wichtig - die bürgernahe Rechtspflege nicht gefährdet. Teilweisen Verschlechterungen für die Bad Bramstedter stehen Verbesserungen für die Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger und auch für die anderen Bürgerinnen und Bürger gegenüber, für die der Amtsgerichtsbezirk Bad Bramstedt zuständig ist. Sie gehören zukünftig in die Zuständigkeit eines Amtsgerichtes und müssen nicht mehr je nach Sachlage zu jeweils einem anderen Amtsgericht fahren - zum Beispiel von Brad Bramstedt nach Bad Segeberg, wenn es um Familiensachen geht.

Angesichts der Vorgeschichte um das Amtsgericht bin ich allerdings der Auffassung, daß die Betroffenen einen Anspruch auf klare Entscheidungen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

(Matthias Böttcher)

Die Geschichte geht ja bis in CDU-Regierungszeiten zurück: Schließung oder Nichtschließung, beschlossen und wieder gekippt.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist seit 1983 Thema! Das stimmt!)

Für meine Fraktion möchte ich jetzt für diese Klarheit sorgen. Wir tragen den Vorschlag der Landesregierung mit. Ich gehe davon aus, daß dies alle Fraktionen im Landtag gemeinsam beschließen werden;

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

denn bisher habe ich noch nichts Gegenteiliges gehört. Das wäre zwar keine gute Nachricht für Bad Bramstedt, aber die Betroffenen hätten dann endlich einmal Klarheit, und die Sache würde abgeschlossen. Die Betroffenen wüßten dann, woran sie sind und wie es in Zukunft weitergeht. Eine weitere Verschiebung und ein weiteres Hin und Her halte ich für die Betroffenen einfach für nicht vertretbar. Ich wäre dankbar, wenn Sie das denn heute auch noch einmal klären könnten, falls Sie gegenteiliger Auffassung sein sollten. Das kann man den Leuten dann auch mitteilen, und dann wissen Sie, was im nächsten Jahr passieren wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das weitere werden wir in den Ausschußberatungen diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Nein. - Dann liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Beratung. Ich lasse zunächst über die Tagesordnungspunkte 10 und 31 abstimmen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/1590, und den Finanzplan, Drucksache 14/1628, federführend dem Finanzausschuß und mitberatend allen übrigen Ausschüssen zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich lasse über Tagesordnungspunkt 12 abstimmen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 14/1643 federführend dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wird Mitberatung gewünscht?

(Ursula Kähler [SPD]: Finanzausschuß!)

- Finanzausschuß mitberatend! - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1574

Zur Begründung erteile ich Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 1. Januar 1998 ist der für das Bund/Länder-Haushaltsrecht maßgebliche Rahmen des **Haushaltsgrundsatzgesetzes** modernisiert worden. Diese Gesetzesänderung hat insbesondere folgende Ziele: Bei allen Flexibilisierungsbestrebungen muß das parlamentarische Budgetrecht weiterhin gewahrt werden; das Haushaltsrecht von Bund und Ländern soll einheitlich fortentwickelt werden; die Flexibilität der öffentlichen Haushalte muß erhöht werden; die Eigenverantwortung der Mittelbewirtschaftung ist zu stärken, und die Kosten öffentlicher Dienstleistungen sollen transparent dargestellt werden; die Einführung einer leistungsbezogenen Planaufstellung und -bewirtschaftung ist zu ermöglichen; eine doppelte Buchführung soll zusätzlich eingesetzt werden können.

Die letzten beiden Punkte sind aufgrund einer Initiative der Landesregierung - gemeinsam mit Hessen -

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

über ein Vermittlungsausschußverfahren in die Novelle eingebracht und durchgesetzt worden. Das war schwierig. Damit wurde auch ein einstimmiger Landtagsbeschluß vom 7. November 1997, der die Einführung dieser modernen Steuerungsinstrumente unterstützt, umgesetzt. - Es bewegt sich manchmal etwas im Vermittlungsausschuß.

Das Änderungsgesetz verpflichtet Bund und Länder, bis spätestens 1. Januar 2001 ihr Haushaltsrecht nach den Grundsätzen dieser Regelung zu gestalten.

Der von der Landesregierung jetzt vorgelegte Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung der LHO Schleswig-**

(Minister Claus Möller)

Holstein erfüllt diese Verpflichtung bereits zum 1. Januar 1999 - zwei Jahre vor Plan.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein wird damit zu den ersten Ländern gehören, die alle durch das Haushaltsgrundsätzegesetz vorgegebenen Optionen vollständig nutzen werden.

Als wesentliche Punkte des vorgelegten Gesetzentwurfes möchte ich noch einmal folgendes hervorheben. § 7 LHO: Die Einführung einer **Kosten- und Leistungsrechnung**. Da diesem Informations-, Steuerungs- und Kontrollinstrument im Rahmen der erhöhten Bewirtschaftungsfreiheit eine erhebliche Bedeutung zukommt, halten wir grundsätzlich alle Verwaltungsbereiche für den Einsatz der Kosten- und Leistungsrechnung für geeignet.

Deshalb hat die Landesregierung Grundlagen und Umsetzungskonzepte erarbeitet, nach denen die flächendeckende Einführung einer KLR in der Landesverwaltung bis Ende 2003 umgesetzt sein soll. Eine entsprechende Software ist bereits ausgewählt und wird erprobt. Ich möchte mich ausdrücklich beim Finanzausschuß für die intensive, aber konstruktive Diskussion bedanken, die es ermöglicht hat, daß wir gemeinsam mit Hamburg das Ausschreibungsverfahren auf den Weg bringen konnten.

Ich komme auf § 7 a LHO zu sprechen: Möglichkeit der **Einführung einer leistungsbezogenen Haushaltsaufstellung und -bewirtschaftung**. Mit dieser neuen Form wird erstmalig eine Mittelzuteilung beschrieben, die anstelle der bisherigen input-beziehungsweise ausgabenorientierten Steuerung eine auf Produkte bezogene outputorientierte Steuerung vorsieht.

Die dezentrale Ressourcenverantwortung ermöglicht zudem, die zur Erzielung von mehr Effizienz unerlässliche Zusammenführung von Fach- und Finanzverantwortung.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dieses neue System wird seine effizienzsteigernde Wirkung nur dann entfalten können, wenn geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente zur Verfügung stehen, mit denen insbesondere sichergestellt wird, daß das jeweils verfügbare Ausgabevolumen nicht überschritten wird. Damit wird auch entscheidend zur Wahrung des Budgetrechtes des Parlaments beigetragen.

Dies ist nach meiner Auffassung ein wichtiger Punkt. Es wird eine völlig neue Situation für den Finanzminister gegenüber den Ressorts sein, eine neue Situation

des Landtags gegenüber Finanzminister und Ressorts und auch eine neue Situation für den Rechnungshof.

Ich würde mich freuen, wenn die Diskussion und der Dialog zwischen allen, die daran beteiligt sind, recht bald wieder aufgenommen würde. Ich bin der Meinung, es sollte ein gemeinsamer Dialog zwischen Rechnungshof, Exekutive und Landtag sein,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bis wir auf einen Nenner kommen, denn wir müssen uns alle etwas bewegen und umstellen. Wir wollen das möglichst im Konsens erreichen. Dazu bin ich selbstverständlich bereit.

Die meisten Möglichkeiten der **Flexibilisierung**, die jetzt eingeräumt sind, sind gesetzlich. Wir haben sie ja bereits über § 10 a LHO als sogenannte Experimentierklausel gehabt. Die Schaffung moderner Steuerungsinstrumente, die einen zentralen Bestandteil unserer Politik der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung darstellen, wird mit diesem Gesetz ein entscheidendes Stück vorangebracht. Der Teufel liegt noch im Detail. Erfolg und Qualität der von der öffentlichen Hand erbrachten Leistungen werden sich in Zukunft besser bemessen lassen. Deshalb möchte ich auch betonen, daß diese Neuorientierung des staatlichen Haushaltsrechts auf Dauer auch zu einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beitragen muß und wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Döring.

Uwe Döring [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst die gute Nachricht: Ich werde nicht zehn Minuten reden.

(Holger Astrup [SPD]: Schade!)

Die schlechte Nachricht: Es werden wahrscheinlich doch fünf Minuten sein.

Ich weiß, daß es schwierig ist, am Ende eines solchen Tages überhaupt noch so ein Thema behandeln zu wollen, nachdem wir mit vielen Emotionen gerade über den Haushalt des nächsten Jahres diskutiert haben und jetzt zu einer Materie wie der **Änderung der Landeshaushaltsordnung** kommen - eine ver-

(Uwe Döring)

gleichsweise sehr trockene und sperrige Materie. Man sieht ja auch, daß nicht einmal alle finanzpolitischen Sprecher bei diesem Tagesordnungspunkt zuhören können.

(Widerspruch des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ich habe gesagt, nicht alle, Herr Kollege Neugebauer! Daß Sie selbstverständlich wie immer im Plenum sitzen, ist uns allen bekannt, und das begrüßen wir auch.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ja, deswegen habe ich es auch noch einmal gesagt. Wir sprechen im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt nicht über die Inhalte, sondern über die Instrumente des Haushaltes. Im wesentlichen - der Finanzminister sagte es bereits - wird hier auch noch das umgesetzt, was das **Haushaltsgrundsatzgesetz** bereits vorgesehen hat. Allerdings sind die Länder dazu erst zum 1. Januar 2001 verpflichtet. Deswegen kann ich für die Fraktion der SPD sagen - wenn der Finanzminister das Lob hören will, dann müßte er jetzt zuhören -:

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

- Ich möchte gerade die Landesregierung loben, denn wir begrüßen es

(Zurufe: Oh!)

- bitte? -, daß dies bereits so frühzeitig und nicht erst im Jahre 2001 geschieht. Das hat auch ein entsprechendes Lob verdient,

(Beifall bei der SPD)

denn dadurch können auch die Modernisierungsvorhaben des Landes schneller weitergehen. Das ist gut so. In vielen Punkten liegt Schleswig-Holstein im Landesvergleich wirklich vorn.

Wir haben bereits gehört, daß zumindest einige Punkte wie Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling auf Initiativen der Länder Schleswig-Holstein und Hessen im Bundesrat zurückgehen. Das ist insofern ein Erfolg der Landesregierung, aber auch des Hauses, denn wir haben es gemeinsam verabschiedet.

Ich möchte auf die Einzelheiten des Gesetzentwurfes, den der Finanzminister im wesentlichen vorgestellt hat, nicht eingehen. Diese Änderungen sind weitgehend unstrittig und würden es gar nicht nötig machen, daß man hierzu noch einen gesonderten ausführlichen Tagesordnungspunkt hat.

Der Grund, warum wir hierüber diskutieren sollten, ist ein anderer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden durch diese Änderungen der Landeshaushaltsordnung sozusagen den Instrumentenkasten des Haushaltes erweitern. Aber wir müssen uns auch gleichzeitig über den Gebrauch dieser Instrumente einigen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Holger Astrup [SPD])

Wir sollten hier auch - Herr Finanzminister, ich darf das als Abgeordneter einmal insgesamt sagen - deutlich die Interessen des Parlaments nennen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Es gibt in der Tat einen ganz natürlichen **Interessengegensatz** zwischen **Parlament** und der **Exekutive**, die eine weitgehende Handlungsfreiheit und möglichst wenig Beschränkungen bei der Umsetzung politischer Ziele und der Ausführung des Haushaltes haben möchte. Dies ist aus ihrer Sicht auch verständlich. Das will ich ihr gar nicht vorwerfen. Doch die Aufgabe des Parlaments ist es, sein Budgetrecht zu sichern und die Ausführungen des Haushaltes zu kontrollieren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig! - Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir haben in den vergangenen Jahren eine Reihe von **Modellprojekten** nach § 10 a Landeshaushaltsordnung genehmigt. Dies waren allerdings im wesentlichen Flexibilisierungs- und Globalisierungsprojekte. Das zeigen auch die vorliegenden Controllingberichte. Hier beginnen eigentlich die Probleme, denn lediglich mehr Deckungsfähigkeit und mehr Übertragbarkeit, ohne daß wir Ziele und Kennzahlen definieren, können auch dazu führen, daß wir weniger Transparenz und mehr Beliebigkeit im Haushalt finden. Dieses kann aus Sicht des ganzen Parlamentes allenfalls vorübergehend akzeptiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hier deutlich zu Protokoll geben: Verfassungsrechtlich gibt es im Haushaltsrecht keinen Weg am Legitimationszusammenhang, am Parlament vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind hier mehr als haushaltsrechtlicher Notar. Wir müssen gemeinsame Antworten auf die Fragen finden, wie eine leistungsbezogene Planaufstellung und -bewirtschaftung eigentlich aussieht. In welchen Bereichen kann ich Kennzahlen bilden? Wie sehen diese wiederum aus? Wie sehen zum Beispiel Ziel-

(Uwe Döring)

vereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen aus? Wie werden wir daran als Landtag beteiligt?

(Lothar Hay [SPD]: Universitätsklinika!)

In welchem Umfang lassen wir Rücklagenbildung zu, wenn die Haushaltssituation so angespannt ist, wie wir sie gerade diskutiert haben? Wie messe ich bei diesen Rücklagen oder bei Mittelübertragungen eigentlich den Managementenerfolg, denn das wollen wir ja letztlich belohnen und nicht die Tatsache, daß von einer Ausgabenermächtigung nicht in vollem Umfang Gebrauch gemacht worden ist.

Das gleiche gilt für die **Kosten- und Leistungsrechnung**. Hier muß ich auch definieren, wie tief ich das eigentlich gliedere, welche Produkte und Kostenträger ich verwaltungsintern aber auch im politischen Bereich vorsehe.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit diesen Fragen eigentlich nur zeigen und auch zu Protokoll geben, daß wir, Landtag und Landesregierung, noch am Anfang einer umfassenden **Modernisierung des Haushaltsrechtes** stehen. Dies weiterzuführen, geht auch nur in einem gemeinsamen Dialog zwischen Regierung und Parlament. Ich freue mich, daß Sie dies, Herr Finanzminister, gerade eben angeboten haben.

Auch sollten wir bei der Änderung der Landeshaushaltsordnung im Finanzausschuß gemeinsam einmal darüber nachdenken, was wir bei dieser Gelegenheit noch ändern könnten. Ich denke zum Beispiel im Moment an die Probleme, die wir im unterschiedlichen Zuwendungsrecht zwischen Landeshaushaltsordnung und EU haben. Auch dort könnte man in der Landeshaushaltsordnung direkt etwas ändern.

Zusammengefaßt möchte ich sagen: Wir begrüßen die Änderungen, aber es gibt noch sehr viel zu tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Abgeordneten Steincke das Wort.

Berndt Steincke [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung legt uns heute einen Entwurf zur **Änderung der Landeshaushaltsordnung** vor. Das ist gut so, denn wir alle wollen eine moderne, flexible und leistungsfähige Verwaltung.

Wir stimmen mit der Regierung überein, daß wir keine Zeit zu verlieren haben. Man verspricht sich von den neuen Steuerungsinstrumenten eine Fortsetzung der

Flexibilisierung des staatlichen Haushaltswesens und einen sparsamen und effizienten Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Wir stimmen im Grundsatz überein, daß dies ein richtiger Weg ist, obwohl in Teilbereichen bereits das alte Haushaltsrecht in Form der Kameralistik mehr Flexibilität vorsah, als wir es in den vergangenen Jahren ausgeschöpft haben.

Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß wir mit den **neuen Instrumenten** und den späteren Entscheidungen sparsam umzugehen haben. Das gilt insbesondere für die Kosten- und Leistungsrechnung, weil dort ein hoher Verwaltungsaufwand die Folge ist. Eine generelle Einführung in alle Verwaltungsbereiche wäre aus meiner Sicht nicht zu verantworten. Neue Steuerungsmodelle setzen auf Dialog und Moderation und sind deshalb besonders personalintensiv.

Wir waren im Land Schleswig-Holstein vor etlichen Jahren mit den Zielen der **Modernisierung** unserer Verwaltung Vorreiter. Jetzt haben uns aber - das müssen wir eingestehen - viele überholt. Etliche Kommunen sind weiter als wir. Andere Bundesländer, zum Beispiel Berlin, sind viel weiter als das Land Schleswig-Holstein.

Was die kommunale Seite angeht, so ist zuzugeben, daß die Steuerungsinstrumente auf örtlicher Ebene leichter anzuwenden sind, dort insbesondere im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben, weniger im Bereich der Weisungsaufgaben.

Wichtig ist für uns in der Fraktion die Frage: Welche Reihenfolge der neuen Instrumente ist richtig? Zuerst muß unseres Erachtens die Frage gestellt werden, wofür, das heißt für welche Produkte, das Geld ausgegeben werden soll. Das setzt aber eine Kosten- und Leistungsrechnung voraus. Erst dann kann mit der Budgetierung und mit Hilfe des Controlling der weitere Weg beschritten werden.

Die Stadt Lübeck hat das zum Beispiel für ihre Hafentriebe bereits getan. Dort wurden Ziele vereinbart. Anschließend wurde ein Budget mitgegeben. Jetzt liegen erste Berichte darüber vor, mit denen man arbeiten und weitere Entscheidungen treffen kann.

Ich vermute aber, daß angesichts der angespannten Haushaltssituation bei uns mit der **Budgetierung** begonnen wird. Die kritische Frage lautet dann automatisch: Budgetierung - wofür? Für eine Aufgabe, die sich nach einer Kosten- und Leistungsrechnung später als unwirtschaftlich herausstellen wird?

Ein weiteres Wort zur Budgetierung. Sie soll innerhalb der Kameralistik mehr Spielraum schaffen, setzt allerdings seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

(Berndt Steincke)

ter der Verwaltung ein hohes Maß an Mitverantwortung voraus, dieses Instrument im Sinne des Gesetzgebers zu nutzen.

Wir werden als Abgeordnete genau darauf achten müssen, daß Mittel im Verwaltungsablauf nicht zweckfremdet verwendet werden und damit aus unserer parlamentarischen Kontrolle geraten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das wird schwieriger als mit der jetzigen Kameralistik.

Für die Opposition wird es noch schwieriger als für die Regierungsparteien sein, hier ihr Kontrollrecht auszuüben.

Ein Wort zum **Controlling**. Das Wort Controlling soll inhaltlich mehr Begleitung zur Erreichung des Ziels bedeuten, aber natürlich auch ein Stück Kontrolle, daß unsere von der Politik vorgegebenen Ziele nicht aus dem Ruder laufen. Auch hierfür brauchen wir fachkundige und vor allem leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die motivieren können, Mut machen und einen Schuß Pädagogik mitbringen. Selbst ein Stück Belohnung gehört zur Motivation. Stellen Sie sich bloß einmal vor, daß wir die Verwaltung beauftragen, sich selbst zu verschlanken, sich selbst zu rationalisieren.

Aber auch für uns Parlamentarier ist das Controlling ein Problem. Inwieweit werden wir noch am laufenden Verwaltungsprozeß beteiligt? Schaffen wir es überhaupt kräftemäßig, diesen Prozeß mitzusteuern? Niemand hat bisher geeignete Instrumente in die Praxis umgesetzt. Auch in den anderen Bundesländern probiert man noch.

Werden wir nun mit umfangreichen Berichten in kurzen Intervallen hier im Parlament zugeschüttet? Oder kommen die Berichte über den Haushaltsvollzug erst am Jahresende und dann viel zu spät? Hier müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen.

Einige Worte zur **Kosten- und Leistungsrechnung!** Dieser Bereich ist der aufwendigste. Wenn wir ihn überdrehen, kostet es Zeit und Personal. Deshalb ist dieses Instrument besonders punktgenau einzusetzen. So hat es in der Praxis wenig genützt, festzustellen, was ein Personalausweis an Verwaltungsaufwand kostet, wenn man ihn trotzdem ausstellen muß.

Kosten- und Leistungsrechnungen werden unser Personal stark belasten, und das in einer Zeit, in der wir den Verwaltungsapparat noch schlank halten wollen. Schon vor der beabsichtigten Einsetzung einer Kosten- und Leistungsrechnung muß jedes Projekt unseres Erachtens vorweg in bezug auf Aufwand und erwarteten Nutzen ausgelotet werden. Auch die Wirtschaft setzt solche Instrumente nur punktuell ein. Wir müssen

uns davor hüten, nur modern sein zu wollen. Das Ergebnis muß meßbar sein. Es muß positiv sein. Es müssen Zahlen und Fakten zur Untermauerung vorliegen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns hoffentlich einig, Herr Minister, daß die neuen **Instrumente** allein einen Wandel zu mehr **Effektivität** nicht bewirken können. Sie gehören zu den vielen Dingen, die wir gemeinsam machen müssen. Auch das Denken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehört dazu. Diese müssen davon überzeugt sein, daß auch die öffentliche **Verwaltung** alles zu tun hat, um wirtschaftlich und sparsam zu arbeiten. Sie muß sogar kreativer Motor für eine schlanke, leistungsfähige Verwaltung sein, ohne von der Angst bestimmt zu werden, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Die allgemeinen Finanzprobleme, ausgelöst durch hohe Personalkosten und hohe Zins- und Tilgungslasten, bleiben unverändert bestehen. Deshalb sind die neuen Steuerungsmodelle kein Allheilmittel für die Sicherung der Staatsfinanzen. Sie sind allenfalls ein Beitrag.

(Beifall bei der CDU)

Schon viele Jahre hat unser Bundesland das Bild einer modernen öffentlichen Verwaltung gezeichnet. Ich denke, das war zu früh. Es mangelt zum Beispiel in vielen Bereichen noch an einer umfassenden, leistungsfähigen **EDV-Ausstattung** und an einer zukunftsweisenden Vernetzung, auch hier im Hause.

Auch gerät der **Datenschutz** häufig in eine Bremsrolle. Ich schlage deshalb vor, daß er eine zusätzliche Aufgabe erhält: Begleitung der Verwaltungsreform. Wenn ihm diese neue Aufgabe nicht übertragen wird, fürchte ich, daß kein konstruktiver Beitrag geleistet wird. Darum bitte ich, darüber in den Ausschüssen einmal nachzudenken.

Der Einwand im Rathaus meiner Heimatstadt, der PC des Bürgermeisters müsse vom Fenster abgewandt sein, damit Nachbarn nicht mit dem Fernrohr Daten ausspähen können, beweist für mich, wie wir durch übertriebenen Datenschutz nur sehr langsam in Gang kommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vergessen wir bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle bitte aber auch nicht, daß der **Abbau bürokratischer Gesetze und Normen** sowie eine vernünftige Aufteilung öffentlicher Aufgaben zwischen Land, Kreisen und Gemeinden - sprich: **Funktional-**

(Berndt Steincke)

reform - mindestens ebenso wichtig ist wie das, was wir heute auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU)

Alle drei Ziele müssen jetzt also gleichzeitig verfolgt werden.

Ich fasse zusammen. Die CDU sagt grundsätzlich ja zu diesem Weg. Meine Fraktion sagt aber gleichzeitig: Die neuen Mittel, insbesondere die Kosten- und Leistungsrechnungen, müssen sparsam und zielgenau eingesetzt werden, um die Verwaltung nicht überzubelasten. Wir wollen uns bei den Zielvereinbarungen - das hat der Kollege völlig richtig gesagt - und bei den Produktbeschreibungen als Parlamentarier alle gemeinsam sehr viel Mühe geben und diese Dinge gründlich vorbereiten.

In diesem Sinne gehen wir den Weg der beabsichtigten Modernisierung mit und stimmen der Ausschußüberweisung gern zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte gern kundtun, daß dies die Jungferrede des Herrn Abgeordneten Steincke war.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der heutige Tag hat gezeigt: Finanzpolitik ist ein hartes Brot, Bonbons gibt es nicht zu verteilen. Um so wichtiger ist es, daß mit diesem Gesetz tatsächlich ein Schritt getan wird, um die wirtschaftliche Arbeitsgrundlage der Landesverwaltung zu verbessern. Die öffentliche Verwaltung muß in die Lage versetzt werden, einen notwendigen Effizienzgewinn zu erarbeiten. Gesetze, die bereits von der Praxis überholt wurden, müssen den erforderlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Daher haben die Landesregierungen - Herr Möller hat es erwähnt - Schleswig-Holstein und Hessen darauf gedrängt, das **Haushaltsgrundsatzgesetz** so zu verändern, daß in den Ländern eine flexible Haushaltsführung möglich ist.

Auch der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD mit dem Thema der **Flexibilisierung des Haushaltsrechts** beschäftigt. Wir haben es diskutiert bis hin zu einem interfraktionellen Beschluß, den ich gern noch einmal erwähnen will, wo wir uns auf ein Symposium verständigt hatten. Ich bedauere außerordentlich, daß es uns nicht gelungen ist, gemeinsam mit der

Verwaltung ein gutes, informatives Programm zu erstellen. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß sich die Abgeordneten im Interesse der demokratischen Rechte von zukünftigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern damit beschäftigen, wie wir auch in dem neuen System der Haushaltsführung unsere Rechte und unseren Einfluß gestalten können.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Döring [SPD])

Nicht Parteipolitik, sondern ein sachliches Miteinander - Herr Möller hat darauf hingewiesen - sind hier gefragt.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Ich hoffe, daß wir uns dafür spätestens nach der Bundestagswahl und rechtzeitig vor der Landtagswahl im Finanzausschuß Zeit nehmen.

Zurück zur vorgelegten Gesetzesänderung! Wenn wir von den Verwaltungsbehörden erwarten, effektiver zu arbeiten und Kosten zu sparen, müssen wir ihnen die Möglichkeit geben zu handeln. Dafür bedarf es Spielraum für und Vertrauen in die Verwaltung von seiten der Politik. Da dürfen wir dann auch nicht zu zögerlich sein.

(Unruhe)

Das kameralistische System, wie es bisher besteht, zwingt die Verwaltung in ein Korsett, in dem sie sich nur sehr eingeschränkt bewegen kann und welches selbständiges Handeln und flexibles Denken erschwert. **Flexibilität** ist aber in unserer sich rasant verändernden Welt zu dem wichtigsten Wort überhaupt geworden. Deshalb soll auch die Verwaltung mehr Flexibilität bei der Haushaltsführung bekommen. Sie muß durch mehr Verantwortung in die Lage versetzt werden, aus eigener Fachkompetenz heraus zu entscheiden.

(Anhaltende Unruhe)

Die Politik muß lernen, Verantwortung zu delegieren. Das ist leichter gesagt als getan. Das zeigt sich immer wieder, wenn wir die Dinge herunterdeklinieren.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich darf auch für die letzten zwanzig Minuten des heutigen Tages um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nur so werden wir einen wirtschaftlicheren Umgang der Verwaltung mit öffentlichen Mitteln erreichen. Denn wer selbst mit eigener Kompetenz und Verantwortung entscheidet, wird auch über den besseren Einsatz der Mittel nachdenken. Nur wer wirtschaftlich denkt, kann auch wirtschaftlich handeln. Aber die **Verantwortung** bleibt trotz aller Veränderungen beim **Parlament**, bei uns. Deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren, Zielvereinbarungen zu treffen, Budgets zu erstellen, um dies zu überwachen.

Die Zeit, geeignete Instrumente dafür zu installieren, ist überfällig. Es gibt schon erste Schritte auf dem Weg zur Kosten- und Leistungsrechnung, auf dem Weg zu eigenständigen Budgets. Es gibt auch erste Berichte aus einzelnen Verwaltungsbereichen in sehr unterschiedlicher Qualität. Es gibt aber noch keinerlei **Zielvereinbarung zwischen Politik und Verwaltung**. Die Unikliniken - das ist bereits durch Zwischenrufe thematisiert worden - werden ausgegliedert, es werden Budgets verteilt, wir diskutieren aber nicht über die Ziele, die von uns erwartet werden und die dort erreicht werden müssen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Deshalb planen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion, in der nächsten Finanzausschußsitzung anzuregen, daß die Landesregierung dafür Sorge trägt, daß zum Jahresbeginn 1999, also schon bald, im Forstbereich mit der sogenannten outputorientierten Budgetierung tatsächlich begonnen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Learning by doing - vielleicht kommen wir so ein Stück weiter, vielleicht finden sich so auch unter den Abgeordneten mehr Interessenten für dieses spannende Thema.

Mit Sicherheit werden wir damit wie auch mit dem ursprünglich geplanten Symposium bundesweit auf Interesse stoßen, denn kaum ein Bereich ist zur Zeit theoretisch so ausformuliert und praktisch so in Verzug wie die Umgestaltung der Landeshaushalte.

(Beifall)

Die heute diskutierte Änderung wird uns in die Lage versetzen, eine **Kosten- und Leistungsrechnung** und deren Überwachung zu installieren. Die doppelte Buchführung als Rechnungsgrundlage im Gesetz zu verankern, bringt ein weiteres Element der Verbesserung. Entscheidend ist die zukünftige Ausgestaltung der Controlling-Instrumente. Denn nur aussagefähige

Berichte, nur die Kontrolle darüber, ob die Zielvorgaben tatsächlich erreicht wurden, werden es ermöglichen, zu führen und zu steuern.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Damit wäre die Kontrolle des Parlaments in einem besseren Umfang sichergestellt als heute. - Wir lassen uns auch manchmal vom kameralistischen System etwas blenden und glauben, die Kontrolle zu haben, ohne daß wir sie wirklich haben. - Dann kann es auch zu einer effizienteren Mittelbewirtschaftung kommen, als es bisher der Fall ist.

Die begonnene **Verwaltungsstrukturreform** wird noch mehrere Jahre neue Impulse und neue Elemente brauchen. Aus grüner Sicht muß ein weiteres Element auf dem Weg der Verbesserung eine zeitliche Ausdehnung der **Budgetierung**, also der einzelnen Budgets, sein. Wenn wir von der Verwaltung verlangen, wirtschaftlich zu denken und zu handeln, so muß der Rahmen, den wir setzen, Flexibilität auch über das Haushaltsjahr hinaus ermöglichen. Für Wirtschaftsunternehmen ist das eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Haller [CDU])

Außerdem wird es sich in Zukunft als unumgänglich erweisen, in bestimmten Bereichen Budgets tatsächlich für einen längeren Zeitraum zu vereinbaren und festzuschreiben. Nur so haben die Betroffenen eine gewisse Planungssicherheit; sparen lohnt sich dann.

Damit die Ausgaben für das Parlament dennoch überschaubar und gestaltbar bleiben, gehen wir zum Beispiel im Hochschulbereich von einem Zeitraum von drei Jahren aus, wie es an den Hochschulen in Berlin bereits praktiziert wird, und zwar meiner Meinung nach mit Erfolg; da würde sich einmal ein Praxisbericht lohnen. Die Kontrolle über das Geld geben wir damit nicht aus der Hand, wenn es uns gelingt, Controlling-Instrumente als notwendige Regelungsinstrumente zu verankern.

Längerfristige Planungen bringen nicht nur Planungssicherheit, sondern sie vereinfachen letztendlich auch die Planung an sich. Deshalb bleiben wir bei unserem Vorschlag - Frau Fröhlich ist vorhin schon darauf eingegangen -, auch den **Landeshaushalt** künftig für **zwei Jahre** zu verabschieden. Denn die Arbeit des Parlaments könnte so vereinfacht werden; Veränderungen und Anpassungen, aber auch die notwendige politische Diskussion könnten über den **Nachtragshaushalt** eingebracht werden. Ich glaube, daß wir dann eine sehr viel politischere Diskussion hätten als jetzt und uns tatsächlich ein Stück mehr auf die Lang-

(Monika Heinold)

fristigkeit des Geschehens, das wir hier betreiben, konzentrierten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Neugebauer, zunächst bedauere ich sehr, daß ich den zweiten Teil meiner Haushaltsrede nicht halten konnte. Die Fraktionsvorsitzenden waren draußen.

(Holger Astrup [SPD]: Unser Bedauern hält sich in Grenzen!)

Aber Sie können das nachlesen, Herr Minister und Herr Kollege Neugebauer! Das ist auch fürs Archiv sehr lohnenswert.

(Günter Neugebauer [SPD]: Fürs Wochenende!)

Die heute zur Debatte stehende **Novellierung der Landeshaushaltsordnung** ist nur vor dem Hintergrund der Diskussion um die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung zu verstehen. Mit dem beginnenden Umbau der Verwaltung nach dem Vorbild des neuen Steuerungsmodells hat sich gezeigt, daß das Haushaltsrecht ohne Änderungen zur Modernisierungsbremse werden würde. Mit dem Inkrafttreten der Änderung des **Haushaltsgrundsatzgesetzes** zum 1. Januar 1998 wurde dieser Mangel beseitigt. Die Länder sind jetzt aufgefordert, ihre Haushaltsordnungen an die geänderten Regelungen des Haushaltsgrundsatzgesetzes anzupassen. Denn bisher wurden die Modernisierungsprojekte im Land rechtlich durch die **Experimentierklausel** des § 10 a der Landeshaushaltsordnung abgesichert. Das ist nun nicht mehr nötig. Die Landeshaushaltsordnung ermöglicht nach der Novelle eine sehr flexible Haushaltsführung. Das bedeutet aber auch, daß § 10 a größtenteils obsolet ist. Vielleicht kann der Finanzminister kurz erläutern, wieso trotzdem auf eine Streichung oder zumindest eine Anpassung an die neue Rechtslage verzichtet wurde.

Die **Modernisierung der Verwaltung** ist ein Anliegen, das allen Fraktionen in diesem Hause am Herzen liegt, was sich nicht zuletzt an der einstimmig verabschiedeten Resolution des Landtages zur Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes Ende letzten Jahres gezeigt hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Frau Kollegin Heinold, es lag nicht an der Verwaltung, sondern an uns und der sonstigen Vorbereitung, daß das Symposium in der Kürze der Zeit nicht zu einem ordentlichen Ergebnis gebracht werden konnte.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe der Verwaltung auch keine Schuld gegeben!)

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt sehr, daß das Finanzministerium die Umsetzungsfrist bis zum Jahr 2001 nicht ausschöpft und statt dessen eine zügige Novellierung der Landeshaushaltsordnung bis zum 1. Januar 1999 anstrebt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung vollzieht weitgehend die Änderungen des Haushaltsgrundsatzgesetzes nach, so daß ich mich auf einige Anmerkungen konzentrieren möchte. Kurz gesagt bedeutet eine größere **Haushaltsflexibilität** in der auf Input-Kontrolle ausgelegten klassischen Haushaltsaufstellung und -bewirtschaftung einen Kontrollverlust für das Parlament. Wir haben das teilweise korrigiert, indem wir jetzt dankenswerterweise Mitteilungen darüber erhalten, wenn das Finanzministerium gedenkt, Mittel, die das Parlament bewilligt hat, nicht auszugeben. Das ist schon etwas, darauf können wir reagieren. Das Weniger an Kontrolle auf der Input-Seite soll - so die Regelungen des § 7 a - durch geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente auf der Output-Seite kompensiert beziehungsweise ersetzt werden.

Wenn die Verwaltungsmodernisierung aber nicht zu einer schleichenden Entmachtung des Parlamentes führen soll, dann ist es die Aufgabe aller Fraktionen, auf eine strenge Einhaltung dieser Norm zu drängen. Dann kann hoffentlich verhindert werden, daß es wie bisher zu einer für das Parlament äußerst nachteiligen Ungleichzeitigkeit im Umgestaltungsprozeß kommt. Im Augenblick ist es doch so, daß Flexibilisierungen eingeräumt werden, das Berichtswesen hingegen noch nicht einmal in Ansätzen wirklich entwickelt ist. Es kann aber nicht angehen, daß Verwaltungsmodernisierung zu einem dauerhaft und strukturell angelegten Kontrolldefizit auf parlamentarischer Ebene führt.

Zudem ist völlig ungeklärt, nach welchen Regularien sich der Umfang des Berichtswesens eigentlich bestimmt. Die Diskussion auf der Landtagsveranstaltung mit den Professoren Färber und Hill hat gezeigt, daß in einem auf der Konkurrenz zwischen Opposition und Regierungsmehrheit angelegten Regierungssystem wie dem unsrigen nicht einfach von einer Interessengleichheit zwischen den beiden parlamentarischen Blöcken bei der Bestimmung von Art und Umfang des Kontrollinstrumentariums ausgegangen

(Wolfgang Kubicki)

werden darf. Die dezentrale **Zusammenführung von Ressourcen- und Ergebnisverantwortung** wird von der F.D.P. als ein mittelfristig anzustrebendes Ziel voll unterstützt. Aber es muß jetzt eine verbindliche Regelung beispielsweise in der Geschäftsordnung des Landtages geben, die die Oppositionsrechte bei der Festlegung der Kontrollmechanismen verbindlich fest schreibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der größte Brocken, auch vom finanziellen Aufwand her, ist die Einführung einer landesweiten **Kosten- und Leistungsrechnung**. Wieso die Landesregierung in ihrem Entwurf eine zwingende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung vorschreibt und nicht die Kann-Regelung des Haushaltsgrundsatzgesetzes übernimmt, ist der F.D.P.-Fraktion und mir mitsamt der dazugehörigen Begründung völlig unerklärlich. Zitat:

„Für die Reihenfolge der Auswahl der Bereiche kommt im Grundsatz der Wirtschaftlichkeit wesentliche Bedeutung zu.“

Klingt gut, ist aber bei näherer Betrachtung völliger Blödsinn! Erst mit einer funktionierenden Kosten- und Leistungsrechnung kann eine einigermaßen verlässliche Aussage über die Kosten innerhalb der Verwaltung getroffen werden, das heißt auch über die Frage der Wirtschaftlichkeit. Darum führen wir die ja ein. Das kann durchaus zu der etwas seltsamen Situation führen, daß Geld für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung ausgegeben wird, um danach festzustellen, daß ein Produkt zu teuer ist und nicht weiter erstellt werden sollte. All dies weiß ich aber erst nach der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung. Deshalb kann ich nicht vorher bestimmte Bereiche auswählen. Bis zu diesem Zeitpunkt kann allenfalls geschätzt werden, was wirtschaftlich ist und was nicht.

Geeignete Bereiche für die Einführung einer KLR sind prinzipiell alle Teile der Landesverwaltung. Trotzdem ist die Festschreibung einer zwingenden Einführung per Gesetz unverständlich. Es ist durchaus vorstellbar, daß zum Beispiel für sehr kleine Verwaltungsbereiche, die nicht marktfähige öffentliche Güter herstellen, auf eine Einführung verzichtet wird, da die Erfassungs- und Ausstattungskosten unverhältnismäßig hoch erscheinen. Eine Einführungspflicht macht ohne Not eine individuelle Entscheidung unmöglich. Ich möchte deswegen dringend davor warnen, die Kann-Regelung des Haushaltsgrundsatzgesetzes durch eine Ist-Regelung im Land zu ersetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Noch unverständlicher ist die Einführungspflicht vor dem Hintergrund, daß zum jetzigen Zeitpunkt noch

nicht einmal das Ergebnis der Machbarkeitsstudie von SAP-Debis zur Einführung der KLR vorliegt.

Ebenfalls schwer nachvollziehbar ist die Erläuterung zu Punkt 1 der Änderung des § 7 der Landeshaushaltsordnung. Die Begründung spricht davon, daß die **Kosten-Nutzen-Rechnung** ein Unterfall der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sei. Die Verwaltungsverordnung zum alten § 7 spricht hingegen davon, daß die Nutzen-Kosten-Untersuchung über die **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung** hinausgehe. Wenn ich die Erläuterung richtig gedeutet habe, dann soll mit der neuen Regelung eine Abstufung erzielt werden. Bei Maßnahmen mit gesamtwirtschaftlicher Wirkung soll weiterhin eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt werden, bei Maßnahmen mit geringerer Reichweite genügt die weniger umfangreiche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Wenn Sie das meinen, dann schreiben Sie das doch einfach so in die Erläuterung hinein. Wenn nicht, dann bitte ich um eine Erläuterung in den zuständigen Ausschüssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erweiterung der **Deckungsfähigkeit**, die Erleichterung der **Übertragbarkeit** und die Lockerung des Gesamtdeckungsgrundsatzes durch die Novelle stellen für Schleswig-Holstein keine allzu großen Neuerungen dar, daß sie bereits in Experimentierklauseln in ähnlicher Art geregelt waren. Diese Regularien haben sich weitgehend grundsätzlich bewährt. Die Aufnahme in die Landeshaushaltsordnung ist aus diesem Grunde nur zu begrüßen.

Die Landeshaushaltsordnung erlaubt zukünftig auch den Einsatz der **doppelten Buchführung** und der Rechnungslegung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Übrigens ist Voraussetzung, daß man bilanzieren kann. Es macht nur einen Sinn, wenn man anschließend auch Bilanzen aufstellen will. Es ist unschädlich, diese Option in die Landeshaushaltsordnung aufzunehmen. Ob von ihr Gebrauch gemacht werden sollte, möchte ich eher verneinen. Ich begründe das gleich noch inhaltlich.

Aber es gibt auch einen anderen Grund: Wenn Sie doppelte Buchführung einführen und nach den Grundsätzen des Handelsgesetzbuches bilanzieren würden, dann hätten Sie das Problem, daß Sie eine **Konzernbilanz** aufstellen müßten mit der Folge, daß das, was bei der Landesbank veranschlagt ist, Ihnen im Zweifelsfall zugerechnet würde. Dann hätten Sie das Problem mit der Überschreitung der Verschul-

(Wolfgang Kubicki)

dungsgrenze offen ausgedrückt und nicht verdeckt hinter den Kulissen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, es tut mir leid, ich weiß, daß Sie Kleinbetriebsprüfer waren. Stille Reserven werden in der Bilanz in aller Regel nicht aufgedeckt, sondern erst bei Veräußerung. Deshalb heißen sie stille Reserven, weil sie nicht aufgedeckt werden.

Würde die kaufmännische Buchführung in Teilen der Landesverwaltung eingeführt, dann hätte das einen enormen Mehraufwand zur Folge. Es würde nicht nur eine Mehrarbeit produzierende Doppelstruktur aus Kameralistik plus Kosten- und Leistungsrechnung auf der einen Seite und doppelte Buchführung auf der anderen Seite entstehen, zudem entstünde der Mehraufwand durch die gesetzlich vorgeschriebenen Überleitungsrechnungen, die aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit gesetzlich vorgeschrieben sind. Eine solche Struktur erscheint mir für das Land wenig sinnvoll. Aber darüber sollten wir auch noch einmal in den Ausschüssen ausgiebig sprechen.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich beantrage für die F.D.P.-Fraktion die Überweisung nicht nur in den Innen- und Rechtsausschuß, sondern auch in den Finanzausschuß. Ich bitte sogar darum, den Gesetzentwurf federführend in den Finanzausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die einleitenden Worte des Kollegen Döring wiederholen: Auch ich werde meine zehn Minuten nicht in Anspruch nehmen.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf zu **Änderung der Landeshaushaltordnung** liegt das Gesetz zur **Fortentwicklung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern** zugrunde, das am 1. Januar 1998 in Kraft getreten ist. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht eine Fortentwicklung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern zur Schaffung der rechtzeitigen Grundlage einer effizienteren öffentlichen Haushaltswirtschaft vor, ohne Beeinträchtigung des parlamentarischen Budgetrechts und unter Erhaltung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte. Die Länder sind angehalten, spätestens bis zum 1. Januar 2001 ihre Landeshaushaltsordnungen nach den Grundsätzen

des Gesetzes zu ändern. Deshalb begrüßt der SSW, daß die Landesregierung bereits heute ihren Gesetzentwurf einbringt und dieser somit am 1. Januar 1999 in Kraft treten kann.

Wir wissen alle, wie dringend eine **Flexibilisierung** der Haushalte ist. Wir haben bereits mehrfach sowohl im Parlament als auch im Finanzausschuß über diese schwierige Problematik beraten. Es ist unumstritten, daß sich die bisherige Art der Haushaltsführung, die Kameralistik, über viele Jahre bewährt hat. Aber wir müssen auch erkennen, daß diese Kameralistik unter den heutigen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft ein zu schwerfälliges und nicht mehr zeitgemäßes Steuerungsinstrument ist. Mit den Mitteln der Kameralistik können die öffentlichen Verwaltungen einfach nicht mehr schnell und effizient genug auf externe Veränderungen und Herausforderungen reagieren. Wir brauchen deshalb die **modernen Steuerungsinstrumente** der Betriebswirtschaft wie Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung und eine kaufmännische Buchführung in den Verwaltungen. Nur wenn wir den Verwaltungen die Möglichkeit geben, über ihre Einnahmen und Ausgaben in Eigenverantwortung zu bestimmen, können wir das Kostenbewußtsein fördern und beispielsweise dem sogenannten Dezember-Fieber entgegen.

Das Haushaltsgrundsatzgesetz sieht dann auch die Zulassung einer verstärkten Flexibilität vor. Diese soll durch Schaffung eines weiteren rechtlichen Rahmens für die Zulassung der **Deckungsfähigkeit** und der **Übertragbarkeit** sowie anderer Lockerungen des Gesamtdeckungsgrundsatzes erreicht werden. Die geplanten Änderungen belassen dem Haushaltsgesetzgeber seine rechtlich umfassende alleinige Entscheidungs- und Feststellungskompetenz über den Landeshaushaltsplan.

Die Landesregierung hatte seinerzeit einen eigenen Änderungsvorschlag zu der von der Bundesregierung vorgenommenen Novellierung des Haushaltsgrundsatzgesetzes vorgelegt und wollte in einigen Bereichen weiter gehen und mehr Spielraum für weitere Modellversuche zulassen. Dies wurde vom Bundesgesetzgeber abgelehnt, natürlich auch mit einigem Recht; denn für uns als Parlament ergeben sich durch die Einführung neuer Steuerungselemente erhebliche Probleme. Wie soll das vornehmste Recht des Parlaments, das Haushaltsrecht, gewahrt bleiben, wenn gleichzeitig die öffentlichen Verwaltungen mehr Eigenverantwortung über die bewilligten Gelder bekommen? Ich meine, es ist ganz wichtig, daß dieser Gegensatz, der ja auch von dem Kollegen Döring schon anfangs angesprochen wurde, zwischen den Interessen der **Exekutive** und den Interessen der **Le-**

(Anke Spoorendonk)

gislative noch einmal ganz deutlich in den Ausschußberatungen zur Sprache gebracht wird und daß wir als Parlament darauf reagieren. Das heißt, unsere Interessen als Parlament müssen erste Priorität haben.

Der vorliegende Gesetzentwurf macht deutlich, daß diese Flexibilisierung des Haushaltsrechts nicht kostenlos ist. So wird die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung das Land bis zum Jahr 2003 mindestens 50 Millionen DM kosten. Aber wir müssen diesen Weg konsequent weitergehen, wenn wir wirklich eine moderne und effiziente öffentliche Verwaltung wollen. Und das wollen wir ja. - Wir werden natürlich der Ausschußüberweisung zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

In der Loge begrüße ich jetzt unseren ehemaligen Kollegen Uwe John.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf federführend dem Finanzausschuß und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Wir werden morgen um 10:00 Uhr mit der Änderung des Schulgesetzes beginnen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:02 Uhr